

Ausgabe 2 / April 2005

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Zur Landtagswahl in NRW:

Sozialpolitische Forderungen

CARITAS HEUTE: Armutsrisiko steigt
Anmerkungen zum Sozialbericht
des Landes NRW

ISSN 1617-2434
G 5546

BISTUMSSPIEGEL
Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas





Liebe Leserin, lieber Leser,

am 22. Mai 2005 wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Damit entscheiden die Bürger dieses Landes, wer für die kommenden fünf Jahre die Landesregierung stellt. Ob Rot-Grün es wieder schaffen wird, ob nach 39 Jahren eine CDU-FDP-Koalition den Machtwechsel erreicht oder ob das Wählervotum ganz andere Konstellationen erzwingt, darüber lässt sich derzeit trefflich spekulieren. Sicher ist jedoch: Die Wahlsieger stehen vor großen Herausforderungen, denn wir befinden uns mitten in schwierigen Zeiten.

Die großen landespolitischen Streit-Themen liegen auf der Hand: Bildung, Arbeitslosigkeit, Strukturwandel, Verkehr, soziale Sicherung, Situation der öffentlichen Haushalte.

Darum geht es – und nicht um einen mediengerechten Zweikampf zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Oppositionsführer. Nicht Wahlkampf-Polemik, sondern Argumente in der Sache, die besseren Konzepte, die klügeren Ideen werden bei der Wahl den Ausschlag geben. Man kann mit einigem Recht zuversichtlich sein,

dass die Mehrheit der Bürger ein feines Gespür für den Unterschied zwischen nicht haltbaren Versprechungen und gangbaren Konzepten entwickelt hat.

Wie müsste eine zukunftstaugliche Sozialpolitik aussehen? Die fünf Diözesan-Caritasverbände haben Positionen entwickelt, die für eine künftige und – wie die Caritas meint – moderne Sozialpolitik leitend sein müssen. Sie können sie in diesem Heft nachlesen. Daher ist diese Ausgabe von „Caritas in NRW“ etwas Besonderes. Die Caritas mischt sich in die Wahlauseinandersetzung ein. Sie nimmt Partei für die sozial Schwachen, die Benachteiligten, die Armen. Sie tut dies bewusst nicht mit einer Wahlempfehlung für eine politische Partei, sondern mit Argumenten und Kriterien für eine gute Sachpolitik. Nehmen Sie es als Diskussionsbeitrag in einem Politikfeld, von dem die Caritas aufgrund ihrer täglichen Arbeit etwas versteht.

Intensive Diskussionen und eine gute Wahl wünscht Ihnen



Markus Lahrmann
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis

Titelbild:
Ingram Publishing



Schwerpunkt

Sonderteil zur Landtagswahl: Sozialpolitische Positionen der Caritas

Die Grundlagen und Forderungen für eine moderne Sozialpolitik in NRW aus der Sicht der Caritas

- Grundlagen und Forderungen** 4
- Familienpolitik: Zukunftssicherung der Gesellschaft** 7
- Bürgerschaftliches Engagement: Kein Sparstrumpf** 10
- Arbeit: Wie aus weniger mehr werden soll!** 13
- Migration und Integration: Damit Zusammenleben gelingt** 16
- Reformbedarf in der Pflege** 19



Blickpunkt

- Armutrisiko steigt** 24
- Anmerkungen zum Sozialbericht des Landes Nordrhein-Westfalen



heute

„Hoffnungsvolles Zeichen“ 30

Ausstellung von Caritas international im Landtag von NRW

Arbeitslosigkeit europaweit bekämpfen 32

Europa-Forum der Caritas in NRW: Arbeitslos 2005: Chancen statt Vorurteile



Porträt

Froh über Arbeit 38

1-Euro-Jobs geben Langzeitarbeitslosen ein Stückchen ihrer Würde zurück



Bistumsspiegel

- | | | | |
|---------------|-----------|------------------|-----------|
| Aachen | 42 | Münster | 58 |
| Essen | 48 | Paderborn | 62 |
| Köln | 54 | | |

Impressum 22



Aus Verantwortung für die Menschen

Grundlagen und Forderungen für eine moderne Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen – sozialpolitische Positionen der Caritas

Am 22. Mai wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Mit der Zusammensetzung des neuen Landtags entscheiden die Bürger auch über die Grundlinien der Politik einer neuen Legislaturperiode. Wir dokumentieren die Forderungen und Erwartungen der fünf Diözesan-Caritasverbände an die Sozialpolitik der zukünftigen Landesregierung.

Eine ausgewogene und gerechte Sozialpolitik war lange Jahre einer der gesellschaftlichen Grundpfeiler unseres Landes. Wohlstand, politische Stabilität, demokratisches Verhalten der Bürger und Rechtsstaatlichkeit sind längst zu Selbstverständlichkeiten geworden.

Soziale Gerechtigkeit sichert auch die Zustimmung der Bürger zur parlamentarischen Demokratie. Ein sozialer Ausgleich ist die Grundlage für Frieden in der Gesellschaft und Wohlstand unseres Landes, für politische Stabilität, für Innovationskraft und Wachstum, für Chancen und Bildung.

Diese Standortvorteile immer wieder neu zu erarbeiten und politisch zu legitimieren ist eine der großen Herausforderungen für eine moderne Sozialpolitik. Die Caritas leistet dazu ihren Beitrag. Als Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche ist sie dem Ziel einer solidarischen und gerechten Gesellschaft verpflichtet, in der auch Arme und Schwache einen Platz mit Lebensperspektiven finden.

Die nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände als größte Verbandsgruppe der Wohlfahrtspflege in NRW benennen Grundlagen und konkrete Anforderungen an eine Sozialpolitik, die auch in schwierigen Zeiten aus Verantwortung für die Menschen in diesem Land handelt.

Ende der Sozialpolitik nach Kassenlage!

Seit Jahren sind die Träger der Freien Wohlfahrtspflege massiven Kürzungen und ständigen Spardiskussionen

ausgesetzt. Der Abbau von sozialen Diensten ist an der Tagesordnung. Betroffen sind zumeist Menschen, die zu schwach sind zu protestieren: sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, Migranten, Menschen mit Behinderungen.

Soziale Infrastruktur ist in den vergangenen Jahren ausgedünnt worden (z. B. Betreuungsvereine, Arbeitslosenprojekte, Horte, spitzenverbandliche Arbeit etc.). Dieses „soziale Gerüst“ steht damit auch mittel- und langfristig nicht mehr zur Verfügung. Was verloren gegangen ist, lässt sich nicht einfach wiederaufbauen, selbst bei – aktuell nicht in Aussicht stehender – erneuter Förderung nicht. Gebäude werden umgenutzt oder abgerissen, stehen also nicht mehr zur Verfügung. Auch die personellen Ressourcen – qualifizierte und erfahrene haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – können nicht einfach „auf Eis gelegt“ und dann wieder aktiviert werden.

Die Erosion der sozialen Infrastruktur hängt mit der desolaten Situation der öffentlichen Haushalte und den Problemen der Sozialversicherungssysteme zusammen. Die Sanierung der öffentlichen Haushalte gilt dabei inzwischen oftmals als ein unantastbares Ziel. Doch darüber dürfen die inhaltlichen Ziele nicht aus dem Blick geraten. Moderne Politik in NRW muss wieder stärker als bisher grundlegende gesellschaftliche Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Integration fördern.

Der Entzug von Ressourcen für den sozialen Bereich verhindert Wachstum, gesellschaftliche Integration von Randgruppen und Solidarität der Bürgerinnen und Bürger nicht nur untereinander, sondern auch ihrem Staat gegenüber.

Verlässlichkeit der Politik – auch in schwierigen Zeiten – ist das Pfund, mit dem Politiker wuchern müssen. Kurzfristig wechselnde Maßnahmen gehören nicht dazu. Steigerung von bürokratischem Aufwand (z. B. differenzierte Prüfvorgaben) oder Erhalt nicht mehr notwendiger Verwaltungsstrukturen gehört ebenfalls nicht dazu.

Gerechte Sozialpolitik ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Diese Investitionen in das Soziale sind eine wesentliche Voraussetzung für eine lebendige Demokratie und für eine positive Wirtschaftsentwicklung.

Rückbesinnung auf die Stärken: freie Träger, Wunsch- und Wahlrecht!

In der öffentlichen Debatte ist eine zunehmende Ignoranz gegenüber den Grundlagen unseres sozialen Leistungs- und Rechtssystems zu registrieren. Die gesell-

schaftliche Realität wird immer häufiger einseitig unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet. Doch ist der Staat kein Unternehmen, Politik ist nicht allein Management nach kaufmännischen Gesichtspunkten. Politik muss stärker ordnungspolitische Kriterien bei aktuellen Entscheidungen berücksichtigen. Der häufig übersehene Vorteil unseres Sozialsystems liegt darin, dass in Deutschland weder der Staat noch der Einzelne allein für Definition und Umsetzung von sozialer Gerechtigkeit zuständig sind. In diesem System gibt es vom Staat unabhängige soziale Zwischeninstanzen wie z. B. die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege. Sie aktivieren zusätzlich Ressourcen für die gesamte soziale Landschaft und bilden einen „demokratischen Mehrwert“ unserer Gesellschaft. Gerade in den vor uns liegenden schwierigen Zeiten werden solche Instanzen gebraucht, weil sie

- ▶ frühzeitig auf Probleme aufmerksam machen,
- ▶ kompetente und nachhaltig tragfähige Lösungen entwickeln,
- ▶ Einzelinteressen ausgleichen,
- ▶ als werteorientierte Träger plurale Werthaltungen in die Gestaltung des Sozialen einbringen,
- ▶ eigene finanzielle und menschliche Ressourcen aktivieren, die der Staat nicht selber akquirieren kann.

Hilfe Suchende können das Angebot ihrer Wahl finden und damit optimale Voraussetzungen schaffen, um ihre Probleme zu bewältigen. Die rechtlichen Grundlagen unseres Sozialsystems sprechen dem Einzelnen nicht umsonst ein Wunsch- und Wahlrecht zu. Dieses Wunsch- und Wahlrecht ist einerseits Ausdruck des Respekts vor der Person des Einzelnen, andererseits auch Schlüssel für effektive Hilfeleistung: Wer „seine“ Hilfe auswählen kann, gewinnt von Anfang an den Blick für seine Mitverantwortung zum Gelingen der Hilfe. Dieser Schlüssel zu einer erfolgreichen Hilfe muss erhalten bleiben.

Trotz Strukturwandel: Soziale Unterschiede nicht verschärfen!

Der Strukturwandel ist eine große Herausforderung für Nordrhein-Westfalen. Wichtigste Aufgabe ist die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Die Dramatik des Umbruchs für die einzelnen Regionen wird an der Arbeitslosenstatistik deutlich. Während im Landesdurchschnitt im Monat Februar mit knapp 1,08 Mio. Arbeitslosen die Arbeitslosenquote 12,3 Prozent betrug, ergab sich im Ruhrgebiet eine Arbeitslosenquote von bis zu 26,4 Pro-

Kurzfristige – jährlich wechselnde – Sparschwerpunkte sind Zeichen politischer Hilflosigkeit

Die Sanierung öffentlicher Haushalte ist kein Selbstzweck, sondern dient der Wiederherstellung der politischen Handlungsfähigkeit

Politik muss wieder verlässlich werden

Politik muss stärker nach ordnungspolitischen Kriterien handeln

Mehrwert der Freien Wohlfahrtspflege

Wunsch- und Wahlrecht als Element der Eigenverantwortung



Schwerpunkt

Zur Landtagswahl

Keine Kommunalisierung, sondern aktive Steuerung des Landes

► zent (Gelsenkirchen). Aber auch andere Großstädte wie z. B. Köln, Aachen, Wuppertal lagen oberhalb des Durchschnitts.

Der strukturelle Wandel erfordert die Anstrengung aller Beteiligten. Stadtteile und Regionen mit besonderen strukturellen Schwierigkeiten und extremen sozialen Brennpunkten brauchen Hilfe von außen. Hier darf sich das Land nicht aus seiner Verantwortung zurückziehen. Die Kommunalisierung sozialpolitischer Aufgaben würde die Städte und Gemeinden überfordern und den Verlust an Gestaltungsmöglichkeiten mit sich bringen. Das Land muss den Mut haben, stärker als bisher Schwerpunkte in der Verteilung von Mitteln zu setzen. Allerdings müssen die Kriterien zur Unterstützung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Regionen transparent diskutiert und demokratisch entschieden werden.

Die Veröffentlichung der ersten PISA-Studie verursachte in der Bundesrepublik einen Aufschrei. Sozialpolitisch besonders brisant ist die Erkenntnis, dass im internationalen Vergleich in Deutschland die Korrelation zwischen dem Schulabschluss der Eltern und dem Bildungsweg ihrer Kinder am größten ist. Die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse der zweiten PISA-Studie zeigen, dass es in den vergangenen drei Jahren zu keiner signifikanten Verbesserung gekommen ist.

Angesichts der Bedeutung einer fundierten schulischen Ausbildung muss für Kinder und Jugendliche in stärkerem Maße als bisher echte Chancengleichheit hergestellt werden. Partizipation an Bildung muss unabhängig von sozialer Herkunft gewährleistet sein.

Ein Instrument, das zu einer Schwerpunktfindung in der Landesförderung beitragen könnte, ist die Sozialberichterstattung des Landes. Die Caritas bietet hier ihre aktive Mitarbeit an, da sie sich nicht nur als Reparatuer sozialer Notlagen versteht. Sie hat ein hohes Interesse daran, soziale Entwicklungen transparent zu machen und damit die gezielte Bekämpfung sozialer Schief lagen zu erleichtern.

Keine Klientelpolitik, sondern Reformen!

Die katholischen Bischöfe haben in ihrem Sozialwort kritisiert, dass politische Entscheidungen in erster Linie unter dem Aspekt getroffen werden, berechenbare Wählerreaktionen hervorzurufen.

Das darf im sozialen Bereich nicht dazu führen, die Trägervielfalt einzuschränken, ein plurales Hilfeangebot kann nur durch eine ausgewogene Förderpraxis erhalten werden.

Die Güterknappheit verlangt, dass der Einsatz der vorhandenen Ressourcen sorgsam geprüft werden muss. Die Abhängigkeit der gesamten sozialen Sicherung mit ihrem Prinzip der Umlagenfinanzierung von der konjunkturellen Entwicklung wird gerade in wirtschaftlich schwächeren Zeiten schmerzlich bewusst. Hinzu kommt, dass in Folge der hohen Arbeitslosigkeit auch die steuerfinanzierten Hilfeleistungen zumindest der Höhe nach in Frage gestellt werden. Der Staat, so die Erkenntnis, kann nicht mehr alle Risiken abdecken. Der Einzelne ist deshalb umso mehr gefordert, sich individuell auf die ihn betreffenden Risiken einzustellen. Die Caritas unterstützt die Stärkung der individuellen Verantwortung, da sie mit den Grundprinzipien der katholischen Soziallehre einhergeht. Die Caritas tritt aber entschieden dafür ein, dass die Individualisierung des Risikos dort ihre Grenzen hat, wo der Einzelne aufgrund seiner persönlichen Situation keine Möglichkeit zur Risikoübernahme besitzt.

In öffentlichen Diskussionen wird oft die Nachhaltigkeit der einzuleitenden Maßnahmen betont. Nachhaltigkeit hat aber nicht nur eine ökonomische und ökologische, sondern auch eine soziale Dimension. In diesem Kontext ist gerade präventiven Arbeitsansätzen ein Vorrang einzuräumen. Denn sie tragen in erheblichem Maße zu einer Reduzierung der möglichen Folgekosten schwieriger sozialer Entwicklungen/Abweichungen bei. ◀

Für die Caritas in Nordrhein-Westfalen

Burkard Schröders

*Direktor des Caritasverbandes
für das Bistum Aachen*

Andreas Meiwes

*Direktor des Caritasverbandes
für das Bistum Essen*

Dr. Frank Johannes Hensel

*Direktor des Diözesan-Caritasverbandes
für das Erzbistum Köln*

Heinz-Josef Kessmann

*Direktor des Caritasverbandes
für die Diözese Münster*

Volker Odenbach

*Direktor des Caritasverbandes
für das Erzbistum Paderborn*

Bildung unabhängig von sozialer Herkunft

Plurales Angebot sicherstellen – ausgewogene Förderung

Individuelle Verantwortung stärken – große Lebensrisiken absichern

Soziale Nachhaltigkeit



Zukunftssicherung der Gesellschaft

Zwischen Fordern und Fördern – Politik muss mehr für Familiengerechtigkeit tun

Von Burkard Schröders

Mit dem „Düsseldorfer Signal für Erneuerung und Zukunft“ hat die Regierungskoalition in NRW angesichts der finanziellen Probleme des Landes die „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“ eingeleitet. Im Landeshaushalt 2004/2005 sind deutliche Auswirkungen auf familienunterstützende Systeme und Institutionen und in der Folge Auswirkungen auf die je eigene Situation der Familien spürbar und zu Recht deutlich kritisiert worden. Aussagen und Entscheidungen in der Politik bleiben widersprüchlich.

Einerseits werden auf Bundes- und Landesebene Gesetzesvorhaben realisiert, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten sollen. So werden Verordnungen auf den Weg gebracht, die Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen garantieren sollen: Vom Ausbildungspakt ist die Rede, Bündnisse für Familien werden ins Leben gerufen.

Andererseits ist eine Entwicklung zu beobachten, die zu einer Aushöhlung der Kinder- und Jugendhilfe führt und im Zusammenhang mit den Veränderungen im SGB II und SGB XII zukünftig eine noch größere Kinderarmut erwarten lässt. Kinder, Jugendliche und Eltern müssen ihre persönlichen, sozialen und materiellen Notlagen immer häufiger allein meistern und können sich nicht in jedem Fall auf ein zuverlässiges Beratungs- und Un- ▶

*Mit drei Kindern schon Großfamilie. Die Geburtenrate beträgt im Durchschnitt 1,3 Kinder pro Frau.
Foto: Achim Pohl*



Schwerpunkt

Zur Landtagswahl



Für viele Menschen gehören Kinder zu einem glücklichen, erfüllten Leben. Für die Gesellschaft sind sie die Zukunft.

Foto: Photodisc

► terstützungssystem sowie auf präventive Angebote verlassen. Diese Situation trifft insbesondere Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende, bei denen sich gesellschaftliche Benachteiligungen und familiäre Problemlagen verdichten. Die gleichzeitige Forderung nach mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortung in Erziehung, Betreuung und Bildung der Kinder, Einsatz in der Pflege und Unterstützung alter und kranker Familienangehöriger, in der Berücksichtigung der gleichberechtigten Rollenverteilung der Geschlechter sowie der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit bringt Familien in problematische Situationen. Der Eindruck, perfekt reagieren zu müssen, also alles „unter einen Hut zu bekommen“, führt gerade bei der jüngeren Generation zu einer Interessenverlagerung. Obwohl laut der jüngsten Umfrage des Institutes für Demoskopie in Allensbach für die Mehrheit der Befragten Kinder und Familie zu einem glücklichen und erfüllten Leben gehören, entschließen sich in der Realität junge Menschen eher für Karriereplanung und nicht für Kinder. Die Entscheidung für ein Leben mit Kindern wird immer häufiger aufgeschoben und später nicht mehr realisiert.

Diese Erkenntnis wird erst jetzt als politisch diskussionswürdig betrachtet, obwohl die katholische Kirche eine Diskussion über die Beweggründe schon seit Jahren eingefordert hat. Inzwischen besteht parteiübergreifend Konsens darüber, dass eine Gesellschaft ohne Kinder ihre Zukunft verspielt. Die Tatsache, dass

Deutschland mit seiner Geburtenrate nur noch auf Platz 181 im Konzert der 191 Nationen weltweit steht, zeigt uns eine dramatische Entwicklung, die nicht nur Konsequenzen für die Finanzierung unserer Sozialsysteme hat, sondern auch eine Diskussion um das Familienbild erforderlich macht.

Der Anstieg des subjektiven Stellenwertes der Familie braucht eine gesamtgesellschaftliche Entsprechung. Neben förderpolitischen Konsequenzen muss der Wertediskussion ein breiter Raum eingeräumt werden. Erforderlich sind ein familienfreundliches Klima in Deutschland und die Anerkennung der Leistungen, die Familien erbringen. Das Umdenken in dieser Hinsicht stellt noch eine große Herausforderung dar.

Wenngleich auch das Prinzip „Fördern und Fordern“ in jüngster Vergangenheit als politisches Leitmotiv und damit auch als Antwortversuch auf die beschriebenen Entwicklungen geprägt wurde, muss doch im Hinblick auf die realen Lebensbedingungen junger Familien der Schwerpunkt eindeutig auf „Fördern“ liegen.

Mehr Chancengerechtigkeit

Vielleicht so: Die gewaltige Leistung der Familien, auf die sich immerhin unser Gesellschaftssystem stützt, muss vom Staat angemessen honoriert werden. Die Caritas begrüßt die Diskussion über einen effektiveren Einsatz der Mittel. Die tatsächlichen Unterhaltskosten der Familien für ihre Kinder sind noch zu wenig im Blick der Politik. Die Forderung nach einer bedarfsorientierten, die Existenz sichernden Grundsicherung für Kinder und Jugendliche ist zwar in der Diskussion, wird jedoch mit dem Argument, nicht finanzierbar zu sein, bisher nicht realisiert.

Zusätzlich sind Änderungen im Sozialversicherungs- und Steuersystem erforderlich, um Familien finanziell zu entlasten und die erzieherischen Leistungen der Eltern wirtschaftlich anzuerkennen.

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben auch in Nordrhein-Westfalen eine breite Diskussion um Struktur und Inhalte von Bildung hervorgerufen. Um zu gewährleisten, dass alle Kinder gute Bildungschancen erhalten, die ihnen die Entwicklung zu einer verantwortungsbewussten, selbstbestimmten Persönlichkeit ermöglichen, ist eine breitere Definition von Bildung notwendig. Sie soll sich nicht nur auf die Dimension der reinen Wissensvermittlung oder die Erlangung berufsrelevanter Fertigkeiten begrenzen, sondern auch die Aneignung reflexiver und sozialer Kompetenzen umfassen, die ein verantwortliches Handeln erst ermöglichen.



Karikatur: Pfaffmann

Den Tageseinrichtungen für Kinder kommt in diesem Zusammenhang zukünftig eine noch größere Bedeutung zu. Daher muss ihre Finanzierung gesichert sein. Sie darf nicht zu Lasten von Trägern und Eltern gehen und muss auch weiterhin die Bedürfnislagen von Kindern und Familien berücksichtigen. Eine Orientierung am fachlich Notwendigen ist dabei unerlässlich. Ein bedarfsgerechtes, qualifiziertes Betreuungsangebot für Kinder ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Familie und Beruf miteinander vereinbar sind. Vor allem im Bereich der Betreuung von Kindern unter drei Jahren und der außerschulischen Betreuung von Grundschulkindern gibt es erhebliche Kapazitätslücken.

Mit der in Nordrhein-Westfalen geplanten Einstellung der Finanzierung der Horte werden diese qualitativ hochwertigen Angebote zu Gunsten des quantitativen Angebotes „offene Ganztagsgrundschule“ aufgegeben. Das ist kontraproduktiv, weil eine zielgenaue Unterstützung gerade für sozial Schwächere aufgegeben wird, die die Schule bislang nicht leistet und offensichtlich auch in absehbarer Zukunft nicht leisten wird.

Im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder gibt es Bestrebungen, die Finanzierung zu verändern, damit Standards zu senken und Eltern stärker an den Kosten zu beteiligen. Dies würde sich ebenfalls vor allem für Familien und Kinder aus belasteten und einkommensschwachen Verhältnissen auswirken.

Männer und Frauen, die aufgrund eines partnerschaftlichen Rollenverständnisses eine Balance von Familien- und Berufsarbeit für beide Geschlechter wünschen, benötigen neben einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot für Kinder und einem flexiblen Zeitmanagement vor allem eine Arbeitswelt, die familienverträglich gestaltet ist. In diesem Zusammenhang heißt das:

- ▶ weniger Überstunden und mehr Arbeitsplätze, die sozialrechtlich abgesichert sind
- ▶ flexible Arbeitszeitmodelle
- ▶ weniger Mobilitätsforderungen
- ▶ Möglichkeiten zu „Homeworking“

Die Untersuchung des Institutes der Deutschen Wirtschaft in Köln zeigt auf, wie weit wir davon noch entfernt sind: Immerhin stuften 70 Prozent der befragten Unternehmen die eigene Familienfreundlichkeit selbst als unbedeutend ein.

Familienorientierte Infrastruktur

Junge Frauen und Männer, die sich für Kinder entscheiden, müssen sich kurz- und langfristig auf ein stabiles System familienunterstützender Dienste verlassen kön-

nen. Sie haben ein Recht auf ein ausreichendes, hoch qualifiziertes und vernetztes Angebot an:

- ▶ Beratungsdiensten, die sie in der Betreuung, Erziehung und Bildung ihrer Kinder unterstützen
- ▶ Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten, auch für unter 3- und über 6-jährige Kinder
- ▶ ambulanten und stationären Pflegediensten zur Betreuung physisch und psychisch kranker, behinderter und alter Menschen
- ▶ Unterstützungsleistungen in besonderen Problemlagen, wie beispielsweise Verschuldung, Sucht, Gewalt, Migration.

Gesundheitsförderung für Familien

Angehörige sozial benachteiligter Familien tragen das größere Risiko zu erkranken, nehmen seltener Vorsorgeuntersuchungen und gesundheitsfördernde Angebote wahr und neigen häufiger zu gesundheitsriskanten Verhaltensweisen als Familien mit höherem wirtschaftlichem und sozialem Status. Armut darf nicht weiter ein Krankheitsrisiko sein. Die Inanspruchnahme gesundheitspräventiver und gesundheitsfördernder Maßnahmen muss auch für besonders belastete und gefährdete Eltern und Kinder finanzierbar bleiben.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung sind die Überlegungen, Tageseinrichtungen für Kinder wieder stärker in die Gesundheitsförderung einzubeziehen durch das Angebot jährlich stattfindender Reihenuntersuchungen für Kinder. Zusätzlich müssen Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienerholung einkommensabhängig öffentlich gefördert werden, damit auch die Familien, die durch ständige Existenzsorgen im Alltag besonders belastet sind, Erholung erfahren können und nicht zusätzlich soziale Ausgrenzung erleben müssen.

Die Caritas in NRW setzt sich zum Wohl der Kinder und Familien für ein solidarisches Miteinander der Geschlechter und Generationen ein. Sie leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft. ◀



Burkard Schröders ist Diözesan-Caritasdirektor für das Bistum Aachen.



Schwerpunkt



Foto: Ingeborg F. Lehmann

Kein Sparstrumpf

Bürgerschaftliches Engagement ist zu wertvoll, als dass es zum Ersatz von Hauptamtlichen und zur Kostensenkung instrumentalisiert werden dürfte

Von Heinz-Josef Kessmann

Immer schon ist das ehrenamtliche Engagement Teil christlicher Glaubenspraxis gewesen. Heute erhofft sich der Staat von Freiwilligen zunehmend Entlastung in sozialen Bereichen, die unter hohem Kostendruck stehen. Das führt zu Konflikten, die dem bürgerschaftlichen Engagement schaden.

Freiwilliges, ehrenamtliches Engagement hat das Handeln der Caritas von Beginn an geprägt. In diesem Engagement wird der kirchliche Grundauftrag der Nächstenliebe praktisch sichtbar. Das Ehrenamt in der Caritas hat viele Gesichter; es umfasst z. B. das soziale Engagement in Pfarrgemeinden und Caritas- bzw. Vinzenz-Konferenzen, die ehrenamtliche Leitung von Caritas- und Fachverbänden, die vielen freiwilligen Tätigkeiten im Gesamtkomplex der caritativen Einrichtungen und Dienste, wie z. B. Besuchsdienste im Altenheim oder Krankenhaus oder ehrenamtliche Mitarbeit im Hospiz. Dazu gehört aber auch die Mitarbeit in Selbsthilfegruppen oder das projektbezogene Engagement, wie es z. B. in Freiwilligenzentren vermittelt wird. Diese

beispielhafte Aufzählung unterstreicht die – auch zahlenmäßig – große Bedeutung freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements in der Caritas. In ihrer spezifischen Fachlichkeit sorgen Ehrenamtliche für die notwendige solidarische Einbindung caritativen Handelns in Kirche, Gesellschaft und den sozialen Raum.

Aber nicht nur aus Sicht der Caritas ist und bleibt ehrenamtliches Engagement ein unverzichtbarer Bestandteil ihres Handelns. Auch in Staat und Gesellschaft ist das bürgerschaftliche Engagement unverzichtbar für den Zusammenhalt einer immer stärker individualisierten und pluralisierten Gesellschaft. Gerade eine moderne demokratische Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass unverzichtbare solidarische Werte und Orientierungen so im Miteinander auch tatsächlich gelebt und erlebt werden können.

Aus dieser Erkenntnis heraus betonen auch die politisch Verantwortlichen aller Parteien die besondere Bedeutung des ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements und bekennen sich zur Förderung dieses Engagements als einer staatlichen Aufgabe. Leider hält dabei

die tatsächliche, auch finanziell messbare Unterstützung nicht immer mit den deklamatorischen Erklärungen Schritt. Auch in Nordrhein-Westfalen konnten wir dazu in den letzten Jahren einige Beispiele erleben. So wurde z. B. in der Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode vom damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement eine „Stiftung zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“ angekündigt, von der Landesregierung bis heute aber nicht umgesetzt. Es muss der Eindruck entstehen, dass mit Blick auf fehlende Finanzen eher solche Projekte wie der „Landesnachweis NRW – Engagiert im sozialen Ehrenamt – Nutzen und Bedeutung am Arbeitsmarkt“ angegangen wurden – ein für sich genommen wirklich sinnvolles Projekt, das von der Landesregierung keinen wesentlichen Mitteleinsatz erforderte. Eingestellt wurde jedoch nach einer Anschubfinanzierung die Förderung der Arbeit der so genannten Freiwilligenzentren, obwohl es doch gerade hier gelingt, auch neue Personengruppen für ein bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen. Diese Beispiele machen deutlich, dass – trotz wichtiger Verbesserungen wie z. B. der in der letzten Legislaturperiode eingeführten Versicherung der Freiwilligen – die Förderung der Rahmenbedingungen für freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement eine zentrale Aufgabe der Politik auch in der nächsten Legislaturperiode bleiben wird. Dazu gehören insbesondere die angemessene Vorbereitung, Qualifizierung und Fortbildung sowie eine Erstattung der Auslagen für das freiwillige Engagement.

Die im Rahmen der Richtlinienveränderung eröffnete Möglichkeit, die Leistungen der Freiwilligen als Teil der notwendigen Eigenleistung für die Finanzierung eines Projektes einzusetzen, stellt dabei durchaus einen Schritt in die richtige Richtung dar. Die praktische Umsetzung scheitert aber häufig an der fehlenden Bewertungsmöglichkeit in Euro und Cent für die erbrachten Zeit- und Sachspenden.

Bürgerschaftliches Engagement, auch das wird in den politischen Debatten deutlich, spielt eine zentrale Rolle in den Überlegungen zur Neubestimmung der Sozialpolitik angesichts schwindender öffentlicher Mittel. Mit Blick auf die leeren Kassen öffentlicher Kostenträger wird im Einsatz ehrenamtlicher Kräfte eine gute Möglichkeit gesehen, die Kosten sozialer Dienstleistungen zu reduzieren und den aus Finanzgründen notwendigen Abbau hauptamtlicher Personalressourcen auszugleichen. Gleichzeitig, so wird gesagt, findet gesellschaftspolitisch gewolltes Engagement (vgl. oben) so eine „sinn-



volle Verwendung“. Gegen eine solche Instrumentalisierung des bürgerschaftlichen Engagements haben sich die Caritas und die anderen Wohlfahrtsverbände immer wieder sehr deutlich ausgesprochen. Freiwillig erbrachtes Engagement darf in seinem Wert nicht daran bemessen werden, inwieweit es gelingt, hauptamtliches Handeln zu ersetzen; vielmehr muss der Beitrag der Ehrenamtlichen als eigenständige Leistung mit eigener Fachlichkeit anerkannt werden. Ehrenamtliches Engagement eignet sich eben nicht als „Sparstrumpf“, ganz im Gegenteil, gerade so würde die persönliche Motivation vieler Freiwilliger zerstört. ▶

Mehr als jeder vierte Deutsche ist in seiner Freizeit ehrenamtlich aktiv, rund 11 Prozent engagieren sich im sozialen Bereich.

Foto: SkF Neuss



Schwerpunkt



Ehrenamtlicher Einsatz ist oft Beziehungsarbeit – zu beiderseitigem Nutzen.

Foto: SkF Neuss



*Heinz-Josef Kessmann
ist Caritasdirektor für die
Diözese Münster.*

► Aus dem gleichen Grund lehnt die Caritas auch die Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Freiwillige ab, soweit sie über die Erstattung der Kosten hinausgeht. Auch hierin sehen wir einen Versuch, billige Hilfskräfte für fehlende hauptamtliche Personalressourcen zu gewinnen. Dies entspricht nicht den Wünschen der Freiwilligen, die ihr Engagement vielfach gerade in der Zusammenarbeit mit dem vorhandenen hauptamtlichen Engagement sehen. Darüber hinaus birgt eine solche Entwicklung die Gefahr, dass unterhalb von „Mini-Jobs“ ein neuer „Niedrigstlohnsektor“ ohne soziale Absicherung geschaffen wird.

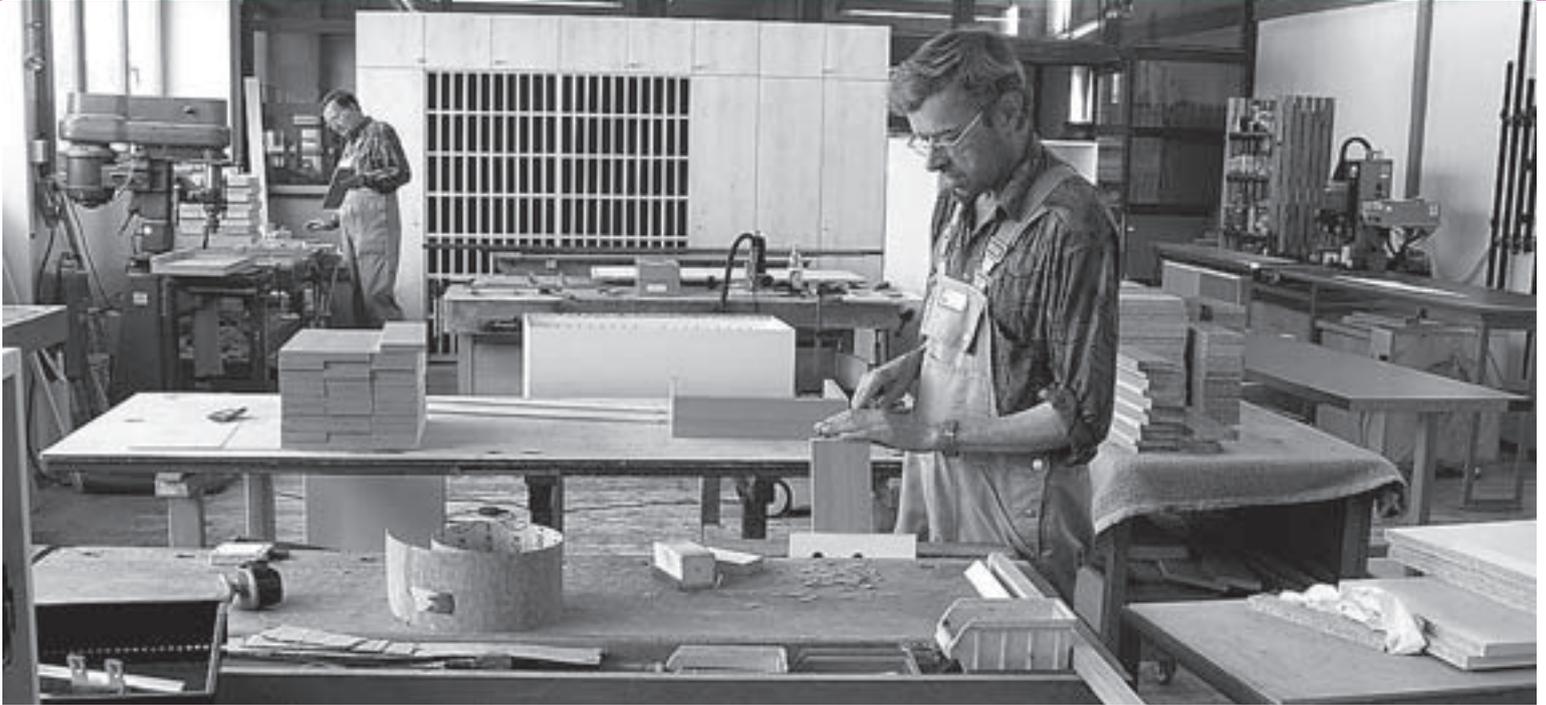
Diese Diskussion hat – und das wird heute spürbar – darüber hinaus natürlich noch eine weitere Konsequenz: Das Verhältnis zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen wird weiter belastet. Aus Sicht der Hauptamtlichen entsteht die Befürchtung, dass ehrenamtliches Engagement ihre eigene hauptamtliche Tätigkeit entwertet und verdrängt und damit auch mittel- und lang-

fristig zum Arbeitsplatzabbau beiträgt. Ehrenamtliches Engagement wird dann folgerichtig durch die Hauptamtlichen nicht mehr so gestützt, wie es nötig wäre.

Gleiches gilt häufig auch für die Träger von Diensten und Einrichtungen. Es wird befürchtet – teilweise durchaus zu Recht –, dass der Einsatz ehrenamtlicher Kräfte dazu führt, dass die Kostenträger die vereinbarten Entgelte mit Verweis auf die geringeren Kosten kürzen und somit den Kostendruck auf die Dienste und Einrichtungen weiter erhöhen. So wird es nicht gelingen, den Einsatz von Ehrenamtlichen als selbstverständlichen Bestandteil der Dienste und Einrichtungen zu stärken und weiter auszubauen, im Gegenteil, vorhandene Vorbehalte und Hindernisse werden verstärkt.

Wenn die Politik wirklich eine neue „Kultur des Ehrenamtes“ im sozialen Bereich fördern und unterstützen will, muss sie beide Seiten in den Blick nehmen: Sie muss zum Ersten Menschen motivieren und anregen, sich sozial zu engagieren, und sie muss ihnen dabei helfen, ihren Wünschen und Motiven entsprechende Dienste wahrzunehmen. Die bedeutet auch, dass Ehrenamtliche sich in ihren Diensten nicht nur als Handlanger sehen, sondern sie sich ihren Qualifikationen und Fähigkeiten entsprechend als gleichberechtigte Partner der Hauptamtlichen erleben können. Dies erfordert allerdings deutlich bessere Möglichkeiten der Qualifizierung und Fortbildung für ehrenamtliches Engagement als bisher.

Aber auch die Einrichtungen und Dienste müssen in die Lage versetzt werden, Ehrenamtliche ihren Vorstellungen entsprechend einzusetzen. Das erfordert sorgfältige Einarbeitung auch in komplexe Handlungszusammenhänge, um so ein gleichberechtigtes Mit- und Füreinander von Haupt- und Ehrenamt zu ermöglichen. Diese Einarbeitung und Qualifizierung verursachen Kosten, die heute vielfach mit Blick auf die befürchteten Entgeltkürzungen gescheut werden. Will man ehrenamtliches Engagement tatsächlich fördern, muss man hier für Klarheit sorgen und z. B. durch einen Zuschlag zum Entgelt die Bereitschaft zum Einsatz Ehrenamtlicher stärken. Nicht Einsparen auf dem Rücken der Ehrenamtlichen darf die Devise lauten, sondern Stärkung der heute vielfach vorhandenen Motivation durch Anreize sowohl für die Freiwilligen durch gute Qualifizierungsmaßnahmen als auch für die Dienste und Einrichtungen, z. B. durch die Übernahme von Einarbeitungs- und Qualifizierungskosten. Das ist der Beitrag, den die Politik heute zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der sozialen Arbeit leisten kann. ◀



*Arbeit ist notwendig für
ein Leben in Würde und
Gemeinschaft.
Foto: Caritas*

Wie aus weniger mehr werden soll!

Nur mehr Arbeitsplätze schaffen mehr Beteiligungsgerechtigkeit

Von Andreas Meiwes

Die Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen steht vor der zentralen Herausforderung, eine lang anhaltende und auf hohem Niveau zunehmende Arbeitslosigkeit abzubauen. Es ist aber auch Aufgabe der Politik, die Auswirkungen ihrer Maßnahmen zu beachten. Gerade in den Ballungsräumen, aber nicht nur dort gibt es enorme Probleme für die Ausgrenzten und sozial Benachteiligten durch die anhaltende Arbeitslosigkeit.

Wie wird aus weniger mehr? Diese Frage stellt sich zwangsläufig bei der Betrachtung der aktuellen Arbeitsmarktsituation. Folgt man aber dem weit verbreiteten Vorurteil in der Bevölkerung und insbesondere den Begründungszusammenhängen der aktuellen Politik, so wollen Arbeitslose gar nicht arbeiten. Doch wollen wirklich fünf Millionen Menschen bewusst arbeitslos sein, oder stellt sich nicht eher das Problem, dass ihnen kein entsprechendes Angebot an Arbeitsplätzen gegenübersteht?

Fehlende Teilnahmekancen vieler Menschen auf den Arbeitsmärkten stellen ein herausragendes Symptom

für die ungenügende Anpassung der Gesellschaft und ihrer Institutionen an die veränderte Situation dar. Es kommt darauf an, allen – je nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten – Chancen auf Teilhabe und Lebensperspektive zu geben, statt sich damit zu begnügen, Menschen ohne echte Teilhabe lediglich finanziell abzusichern.

Um tatsächlich zu mehr Arbeit und damit zu mehr Beteiligungsgerechtigkeit zu gelangen, bedarf es einer deutlichen Verstärkung der wirtschaftlichen Dynamik durch Innovation und Strukturwandel.

Insofern stellt sich die Frage, ob die Maßnahmen unter dem Titel „Hartz IV“ in NRW überhaupt die erforderliche arbeitsmarktpolitische Wende herbeiführen können. Wir befinden uns längst in der Auseinandersetzung darüber.

Hartz-Gesetzgebung aus Sicht der Caritas

Das rechtliche Trägerkonstrukt (Arbeitsgemeinschaft, Optionsmodell) und die daraus resultierenden Umsetzungs- und Kooperationsstrukturen müssen sich noch in der Praxis bewähren. Gleiches gilt für die gesetzlich benannte Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege bei der Umsetzung des SGB II / III einschließlich der Nutzung ihrer Angebote.

Realistischerweise ist zu befürchten, dass neben der Auszahlung der Geldleistungen aktive Hilfen zur (Wie- ▶



Schwerpunkt

Zur Landtagswahl



Plakat zur Jahreskampagne der Caritas

- ▶ der-)Eingliederung im Sinne des „Förderns“ weniger verfolgt werden. Dies gilt insbesondere für Jugendliche unter 25 Jahren, denen gemäß Gesetzesintention ein Bildungs- oder Integrationsangebot zu machen ist. Hinzu kommt, dass nach Verlautbarungen der Bundesagentur für Arbeit bzw. des BMA für die genannte Zielgruppe 2005 Mittel bereitgestellt werden sollen, die nur für rund 50 Prozent der betroffenen Jugendlichen ausreichen werden. Ebenso geht die Quantifizierung der Eingliederungsmittel für ALG-II-Bezieher lediglich von einer Gewährungsquote von knapp 30 Prozent aus. Der Grundsatz des „Forderns und Förderns“ wird also nur maximal halbherzig eingelöst. Die Definition der Leistungen zur (Wieder-)Eingliederung Arbeitsloser als „Kann-Leistungen“ ohne Rechts-

anspruch zeigt bereits die negative Wechselwirkung mit der Haushaltslage. Dies trifft auch empfindlich viele in diesem Unterstützungsfeld tätige Träger und zerstört zukünftig notwendige Hilfsstrukturen. Jede Landesregierung in NRW ist gefordert, umgehend positive Planungssicherheit für unverzichtbare bisher landesgeförderte Integrations- und Hilfsstrukturen für Arbeitslose zu schaffen.

Projekte zur Erprobung von neuen Ansätzen sind unerlässlich

Sollen neue Ansätze und Wege beschritten werden, so muss die Landesarbeitsmarktpolitik verstärkt die Möglichkeit nutzen, durch innovative Projekte neue Strukturen und Anstöße zu erproben. Hierzu bietet die Freie Wohlfahrtspflege mit ihrer bereits vorhandenen Kompetenz eine wichtige Basis.

Bildung und Qualifikation als Teil des Generationenvertrages stärken

Bildung und lebenslanges Lernen sind kritische Wettbewerbs- und Beschäftigungsfaktoren der Zukunft. Deshalb stellen lebenslanges Lernen und fortdauernde Qualifizierung eine unabdingbare Voraussetzung für Beteiligung an den Möglichkeiten moderner Gesellschaften dar. Umso aufmerksamer müssen heute die Erwerbslosen, die zu einem erheblichen Teil gering qualifiziert sind, in den Blick genommen werden. Die Herausforderungen an ein zukunftsfähiges Schulsystem, das möglichst niemanden ohne Schulabschluss entlässt, sind enorm.

Beschäftigung ausweiten, Arbeitslose integrieren

Alle Akteure müssen eigene Interessen zurückstellen, damit notwendige Reformen gelingen können. Schwierige Interessenabwägungen lassen sich nicht vermeiden, beispielsweise zwischen Einkommenshöhe und der Möglichkeit, überhaupt Erwerbsarbeit zu behalten oder zu bekommen, hinsichtlich des Grades der Mobilität oder des Ausmaßes der Lohnspreizung, die sich eine Gesellschaft mit dem Ziel von „mehr Beschäftigung“ zumuten will.

Potenzial der zunehmend älteren Bevölkerung gewinnen

Die Chance älterer Arbeitsloser, einen neuen Job zu finden, ist deutlich geringer als bei jüngeren Arbeitslosen. Langzeitarbeitslosigkeit ist vor allem ein Problem

der Älteren. Es gilt daher praxisnahe Beispiele zu entwickeln, die das Potenzial älterer Langzeitarbeitsloser für die Wirtschaft nutzbar machen und den Betroffenen neue Erwerbsperspektiven eröffnen.

Zusatzjobs müssen bereitgestellt werden

Zusätzliche Arbeitsgelegenheiten können Menschen, die am Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben, helfen. Langzeitarbeitslose und Menschen mit Beschäftigungshemmnissen können so wieder an Arbeit herangeführt werden, die Zusatzjobs ermöglichen ihnen ein wenig mehr soziale Teilhabe. Die Caritas sieht in den Zusatzjobs ein Engagement aus arbeitsmarktpolitischer Verantwortung. Allerdings wird hierbei ebenso immer wieder genau überprüft werden müssen, dass Arbeitsgelegenheiten in der aktuellen wirtschaftlichen Situation nicht als Mittel des Ersatzes regulärer Arbeit eingesetzt werden.

Arbeitsplätze für gering qualifizierte Menschen

Es darf aber auch zukünftig nicht der Bedarf nach gering qualifizierten Arbeitsplätzen geleugnet werden. Nicht im vorauseilenden Gehorsam, sondern auf der Basis der Erkenntnisse, dass dringend Arbeitsplätze für gering qualifizierte Menschen geschaffen werden müssen.

Kinder- und Jugendhilfe nachrangig

Für die Jugendhilfe ergibt sich ein Paradigmenwechsel im Verhältnis von Jugendhilfe und Arbeitsmarktpolitik. Bislang waren Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) gleichrangig mit den Leistungen nach SGB III (Arbeitsförderung). Mit Inkrafttreten des SGB II (Hartz IV) haben die Leistungen nach SGB II und die korrespondierenden Leistungen nach SGB III Vorrang vor den Angeboten des SGB VIII.

Es besteht die Gefahr, dass Kommunen und Land sich aus der Förderung der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe weiter zurückziehen. Denjenigen, den der Einstieg über Hartz IV allerdings gelingt, ist es wahrscheinlich genommen, sich weiterzuqualifizieren, denn sie begeben sich direkt in den Niedriglohnsektor ohne weitere Ausbildung.

Arbeitgeber Caritas

Auch die Caritas hat in NRW bereits Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit entlassen, denn die Finanzmittel reichen nicht mehr überall aus, um den gegenwärtigen Stand der Arbeit mittelfristig schulden-

frei zu finanzieren. Reduzieren öffentliche Zuschussgeber ihre Mittel, können wir als Caritas diese Lücken aus eigener Kraft nicht mehr ausgleichen.

Das Finanzierungssystem über die Kirchensteuer und die öffentliche Förderung von Diensten zeigt seine Schattenseiten. Wir spüren die höhere Arbeitslosigkeit, rückläufige Steuereinnahmen und damit auch einen Rückgang der Finanzmittel. Die wenn auch unterschiedlich intensiven, aber gleichwohl notwendigen Sparmaßnahmen innerhalb der (Erz-)Bistümer in NRW stehen nicht vor dem Abschluss, sondern beginnen erst. Dabei müssen wir uns als Caritas daran messen lassen, dass wir beim Arbeitsplatzabbau anders vorgehen als manches Unternehmen. Als Arbeitgeber sind wir gefragt, alles Mögliche dafür zu tun, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden und denjenigen, die trotz allem betroffen sein werden, Hilfe zur Verfügung zu stellen, wieder Beschäftigung zu finden.

Mit dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ nimmt der Staat durch „Hartz IV“ alle erwerbsfähigen Arbeitslosen in den Blick. Doch „Hartz IV“ und „ALG II“ sind zu Schlüsselbegriffen für Sozialabbau geworden. Befürchtet wird, dass mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II sozialer Abstieg programmiert ist. Die Rechtslage ist für viele Menschen völlig neu und zudem schwer verständlich. Der Sozialstaat befindet sich in einem massiven Umbruch, und „Hartz IV“ führt auch zu einer erheblichen Veränderung der Zusammenarbeit zwischen den Partnern der öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege in den Kommunen vor Ort bis direkt in den konkreten Sozialraum. Vor allem wird sich aber die Situation für Arbeit suchende Menschen verändern. Die Caritas fordert von der zukünftigen Sozialpolitik in NRW Maßnahmen,

- ▶ damit Betroffenen das soziokulturelle Existenzminimum erhalten bleibt,
- ▶ damit dem „Fordern“ auch das „Fördern“ folgt,
- ▶ um die Diskriminierung älterer Arbeitnehmer/-innen zu verhindern.

Politik in unserem Bundesland hat die Chance, aber auch die Verantwortung, den gewaltigen Umbruch im Interesse der Menschen zu gestalten. Damit vielleicht doch noch aus dem „Weniger ein Mehr für die Menschen wird“.



Andreas Meiwes ist Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Essen.



Damit Zusammenleben gelingt

Migration und Integration: Vorhandene Kompetenzen nutzen und neue Perspektiven eröffnen

Von Volker Odenbach

Angesichts von Globalisierung und demografischer Entwicklung gehören Zuwanderungssteuerung und Integrationspolitik zu den wichtigsten Gestaltungsaufgaben der Gegenwart und Zukunft unseres Landes. Noch fehlen jedoch häufig verbindliche Regeln und ein tragfähiges Gesamtkonzept.

Integration ist ein wechselseitiger gesellschaftlicher und kultureller, mittel- bis langfristiger Kultur- und Sozialprozess, orientiert am Wertekanon des Grundgesetzes. Integration ist das Ergebnis von eigendynamischer Entwicklung und von integrationspolitisch fördernder und fordernder Begleitung. Integration geschieht nicht nur im Interesse der Zugewanderten, sondern auch der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund, die zwingend in die Integrationspolitik mit einbezogen werden muss.

Dabei geht es konkret vor allem um Schaffung und Verwirklichung von Beteiligungschancen an den gesellschaftlichen Lebensbereichen unseres Gemeinwesens, was letztlich für alle Beteiligten in allen Lebensbereichen anzustreben ist. Dazu braucht es ein langfristig angelegtes Gesamtkonzept für eine Integrationsförderung.

Die Caritas in NRW fordert ganzheitliche Integrationskonzepte mit gesetzlicher Verankerung sowohl auf der Ebene des Bundes, des Landes wie auch der Kommunen. Wichtige Rahmenbedingungen der Integrationsförderung werden durch den Bund und die Länder gesetzt.

Der Bund hat die Verantwortung für die Erstintegration von Neuzuwanderern übernommen. Grundmodule des Angebotes sind

- ▶ Integrationskurse (zum Deutsch-Spracherwerb)
- ▶ Orientierungskurse
- ▶ Migrationserstberatung für Erwachsene und Familien
- ▶ Integrationsberatung und -begleitung jugendlicher Neuzuwanderer durch Jugendmigrationsdienste

Die Landesregierung hat deutlich gemacht, dass sie sich – in Abgrenzung zur Zuständigkeit des Bundes für die

Erstintegration von Neuzuwanderern – im Bereich der so genannten „nachholenden Integration“ bereits länger hier lebender Menschen mit Migrationshintergrund engagieren will. Schwerpunkte der „nachholenden Integration“ hierbei sind aus Sicht der Caritas:

- ▶ vorschulische Sprach-Erziehung
- ▶ Sprachförderung, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen mit Migrationshintergrund (insbesondere für Ehefrauen, Mütter und Töchter in muslimischen Familien)
- ▶ besondere schulische Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund
- ▶ Maßnahmen im Bereich des Übergangs von der Schule zum Beruf sowie der beruflichen Qualifizierung
- ▶ Maßnahmen zur Stärkung der Konfliktfähigkeit und der friedlichen Konfliktlösung zwischen Zuwanderern und einheimischer Bevölkerung in Stadtteilen
- ▶ Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Kommunikation und der interkulturellen Kompetenzen
- ▶ Förderung der interreligiösen Begegnung und des interreligiösen Dialogs zwischen Juden, Christen und Muslimen
- ▶ Förderung der Entwicklung eines europäischen Islams, der insbesondere muslimischen Frauen gleiche Entwicklungs- und Entfaltungschancen eröffnet

Verbindliche Regelungen fehlen auf der Ebene des Landes und der Kommunen, sodass unterschiedliche Integrationserfolge erzielt werden. Integration geschieht jedoch vor Ort, in den Kommunen und durch die Menschen dort. Es fehlt bisher ein umfassendes, bedarfsorientiertes Rahmenkonzept der Integrationsförderung, das:

- ▶ Zuständigkeiten regelt
- ▶ Aufgaben und Angebote koordiniert
- ▶ Qualität sichert
- ▶ systematisch Kooperationsstrukturen zwischen Verwaltung und in der Integrationsförderung tätigen Einrichtungen und Trägern aufbaut
- ▶ Leitziele für den Bereich der Integration entwickelt und umsetzt
- ▶ Doppelstrukturen vermeiden hilft

Die Entwicklung von Integrationskonzepten und kommunalen Leitlinien für die Integration von Migrantinnen und Migranten ist aus unserer Sicht der richtige

Ansatz. Benötigt werden entsprechende Handlungskataloge mit integrationsförderndem Charakter, deren Zielgruppe jedoch nicht explizit und ausschließlich Zuwanderer sind. Die Zusammenarbeit der Akteure der Integrationsförderung in den Kommunen sollte strategisch weiterentwickelt werden. Integrationsarbeit muss pragmatisch und nah an den Problemen der Menschen geleistet werden. Kommunen müssen Handlungsspielräume nutzen, Konzepte kommunaler Integrationspolitik entwickeln, die sich durch große inhaltliche Bandbreite und Ausrichtung an Handlungsbedarfen und Potenzialen vor Ort auszeichnen.

Künftige Integrationspolitik muss sich mit neuen Inhalten und anderen Organisationsformen den Menschen mit Migrationshintergrund und besonderem Integrationsbedarf widmen.

Strukturell gilt es Fachdienste vorzuhalten, die in der Lage sind, integrationsfördernde Leistungen in den wesentlichen Handlungsfeldern der Integration zu erbringen:

- ▶ Integrationsberatung für Neuzuwanderer
- ▶ Motivation und Beratung zu nachholender Integration
- ▶ Motivation und Vermittlung zu Qualifikation und Beschäftigung
- ▶ Beratung bei Rück- und Weiterwanderung
- ▶ Konfliktmanagement und Projektarbeit bei sozialraumorientierter Integration
- ▶ Förderung von interkultureller Kompetenz und Beratung bei interkultureller Öffnung von Diensten und Einrichtungen
- ▶ im Rahmen einer Antidiskriminierungsarbeit Leistungen zur Förderung von Austausch und Begegnungen zwischen Kulturen und Religionen

Darüber hinaus setzt die Caritas sich dafür ein, in unserer Gesellschaft einen Ausgleich zu finden zwischen wirtschaftlich motivierter Zuwanderung / wirtschaftlichen Interessen, zwischen dem Recht des Staates zu bestimmen, wer sich im Land niederlassen darf, und humanitären Verpflichtungen aufgrund des ethischen Gebotes des Schutzes von Flüchtlingen vor Verfolgung.

Für die Integration von Zuwanderern ist die Frage der gesellschaftlichen Teilnahme von Menschen mit unterschiedlichen Lebenswelten in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft ein Schlüsselthema. Es gilt Ansätze zu finden, welche die wachsende Heterogenität der Gesellschaft und die daraus entstehenden Herausforderungen berücksichtigen, dabei aber ein ausreichendes Maß an



Schwerpunkt

Zur Landtagswahl

- ▶ Gemeinsamkeiten entwickeln, um sicherzustellen, dass aus Vielfalt nicht Beliebigkeit wird.

Eine aktive Integrationspolitik wird nur gelingen, wenn es bei Zuwanderern und bei der Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund eine ausgeprägte Integrationsbereitschaft gibt. Um diese muss gegebenenfalls nachdrücklich geworben werden.

Eine besondere Relevanz misst die Caritas auch dem Thema der „Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in den Tageseinrichtungen für Kinder“ bei. Der besondere Stellenwert der Tageseinrichtungen im Prozess der Integration begründet sich u. a. darin, dass hier für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund sowie für ihre Eltern das Zusammenleben verschiedener Kulturen im institutionellen Rahmen erfahrbar wird und der Prozess der Annäherung verschiedener Kulturen im Rahmen der interkulturellen Arbeit professionell unterstützt werden kann.

Dass die Potenziale der Tageseinrichtungen für Kinder als Institutionen der Elementarbildung auch im Kontext der Integration der Familien mit Migrationshintergrund verstärkt genutzt werden sollten, ergibt sich u. a. aus den folgenden Problemfeldern:

- ▶ Kinder mit Migrationshintergrund finden wesentlich schlechtere Startchancen in der Schule vor.
- ▶ Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund erwerben in der Regel niedrigere Bildungsabschlüsse.
- ▶ Die berufliche Eingliederung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gelingt häufig nicht.

Aus langjährigen Erfahrungen der Caritas mit der Praxis der Tageseinrichtungen für Kinder lassen sich folgende Empfehlungen und Forderungen ableiten:

- ▶ Es ist eine individuelle Förderung nötig, da es *die* „ausländische“ Familie nicht gibt. Kulturelle Herkunft, erlebte Migrationserfahrung, aufenthaltsrechtlicher Status und auch der „Grad“ erreichter Integration sind vielfältig und begründen unterschiedliche Bedarfe. Entsprechend differenziert müssen die Tageseinrichtungen für Kinder mit der Ausgestaltung ihrer Angebote auf die individuellen Bedarfe der Kinder und Eltern reagieren. Dies setzt voraus, dass die derzeitigen Rahmenbedingungen wie Gruppenstärke und verfügbare Personalstunden entsprechend angepasst werden.
- ▶ Über eine differenzierte Sprachförderung eröffnet sich erst eine Gesamtförderung. Entsprechend den kindlichen Entwicklungsbedingungen ist die Sprach-

förderung im Alltag der Tageseinrichtungen effektiv, die in einem sprachanregenden Klima den Bezug zu der Lebenswirklichkeit der Kinder herstellt und in direkter Abhängigkeit von der Qualität der Beziehungen zu den Erwachsenen als Sprachmodellen steht. Die Stärkung der Muttersprache ist für die Identitäts- und intellektuelle Entwicklung aller Kinder notwendig. Mehrsprachigkeit von Kindern stellt eine wichtige Schlüsselkompetenz dar. Die Vermittlung der deutschen Sprache für alle Kinder nimmt aber eine zentrale Rolle ein.

- ▶ Der Erwerb interkultureller Kompetenz ist ein permanenter Prozess des bewussten Umgangs mit eigener und fremder kulturbedingter Geprägtheit. Hierzu bedarf es der Entwicklung notwendiger Standards im Sinne eines durchgängigen Lernprinzips in der Ausbildung als auch in der Fortbildung.
- ▶ Tageseinrichtungen müssen als zentrale Orte der Begegnungen neben Schulen und Fachdiensten für Integration und Migration gesehen werden, da sie fast immer Ausgangspunkte vielfältiger Kontakte und Aktivitäten im Gemeinwesen sind. Niederschwellig bieten sie Kindern und Eltern Möglichkeiten des Kennenlernens für weitere Angebote und Einrichtungen im Stadtteil und darüber hinaus. Letzteres setzt eine Verortung der interkulturellen Orientierung in allen Diensten und Einrichtungen voraus.

In Zeiten knapper Kassen bedeuten die Anforderungen an Träger und Mitarbeitende und den selbst gesetzten bzw. von außen erwarteten Bildungsauftrag der Tageseinrichtungen eine hohe Belastung. Anstatt Sach- und Personalkostenzuschüsse zu erhöhen, wurden diese seit Jahren und nicht zuletzt durch den Doppelhaushalt 2004/2005 NRW deutlich heruntergefahren. Für neue Projekte besteht wenig Raum. Da die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund aber steigt, müssen die Anstrengungen gerade für diese Kinder verbessert werden. Dies setzt voraus, dass insbesondere die Rahmenbedingungen der Arbeit in den Tageseinrichtungen für Kinder an die zu erbringenden Leistungen angepasst werden. ◀



Volker Odenbach ist Direktor des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn.



Reformbedarf in der Pflege

Von Frank Johannes Hensel

Über 2,1 Millionen Menschen sind gegenwärtig in Deutschland pflegebedürftig. Eine große Gruppe davon – nach Schätzungen rund 1,2 Millionen – ist demenzkrank. Die überwiegende Mehrzahl dieser Pflegebedürftigen, über 70 Prozent, wird zu Hause von Angehörigen gepflegt. Eine verbesserte Unterstützung für pflegende Angehörige ist dringend gefordert.

Laut Pflegeversicherungsgesetz hat die ambulante Pflege Vorrang vor der stationären Pflege

Auf Bundesebene gab es bereits Forderungen, die Leistungen der Pflegeversicherung im stationären Bereich zugunsten der ambulanten Pflege zu senken, um den

Anreiz für den Pflegebedürftigen zu erhöhen, möglichst lange in seiner gewohnten Umgebung zu bleiben. Dies setzt allerdings in den meisten Fällen voraus, dass Angehörige – ggf. unterstützt von einem ambulanten Pflegedienst – die Pflege übernehmen. Die Belastungen, die sich hieraus für die pflegenden Angehörigen ergeben, wurden vom Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln 2003 untersucht. Ergebnis: Pflegende Angehörige kranker alter Menschen sind, obwohl stark belastet, gesellschaftlich eher „unsichtbar“. Im Erhalt ihrer ökonomischen, sozialen und gesundheitlichen Ressourcen gefährdet, erfahren sie kaum Unterstützung. Persönlich vielfach wenig vorbereitet und häufig ohne qualifizierte fachliche Beratung und Begleitung, geraten sie häufig in schwierigste Pflegesituationen, die vielfach über Jahre bestehen bleiben. Zu Beginn noch hoch motiviert, nä-

*Die Caritas will mehr als eine „Satt-und-sauber-Pflege“. Ein menschenwürdiges Altern muss auch in Zukunft gesellschaftlich akzeptiert sein.
Foto: Harald Westbeld*



Schwerpunkt

Zur Landtagswahl

- ▶ hren sie sich mit zunehmender Pflegedauer den Grenzen ihrer persönlichen Leistungs- und Leidensfähigkeit. 70 Prozent der befragten Pflegenden leiden unter Rückenschmerzen, allgemeiner Erschöpfung, Schlafstörungen und anderen Krankheiten. 88 Prozent der Befragten fühlen sich überfordert, ausgebrannt und klagen über familiäre Spannungen. Weiteres zentrales Ergebnis der Untersuchung war, dass rund drei Viertel der befragten Angehörigen, die nahe stehende Menschen pflegen, selbst – falls es notwendig wird – nicht von ihren nächsten Verwandten gepflegt werden möchten. Besonders davon betroffen sind hier die Angehörigen von an Demenz erkrankten Pflegebedürftigen.

Um das Ziel des Vorrangs der ambulanten Pflege erreichen zu können, bedarf es der Etablierung eines Unterstützungssystems für die pflegenden Angehörigen. Es gibt bereits ermutigende Modellprojekte, die der Beratung und Unterstützung für demenzkranke Menschen und ihre pflegenden Angehörigen dienen. Solche Hilfsangebote sind flächendeckend erforderlich.

Das Thema Demenz muss noch breiter in der Aus- und Fortbildung der Fachkräfte verankert werden. Neben diagnostischen Fragestellungen und Befunden geht es dabei auch ganz wesentlich um die Vermittlung und Übung eines angemessenen Umgangs mit Demenzkranken und ihren Angehörigen.

Im Pflegeleistungsergänzungsgesetz, das am 1. 4. 2002 in Kraft trat, wird die Situation der demenzkranken Pflegebedürftigen zumindest ansatzweise berücksichtigt.

Freundlich sein, Zuwendung zeigen – eine anerkennenswerte Leistung angesichts des hohen Zeit- und Kostendrucks in der ambulanten Pflege

Dennoch trägt es nur geringfügig und in keinem Falle ausreichend zur Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger demenzerkrankter Menschen und der Erkrankten selbst bei. Der Kreis der Anspruchsberechtigten bleibt weiterhin sehr eingeschränkt. Die Einstufung berücksichtigt ausschließlich die körperliche Leistungseinschränkung, die die Ausübung von Aktivitäten des täglichen Lebens erschwert. Dies stellt eine fachlich absolut unzulängliche Beurteilungssystematik dar. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, den umfassenden Einschränkungen von Demenzkranken Rechnung zu tragen.

Aus politischem Kalkül ist die Reformdiskussion der Pflegeversicherung zwar innerhalb der aktuellen Legislaturperiode gestoppt worden. Dennoch bleibt der Reformbedarf nach wie vor aktuell.

Bestimmen zukünftig allein finanzielle Erwägungen über die Betreuung pflegebedürftiger Menschen?

Im Jahr 2003 hat der nordrhein-westfälische Landtag ein neues Landespflegegesetz verabschiedet. Aus der Objektförderung des Landes ist eine Subjektförderung geworden. Nicht die Einrichtungen sollen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, sondern der einzelne Bewohner. Wesentlich für die Umstellung war das Anliegen, dem bedürftigen älteren Menschen ein Mehr an selbstbestimmtem Leben zu ermöglichen. Zudem sollte die Novellierung dazu beitragen, den Wettbewerb der Einrichtungen untereinander zu beleben.

Als Folge der Novellierung des Landespflegegesetzes werden die laufenden Kosten eines Pflegeplatzes steigen. Obwohl die maximalen Pro-Platz-Werte von 92 800 Euro auf die Obergrenze von 76 700 Euro reduziert wurden, verteuern sich die Investitionskosten, die an die Bewohner weitergegeben werden, da die öffentliche 50-Prozent-Finanzierung mit zinsfreien Darlehen wegfällt. Alte pflege- und betreuungsbedürftige Menschen müssen also aus ökonomischen Erwägungen eher in ihren eigenen vier Wänden bleiben, selbst wenn eine stationäre Pflege für sie die gebotene Betreuungsform darstellt.

Mittlerweile zeichnet sich ab, dass manche Einrichtungsträger mangels Eigenkapital und ausreichender Kreditsicherheiten die Finanzierung bereits jetzt notwendiger Modernisierungen bzw. Sanierungen ihrer Einrichtungen nicht mehr sicherstellen können. Sie sind damit entweder zu qualitätsminderndem Flickwerk oder gar zum Nichtstun verurteilt. Dies hat zur





*Zu Hause alt werden und gut versorgt sein – für viele Menschen ist das sehr erstrebenswert.
Fotos: Harald Westfeld*

Folge, dass Unterschiede in den baulichen Standards bei den Altenpflegeeinrichtungen deutlich zunehmen. Hier ist die Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen gefordert, für alle Häuser wenigstens Mindeststandards zu sichern. Dies verkennt nicht, dass es auch in Zukunft Einrichtungen geben wird, die ihre Leistungen – gegen entsprechende private Zuzahlungen – oberhalb des Standards anbieten. Es müssen also entweder ergänzende öffentliche Finanzierungen für notwendige Baumaßnahmen ermöglicht werden (ggf. auch über die Stiftung Wohlfahrtspflege NW), oder die öffentliche Hand muss z. B. durch Bürgschaften den Zugang zu Kapitalmarktkonditionen eröffnen, die für die Träger annehmbar sind. Die Caritas ist bereit, gemeinsam mit der Politik und den Kostenträgern Modelle zu entwickeln, um die baulichen Notwendigkeiten für eine gute Pflege sicherzustellen.

Sozialhilfeempfänger müssen entlastet werden

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz verlangt Zuzahlungen von den Versicherten für Arznei- und Hilfsmittel. Hinzu kommt die von jedem Versicherten beim ersten Arztbesuch im jeweiligen Quartal zu entrichtende Praxisgebühr. Die Caritas hält Zuzahlungen zwar grundsätzlich für akzeptabel, fordert jedoch, dass Sozialhilfeempfänger von der Zuzahlungspflicht ausgenommen werden. Zwar hat der Bundestag einen so genannten gesonderten Darlehensanspruch im Sozialhilferecht geschaffen, wonach Sozialhilfeempfänger in stationären Einrichtungen die Zuzahlungsbeträge zunächst als Dar-

lehen von den Sozialhilfeträgern erhalten. Die Summe wird ihnen dann aber gleich vom ohnehin geringen monatlichen Taschengeld abgezogen. Eine Teilhabe am soziokulturellen Leben ist dann kaum oder gar nicht mehr möglich.

Um die Zukunft der Pflege zu sichern: Verbesserung der Ausbildungssituation

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat mit Erfolg darauf hingewirkt, dass der Vorstoß des Landes Baden-Württemberg auf Absenkung der Fachkraftquote im Heimgesetz deutlich unter 50 Prozent des pflegenden und betreuenden Personals abgewehrt werden konnte. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, hat aber auch Konsequenzen für die Ausbildungskapazitäten. Die Erhaltung und bedarfsgerechte Anpassung des Ausbildungsplatzangebotes in der Altenpflege sind Landesaufgabe. Der Einbezug der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in die Verteilung der vorgegebenen Plätze macht das System zwar flexibler und bringt es näher an die Bedarfe. Die Zahl der Plätze, die vom Land finanziert werden, reicht aber keineswegs aus und muss deshalb unbedingt aufgestockt werden. Ansonsten ist die erfolgreich erstrittene Fachkraftquote nicht zu gewährleisten. Von erheblicher Bedeutung für die stationäre Pflege in NRW werden die Ergebnisse der Referenzmodelluntersuchung in ausgewählten stationären Pflegeeinrichtungen sein. Den daraus ableitbaren Erkenntnissen zum Personalbedarf muss dann aber auch von der zukünftigen Landesregierung Geltung verschafft werden. ◀



Dr. Frank Johannes Hensel ist seit April 2005 Direktor des Diözesan-Caritasverbandes im Erzbistum Köln.



Rudi Löffelsend,
Pressesprecher der Caritas
im Ruhrbistum

Alltagsgeschichten

In einer anderen Welt

„Das kommt davon, wenn man hier abends zu lang herumsteht“, denke ich noch, als der Mann mit dem zerknitterten Cola-Pappbecher mitten auf der Kettwiger, der Essener Einkaufsstraße, auf mich zusteuert.

Ich bin schon gefasst auf das unweigerliche „Haben Sie vielleicht etwas Kleingeld für mich?“ und antworte abweisend mit „Nein“, wie ich das immer tue. „Warum nicht?“, entgegnet der schmutzige und kränklich wirkende Mann, vielleicht Mitte 30. „Weil ich’s selber brauche“, entgegne ich patzig, anstatt einfach wegzugehen. Das hätte die Sache vielleicht vereinfacht. Aber so entsteht ein Gespräch. Ich soll keine Angst haben, er wolle mir nichts aufschwätzen. Und wenn ich wolle, könne ich ja sofort weitergehen. „Aber ich will Ihnen nur mal sagen, dass Sie nicht glauben sollen, was die im Fernsehen immer sagen, dass man als Bettler mehrere Hundert Euro am Tag macht und so.“

Das sei alles gelogen. Jetzt werde ich ein wenig neugierig. Warum er denn nicht zum Sozialamt geht, will ich wissen. „In Deutschland muss doch niemand betteln“, geistert es durch meinen Kopf.

Nein, hungern muss er nicht, erzählt er. Ein bisschen Unterstützung bekommt er vom Arbeitsamt, davon könne man leben. Aber damals, als es ihm noch gut ging, er noch Arbeit hatte, „da hab ich ein bisschen über meine Verhältnisse gelebt und bei Freunden Schulden gemacht“. Die würden zwar wegen der Rückzahlung keinen Druck auf ihn ausüben, aber trotzdem würden ihn die paar Tausend Euro natürlich ganz schön belasten. Deshalb steht er von Zeit zu Zeit hier und bettelt.

Arbeiten kann er nicht mehr, erzählt der Unbekannte weiter. Er habe einen Virus, „nicht Aids – aber eine andere tödliche Krankheit“. Langsam, ohne es eigentlich zu wollen, steigt Betroffenheit in mir auf. Natürlich, wer weiß, was von dem Erzählten überhaupt stimmt. Aber wenn nur die Hälfte wahr ist – wie aussichtslos muss dann dieses Leben sein?

„Wenn dich deine Gläubiger nicht drängen, wieso pfeifst du dann nicht auf die Rückzahlung und versuchst einfach, dir noch, soweit es geht, ein schönes Leben zu machen in der Zeit, die dir noch bleibt?“ Dieser unmoralische Vorschlag scheint mir in diesem Moment der einzig hilfreiche – in meiner Hilflosigkeit.

„Ach, das kann ich nicht mal eben so erklären“, wehrt er ab, gerade als ich denke, dass so etwas wie eine Gesprächsatmosphäre aufgekommen ist, dort, inmitten der Einkaufsstraße, „das ist eine lange Geschichte.“ Und er wendet sich ohne ein weiteres Wort von mir ab und einem Pärchen zu, das herangeschlendert kommt. Auch zwei Leute aus der „Szene“ – wie mir scheint. Man begrüßt sich ausgiebig, fragt nach dem „Wie geht’s“ und „Wohin“, steht nur einen halben Meter von mir entfernt – und beachtet mich mit keinem Blick. Welten liegen plötzlich wieder zwischen mir und denen, wo grade schon fast Nähe war. Dann geht mein Gesprächspartner weg, ich stehe wieder allein da trotz des Pärchens neben mir. Schließlich gehe ich auch, nachdenklich, verwundert. Mir scheint’s, als hätte ich für ein paar Minuten eine Grenze überschritten, einen Blick getan in eine Welt, die mitten unter uns ist – und doch ganz weit weg. Die sich selbst abgrenzt, weil sie ausgegrenzt wird. Und in der doch Menschen leben, die auch ein Teil dieser Gesellschaft sind, der seinen Wert hat – irgendwie.

Rudi Löffelsend

Impressum

„Caritas in NRW“
Kaiserswerther Str. 282-284
40474 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 51 60 66-20
Telefax: 02 11 / 51 60 66-25
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de
<http://www.caritas-nrw.de>

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

Chefredakteur: Markus Lahrmann
Redaktionssekretariat: Monika Natschke
Redaktion:
Rudi Löffelsend (Essen)
Alfred Hovestädt,
Dagmar Gabrio (Köln)
Heinz-Gert Papenheim
(Recht-Informationsdienst, Köln)
Jürgen Sauer (Paderborn)
Gerd Schnitzler (Aachen)
Harald Westbeld (Münster)

Layout: Alexander Schmid
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Karl Wegener
Telefon: 0 52 51 / 1 53-2 20
Telefax: 0 52 51 / 1 53-1 04

Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gedruckt auf Bilderdruck-Papier, hergestellt aus 100% chlorfrei gebleichten Faserstoffen.

ISSN 1617-2434



Foto: Achim Pohl

Armutsrisiko steigt

Anmerkungen zum Sozialbericht des Landes Nordrhein-Westfalen

Von Elisabeth Jünemann

„Ein Albraum greift um sich“, kommentierte Heinz-Joachim Fischer am 8. 2. dieses Jahres in der FAZ die aufgeregten Reaktionen der letzten Monate auf hie und da festzustellenden Einfluss des Christlichen auf die Politik. Der Albraum: Moral. Christliche Moral greife nicht nur hierzulande, sondern europaweit in die Politik ein. Orientierend. Reglementierend.

Diese Sorge jedenfalls scheint die NRW-Landesregierung, zumindest im Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, nicht zu teilen. Im Gegenteil: Wo der vor zehn Jahren im Gemeinsamen Wort der katholischen und evangelischen Kirche „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ geforderte Blick nicht nur auf die Armut, sondern – weil Armut ja relativ ist – auch auf den Reichtum an den Anfang eines

Sozialberichts gestellt wird, da kann man getrost davon ausgehen, dass der Einfluss von Religion und Moral auf das politische Tagesgeschehen nicht gefürchtet wird. Und wo der Reichtumsbericht von dem als Streiter für ein traditionell immer auch auf entsprechende Verteilung angelegtes Gerechtigkeitsverständnis bekannten Jesuitenpater Friedhelm Hengsbach sozioethisch reflektiert wird, da kann man davon ausgehen, dass die christliche Vorstellung vom guten Leben unter gerechten Bedingungen nicht ganz unmaßgeblichen Anstoß gibt zur Vorwort-Frage nach „einer fairen Verteilung der Lasten, die mit dem notwendigen Umbau unseres Sozialstaates verbunden sind“, und nach „Rahmenbedingungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe und Chancengleichheit sichern“.

Ein christliches Verständnis von dem, was gut und gerecht sei, in einem politischen Papier? Moral im politischen Geschäft? Fast zu schön, um wahr zu sein.

80 Prozent der Bevölkerung hierzulande (in den neuen Bundesländern sind es sogar 92 Prozent) glauben das ja auch eher nicht. Sie sind davon überzeugt, in den letzten vier Jahren habe die soziale Gerechtigkeit in Deutschland abgenommen. Und sie sind entsprechend politikverdrossen. Eine politisch-soziale Ordnung, die auskommt ohne das moralische Kriterium „Gerechtigkeit“, verliert im Handumdrehen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Eine Politik, die nicht verlässliche Kriterien für das Gerechte aufstellt und einhält, verliert die Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Einen Sozialbericht nicht nur als Ansammlung von Daten und Fakten zu verfassen, sondern ihn unter das Vorzeichen einer (christlichen) Vorstellung von Gerechtigkeit zu setzen ist entsprechend keine uneigennützig Hommage an die in Europa immer noch einflussreiche christliche Kultur, es ist politisch klug.

Die Daten überraschen nicht

Der traditionelle Kern der 422 Seiten Sozialbericht ist der lebenslagenübergreifende Armutsbericht. Er liefert Daten zu Umfang und Struktur des vorhandenen Armutspotenzials, die Entscheidungsgrundlage sein können für eine wirksame Bekämpfung von Armutslagen und sozialer Ausgrenzung. Die Daten überraschen nicht: 2003 waren 14,8 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet; d. h., sie drohen unter 50 Prozent des Durchschnitts-Nettoeinkommens von 1 209 Euro zu fallen. Nach wie vor tragen bestimmte Personengruppen in bestimmten Lebenslagen ein höheres Risiko.

Kinder und Jugendliche tragen immer noch ein höheres Armutsrisiko als Ältere. Das Armutsrisiko von Familien steigt nach wie vor mit dem Kinderreichtum. Nach wie vor ist das Armutsrisiko Alleinerziehender besonders hoch; jede fünfte allein erziehende Frau und jeder zehnte allein erziehende Mann lebt vorwiegend von Sozialhilfe. Das erstaunt nicht. Denn nach wie vor vergisst unsere Gesellschaft einfach ihre „humanen Ressourcen“, ihr (zum Unwort gekürtes) „Humankapital“, oder sie beutet es aus. Vom Vergessen spricht das dicker werdende Bündel von Risikofaktoren, das vor der Kinder- und Familienarmut steht: Die Ausbildung der Eltern ist schlecht, ihre Erziehungs- und Haushaltskompetenz ebenfalls, es mangelt ihnen an wirtschaftlichen Fähigkeiten, ihnen wird (geschlechtsspezifisch unterschiedlich rigide) der Zugang zur Erwerbsarbeit verstellt, das Einkommen ist gering, die Gesundheitsbedingungen sind schlecht etc. Vom Ausbeuten sprechen politische Entscheidungen, die sich nicht orientieren an den Be-

dürfnissen der Kinder und Jugendlichen, sondern an wirtschaftlichen Interessen. Interesse der Wirtschaft ist es, dass sich Kinder wie Eltern dem Arbeitsmarkt anpassen. Höchste Flexibilität und Mobilität werden erwartet, zeitlich, räumlich und inhaltlich. Wer nicht mitkommt, das zeigt der Armutsquotient, verliert die Beteiligung am wirtschaftlichen Wohlstand. Wer nicht mitkommt, den verliert dann aber auch – nach langfristigerer Politikfolgeabschätzung – die Wirtschaft.

Besser als den Kindern und den Familien geht es zurzeit den 3,3 Millionen (18,2 Prozent) Menschen in Nordrhein-Westfalen, die 65 Jahre alt sind und mehr. Sie sind mit 7,3 Prozent unterdurchschnittlich häufig von Einkommensarmut betroffen. Ein politischer Erfolg. Aber nicht ohne Wermutstropfen: Man sorgt sich berechtigterweise, ob unsere Gesellschaft zukünftig diesen hauptsächlich durch öffentliche, nicht durch private Sorge erreichten Standard halten kann. Wenn es stimmt, dass 2050 in NRW jeder Dritte älter als 65 Jahre alt sein wird, was aber nur stimmt, wenn Frauen und Männer nach wie vor keine Lust auf Kinder haben, was wiederum nicht eine Frage der „Entsorgung“ der Alten ist, sondern massiv eine Frage der Versorgung der Jungen, wenn das also stimmt, dann werden Alte nicht länger die gehegte und gepflegte Minderheit sein, sondern die gefürchtete Mehrheit. Brandschriften diagnostizieren jetzt schon das „Methusalem-Komplott“ und den „Kampf der Generationen“. Der Generationenvertrag wird misstrauisch hinterfragt. Von wegen „pacta sunt servanda“. Demografische Verschiebungen werden zu sozialpolitischen, steuerpolitischen und auch zu familienpolitischen Korrekturen zwingen. Zum Umdenken und Umverteilen.

Schlüsselfaktor Bildung

Die höchste Armutsrisikoquote verursacht Erwerbslosigkeit; da liegt sie bei 40 Prozent. Der Zugang zur Erwerbsarbeit entscheidet hierzulande grundsätzlich über die soziale Situation. Grundsätzlich über den Zugang zur Erwerbsarbeit entscheidet die Bildung. Der Sozialbericht beobachtet entsprechend zu Recht durchgängig durch alle Lebenslagen immer auch den Risikofaktor Bildungsdefizit – hier, beim Armutsrisiko Erwerbslosigkeit, schlägt er am härtesten zu Buche: Fast jeder zehnte Erwerbslose (9,2 Prozent) hat keinen Schulabschluss vorzulegen; von der armen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter haben 13,6 Prozent keinen allgemein bildenden Schulabschluss, fünfmal so viel wie in der übrigen Bevölkerung. 42,6 Prozent der armen Personen be-



*Dr. Elisabeth Jünemann
ist Professorin für
Theologie, insbesondere
für Sozialethik, an der
Katholischen Fachhoch-
schule Nordrhein-Westfa-
len, Abteilung Paderborn.*



- ▶ sitzen keinen beruflichen Abschluss. Ob sich das ändert durch die betreuende Ganztagschule, bei nach wie vor großen Klassen vor wenigen Lehrern, die spätestens seit PISA mächtig unter Druck stehen? Angehoben worden ist in NRW die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Behinderung. Ihre Partizipationschancen sind insgesamt gestärkt worden – und so weisen behinderte Menschen mit einer Armutsrisikoquote von 9,3 Prozent eine deutlich geringere Armutsgefährdung auf als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Reiche geringer belastet

Es ist nicht verwunderlich, dass Ausländerinnen und Ausländer trotz aller Fördermaßnahmen der Landespolitik in Richtung kulturelle Integration dreimal so stark armutsgefährdet sind wie die deutsche Bevölkerung. Hier bündeln sich die Risikofaktoren wie Bildungsdefizit (45,4 Prozent der ausländischen Bevölkerung verfügen über keinen Ausbildungsabschluss), Kinderreichtum und Erwerbslosigkeit. Die Armutsrisikoquote liegt mit 38,9 Prozent entsprechend hoch.

Armut ist der eine Pol in einer ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen. Der andere Pol ist Reichtum. Spätestens wenn neben der Frage nach der realen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger auch die nach ihren gerechten Teilhabechancen gestellt wird, braucht man neben dem Wissen um vorhandenen Mangel auch Wissen um den in einer Gesellschaft vorhandenen Reichtum. Deshalb wird die NRW-Sozialberichterstattung ergänzt um Daten und Fakten zum in NRW vorhandenen „Reichtum“, zum Einkommensreichtum und zum Vermögensreichtum.

Wer ist reich? Wer (nach DM-Währung) „Millionär“ ist? Oder schon, wer das Doppelte des Durchschnittseinkommens hat? Oder das Doppelte des Durchschnittsvermögens? Bei dieser Reichtumsgrenze würden in NRW viele zu „Reichen“. Eine andere Abgrenzungsmöglichkeit definiert die obersten fünf Prozent der Einkommen als „hohe Einkommen“. Ein Maß, das es einerseits möglich macht, im Vergleich mit entsprechend definierten „Niedrigeinkommen“ deutlich auf Einkommensabstände zu zeigen, andererseits aber per se, unabhängig von der Einkommensverteilung, jeweils fünf Prozent der Bevölkerung als reich definiert. Ein Sozialbericht richtet zu Recht den Fokus auf sehr hohe Einkommen. Auf das oberste Prozent des Durchschnittseinkommens oder, damit wird die Reichtumsschwelle noch höher gesetzt, auf die obersten 10 000 bzw. sogar die obersten 1 000 Spitzenverdiener.

Die Analyse des vorhandenen Reichtums bleibt im Sozialbericht nicht beschreibend. Sie wertet. Indem sie z. B. fragt, ob die ungleich verteilten Einkommen und Vermögen (die obersten fünf Prozent der vermögenden Haushalte besitzen knapp 30 Prozent der Vermögen in NRW) wenigstens gleich stark mit Steuern und Abgaben belastet sind und zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Ob das in Deutschland prinzipiell geltende Solidarprinzip (zu dem die christliche Soziallehre einst die Blaupause lieferte) befolgt wird: Wer mehr verdient, zahlt auch mehr Abgaben. Es stimmt schon nachdenklich, nach politischer wie nach moralischer Logik, dass das oberste Dezil* der Einkommensskala in NRW und in der gesamten Bundesrepublik zwar absolut auch am meisten, nämlich mehr als die Hälfte, zum Steueraufkommen beiträgt, dass diese durchaus hohe Abgabenlast aber doch im Vergleich zu unteren und mittleren Einkommen eine deutlich geringere Belastung darstellt. Ist das politisch und moralisch kommunizierbar? Die Reichen in unserer Gesellschaft zahlen, gemessen an ihren Markteinkommen, relativ weniger Steuern als die aus Arbeitern und Angestellten bestehende Mittelschicht. Zugleich partizipieren die oberen Dezile der Einkommensskala aber relativ stärker an öffentlichen Gütern wie Bildung, öffentlicher Gesundheitsfürsorge, Kultureinrichtungen etc. – eine soziale Selektion, die durch die auf Zuzahlungen basierenden Sozialreformen nicht abgebaut, sondern verstärkt wird.

Dem Standort NRW verbunden

„Wie kann der Staat“, die Frage wirft der NRW-Sozialbericht selber auf, „sicherstellen, dass alle hohen Einkommen und Vermögen mindestens so stark zur Finanzierung des Standortes Deutschland herangezogen werden wie bisher schon die kleinen und mittleren Lohnempfänger ...?“ Einerseits ist die Antwort klar: Jedenfalls nicht durch Appelle an die Moralität der Bürger. Es ist Aufgabe des Staates selber, Strukturen zu schaffen, durch die der Bürger zu sozialgerechten Abgaben genötigt wird. Andererseits ist der Druck der Ökonomie auf die Politik nicht geringer als der, den sie auf den Einzelnen ausübt. Über der Politik hängt das Damoklesschwert „Standortvorteil“. Es geht um wirt-

*) Dezile: „Zehntelwerte“; sie teilen eine Verteilung entsprechend der Rangfolge ihrer Werte in zehn Teile, hier die Verteilung der Haushalte entsprechend dem Einkommen bzw. dem Vermögen. Die Red.



Der Sozialbericht NRW 2004 – Armuts- und Reichtumsbericht – liegt als gedruckter Band und zum Download im Internet vor – jeweils in einer Lang- und einer Kurzfassung: www.mgsff.de

schaftlichen Standortvorteil, den man nicht verspielen darf, ohne alles nur noch zu verschlimmern. Und für den stehen in erster Linie niedrige Lohnnebenkosten, nicht das Prinzip „Gerechtigkeit“.

„Gerechtigkeit“ als Standortvorteil? Gar nicht so abwegig! Politische Durchsetzbarkeit, wirtschaftlicher Erfolg – ohne das Kriterium der Gerechtigkeit, der sozialen Verantwortbarkeit, wenden sie sich gegen den Menschen. Und die Menschen wenden sich gegen sie. Was auf Dauer schadet. Politik und Wirtschaft bauen entsprechend, ganz vorsichtig noch und Schritt für Schritt, auf einen „Standortvorteil Gerechtigkeit“. Wie sonst sollte sich die Attraktivität erklären, die das Kürzel CRS (für Corporate Social Responsibility) für die Wirtschaft und auch für die NRW-Politik hat. Unter dem Titel „ENTERPreis“ hat das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005 zu einem Wettbewerb für Corporate Citizenship aufgerufen. Unternehmen werden ausgezeichnet, die dem Standort Nordrhein-Westfalen verbunden sind und sich in herausragender Weise durch gesellschaftliches Engagement ausgezeichnet haben.

Christliches Programm sozialer Gerechtigkeit

Es ist davon auszugehen, dass die Zahl derjenigen, die an der Armutsgrenze leben, zunimmt. Nicht als Folge wirtschaftlicher Entwicklung, sondern als Folge politischer Entscheidungen. Politische Entscheidungen, Umbaumaßnahmen im Sozialstaat, zumal wenn der Umbau mit dem Abbau sozialer Leistungen im Arbeitslosen- und Sozialhilfebereich, im Bereich der Altersversorgung, der Gesundheitshilfe etc. einhergeht, machen Angst. Gleich, ob die Notwendigkeit eingesehen wird oder nicht. Zu Recht. Sozialstaatliche Veränderungen sind voller Risiken für jedermann und jede Frau. Verlässliche Kriterien, nach denen die eine sozialpolitische Entscheidung gerecht, die andere ungerecht zu nennen ist, eliminieren das Risiko nicht, aber sie mindern es. Wo man sich verlassen kann auf eine Vorstellung von Gerechtigkeit, die den alttestamentlichen Gedanken der Freiheitserhaltung und den neutestamentlichen Gedanken der Nächstenliebe oder, wie es der frühere Bonner Sozialethiker Nikolaus Monzel einst formulierte: die „Liebe als Sehbedingung der Gerechtigkeit“ im Programm hat, da wird die Angst vor der Ausgrenzung begrenzt, die Hoffnung auf soziale Hilfe bestärkt. Wenn man das irgendwo weiß, dann bei der Caritas. Ihr tägliches Geschäft ist ein politisch durchsetzbares und wirtschaftlich haltbares christliches Programm sozialer Gerechtigkeit. ◀

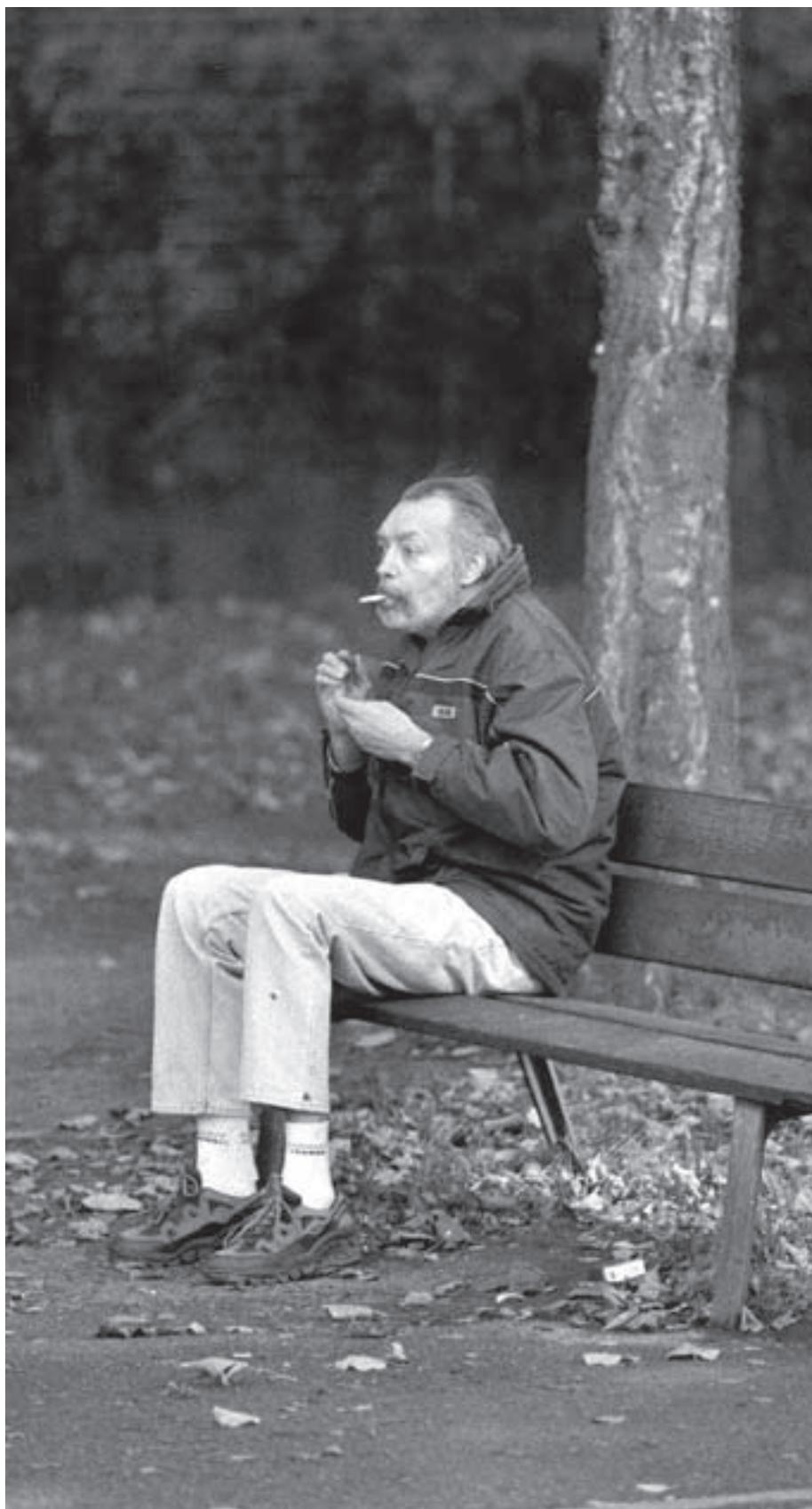


Foto: Achim Pohl

Gute Gespräche

Parlamentarischer Abend mit Bundestagsabgeordneten aus NRW

Die ganze Breite der sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen aktuellen Themen diskutierten die Diözesan-Direktoren und ihre engen Mitarbeiter aus den nordrhein-westfälischen Caritasverbänden mit Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD und FDP (die Grünen waren der Einladung nicht gefolgt) aus NRW.

Nach der Begrüßung durch Paderborns Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach informierte Heinz-Josef Kessmann, Diözesan-Caritasdirektor aus Münster, über das Thema „Ausschreibung“ – konkret die „Vergabe von Aufträgen für soziale Dienstleistungen“ nach

dem öffentlichen Vergaberecht. Kessmann erläuterte zwei Beispiele, in denen die Caritas ihren Standpunkt auch gerichtlich eingeklagt habe, nämlich die Ausschreibung von Leistungen des ambulant betreuten Wohnens in bestimmten Regionen Westfalens durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe und die Ausschreibung der sozialpädagogischen Familienhilfe durch den Kreis Steinfurt (siehe dazu *Caritas in NRW-AKTUELL 4-04 und 6-04*). „Wir haben es sehr bedauert, dass es uns nicht gelungen ist, unsere Meinung sozialpolitisch durchzusetzen, sondern dass wir die Gerichte bemühen mussten, weil es sich hierbei um sozialpolitische Grundsätze handelt“, sagte Kessmann.

Das wichtigste Argument gegen die Vergabe nach VOL/A sei, dass es sich hierbei gar nicht um öffentliche Aufträge handele. Es gehe in diesen Feldern der



Fotos: Markus Lahrmann

Ein rheinischer Tisch über Fraktionsgrenzen hinweg (v. l. n. r.): Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders (Aachen), Willi Zylajew (CDU, Erftkreis), Karin Kortmann (SPD, Düsseldorf), Wolf Bauer (CDU, Euskirchen) und Diözesan-Caritasdirektor Winfried Risse (Köln).

Am Tisch im Hintergrund Rolf Stöckel (SPD, Unna), Mario Junglas (DCV) und Harald Klippel (DiCV Köln).

sozialen Arbeit eigentlich regelmäßig darum, dass der Staat für solche Leistungen nur die Kostenzusage erteile, während die eigentliche Beauftragung zwischen Klient und Dienstleister stattfindet. „Wenn wir ein differenziertes, plurales wertorientiertes Angebot solcher sozialen Dienstleistungen vorhalten wollen, darf das Wunsch- und Wahlrecht nicht durch Ausschreibungen eingeschränkt werden“, warnte Kessmann. Die Caritas lehne Vergabeverfahren ordnungspolitisch grundsätzlich in all den Bereichen ab, wo es sich um ein sozialrechtliches Dreiecksverhältnis handelt und damit das Wunsch- und Wahlrecht der Klienten im Mittelpunkt steht.

Informationen aus erster Hand

Über die konkreten Erfahrungen aus der Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze in den Kreisen und Städten der NRW-Bistümer berichteten Aachens Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders und Kölns Diözesan-Caritasdirektor Winfried Risse (Essens Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes war erkrankt). Gewarnt wurde insbesondere vor Verschlechterungen für Menschen mit gravierenden oder vielfältigen Vermittlungshemmnissen für den Arbeitsmarkt wie beispielsweise chronischen Krankheiten, Sucht oder Behinderung. Nach den neuen Regelungen könnten diese Menschen oft vorschnell als „arbeitsfähig“ deklariert werden, obwohl sie de facto vielfältige Hilfe bräuchten. Hier zeichneten sich große Probleme und die konkrete Einschränkung von notwendigen Leistungen ab, was den Gedanken des Förderns ad absurdum führe.

Lebhafter Meinungs-austausch

Der anschließende Meinungs-austausch entwickelte sich zu einer lebhaften Diskussion zwischen Caritas und Abgeordneten. So mancher Abgeordnete machte sich Notizen, weil er aus erster Hand und quasi direkt aus seinem Wahlkreis Informationen über Probleme im schwierigen Feld der Sozialpolitik erhielt, die manche Hauptstadt-fixierten Medien zu transportieren sich zu fein sind. Organisiert wurde dieser erste parlamentarische Abend der NRW-Caritas von der Hauptvertretung des Deutschen Caritasverbandes, deren Leiter Mario Junglas man anmerken konnte, dass für ihn das professionelle Lobbying systematisch geplantes Alltagsgeschäft ist. Er lud die NRW-Caritas ein, auch 2005 den Austausch mit den Abgeordneten aus dem größten Bundesland zu suchen. An Themen wird es leider ja nicht mangeln. ◀

Markus Lahrmann



„Hier ist es mir zu westfälisch“, sagte der Abgeordnete Willi Zylajew (CDU, Erfikreis), stand auf und suchte sich ein paar Rheinländer. In der westfälischen Ecke blieben (v. l. n. r.) Gerhard Wächter (CDU, Paderborn), Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann (Münster), Karl-Josef Laumann (CDU, Steinfurt) und Hubert Hüppe (CDU, Unna).



Daniel Bahr (FDP, Münster), Shooting Star der Liberalen, brachte gleich zwei parlamentarische Mitarbeiter mit und unterhielt sich angeregt mit Paderborns Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach.



Ausstellungseröffnung mit Diözesan-Caritasdirektor Dr. Winfried Risse.

Kleine Bilder: Landtagspräsident Ulrich Schmidt und der Leiter von Caritas international, Dr. Martin Salm (rechts).

Fotos: Markus Lahrmann

„Hoffnungsvolles Zeichen“

NRW-Landtagspräsident würdigt die internationale Caritas-Arbeit

Der Präsident des nordrhein-westfälischen Landtags, Ulrich Schmidt, hat die Arbeit von Caritas international gewürdigt. „Caritas international ist das hoffnungsvolle Zeichen für eine menschlichere Welt“, sagte Schmidt im Dezember zur Eröffnung einer Ausstellung über die internationale Arbeit der Caritas in der Wandelhalle des Landtages.

Das weltweite Caritas-Netzwerk stifte Frieden durch christliche Nächstenliebe und ver helfe Menschen in Krisen- und Katastrophengebieten zu einem würdevollen Leben. Der Landtag Nordrhein-Westfalen unterstütze die Arbeit von Caritas international und wolle durch die Präsentation der Ausstellung mithelfen, „die Köpfe und Herzen der Menschen zu erreichen – und die Irrlehre vom Tropfen auf den heißen Stein zu widerlegen“.

Der inzwischen aus dem aktiven Dienst geschiedene Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Winfried Risse betonte in seiner Ansprache, dass die weltweite und grenzüberschreitende Dimension der Caritas auch ein wichtiges Anliegen der fünf Caritasverbände in NRW sei. Als Beispiele für die langfristige Hilfe im Ausland nannte Risse das Engagement für soziale Projekte im weißrussischen Bistum Vitebsk und die langjährige Osteuropa-Hilfe des Caritasverbandes für das Bistum Essen. Mit ihren Migrationsdiensten setze sich die Caritas

in NRW zudem für Migranten und Flüchtlinge ein, die nach Deutschland zuwanderten. Im Zusammenhang mit dem neuen Zuwanderungsgesetz befürchte die Caritas allerdings, „dass vorhandene Strukturen aufgrund von Kürzungen der Bundes-, Landes- und Bistumsmit tel nicht in notwendigem Maße gehalten werden können“, so Risse. Die gerechte finanzielle Ausstattung aus Landesmitteln sei Voraussetzung dafür, dass sich die nordrhein-westfälische Caritas auch zukünftig so intensiv wie bislang ihrer internationalen Verantwortung stellen könne.

Der Leiter von Caritas international, Dr. Martin Salm, betonte, dass Caritas international „Hilfe mit langem Atem“ leiste. Man wolle vor allem Hilfe zur Selbsthilfe leisten und setze auf die Zusammenarbeit mit einheimischen Caritas-Fachkräften in Krisen- und Katastrophengebieten. „Dieser Weg ist die konsequente Abkehr von der zu Recht kritisierten ‚Blau licht-Mentalität‘, die einige Hilfsorganisationen noch immer praktizieren: In der Katastrophe sind sie medienwirksam als Retter zur Stelle, aber nach dem Kurzeinsatz so schnell verschwunden, wie sie gekommen waren“, so Salm. Mit der langfristigen Verbesserung der Strukturen in Krisen- und Katastrophengebieten leiste Caritas international auch einen Beitrag zur Demokratie-Förderung.

Die Ausstellung „Caritas ist international“ war im Dezember in der Wandelhalle des Düsseldorfer Landtages zu sehen. Zahlreiche Schautafeln und eine Video-Präsentation informieren über die Arbeit des weltweiten Caritas-Netzwerkes von mehr als 150 katholischen Organisationen, die sich in fast 200 Ländern und Regionen der Erde in der Katastrophen- und Entwicklungshilfe engagieren. Die Ausstellung kann bei Caritas international ausgeliehen werden. ◀

Getarnte Sparmaßnahmen

Landesbehindertenbeauftragte empfiehlt gesunde Skepsis bei neuen Ideen

Viele neue Regelungen, die bei aller guten Absicht kaum das Sparen als eigentliches Ziel verbergen können, versetzen die Eltern von behinderten Menschen in Sorge: „Werden unsere Kinder zunehmend an den Rand der Gesellschaft gedrängt?“, war eine eher rhetorische Frage an die Landesbehindertenbeauftragte Regina Schmidt-Zadel. Angehörigen-Vertreter aus Caritas-Einrichtungen in den Diözesen Münster und Paderborn waren dazu nach Münster gekommen.

Schmidt-Zadel bestätigte einige Fehlentwicklungen und besonders deutlich die Ausschreibungspraxis des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zum ambulant betreuten Wohnen: „Dies war eine Katastrophe, die Gott sei Dank durch höhere Gewalt erst einmal abgewendet worden ist.“ Gerichte hatten das Verfahren gestoppt. Wie ein roter Faden zog sich durch alle in der Diskussion angesprochenen Themen die von Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann angesprochene Grundfrage: „Wie gestalten wir die Hilfen für behinderte Menschen in einer Zeit, in der die Ressourcen geringer werden, aber der Bedarf an Unterstützung weiter wächst?“

Auf der einen Seite gibt es eine Reihe guter Ansätze. Nordrhein-Westfalen hat ein Gleichstellungsgesetz erlassen, für dessen Umsetzung sich Regina Schmidt-Zadel einsetzt. Ein Antidiskriminierungsgesetz, das sie für „dringend notwendig“ erachtet, ist in der Diskussion. Ambulant betreutes Wohnen und ein persönliches Budget, das jeder behinderte Mensch ab 2008 freiwillig in Anspruch nehmen kann, bieten Chancen für mehr Selbstständigkeit und Freiheit denn je.

Doch konterkariert wird die gute Absicht mehr oder weniger offen von einem starken Sparwillen der Kostenträger. Tatsache ist, dass die Zahl der behinderten Menschen wächst und dies auch für die Zukunft zu erwarten ist. Außerdem nehmen die Schwere der Behinderungen und damit der Betreuungsaufwand zu. Diese Entwicklung stehe im scharfen Widerspruch zum generellen Spartrend in allen öffentlichen Haushalten, so Kessmann. Dies mache es schwer, solche Entwicklungen bei den Kostenträgern ins Gespräch zu bringen.

Sorge bereiten den Angehörigen-Vertretern der Caritas-Einrichtungen, die sich vor fast drei Jahren zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, auch die Sozialreformen, die sich auf die behinderten Menschen in den Wohnheimen und Werkstätten auswirken. Obwohl fast alle von einem sehr geringen Lohn und manche nur von einem geringen Taschengeld leben müssen, sind sie beispielsweise nicht von den Zuzahlungen im Gesundheitswesen befreit.

Regina Schmidt-Zadel, die vor ihrem Amt als ehrenamtliche Landesbehindertenbeauftragte gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion in Berlin war, bedauerte, dass es ihr nicht gelungen sei, manche Fehlentwicklung abzuwenden. Beim Zusatzbarbetrag zum Taschengeld habe sie aber zumindest erreichen können, dass er für alle behinderte Menschen, die bis zum 31. Dezember schon im Wohnheim lebten, erhalten bleibt. Sie forderte die Angehörigen-Vertreter auf, sich an ihre Politiker sowohl auf kommunaler wie auch auf Landesebene zu wenden und vor Wahlen nachzuhaken, wie sie künftig abstimmen wollten. Auch gesunde Skepsis empfahl sie: „Man muss gut hinschauen, wenn Sparmaßnahmen als neue Ideen verkauft werden.“ Die Anregung, eine Tagung der Angehörigen-Vertreter im Landtag zu organisieren, traf sich mit ihren eigenen Ideen. Sie habe dies bereits vorgeschlagen und hoffe, dass es im Herbst dazu komme. ◀

*Menschen mit Behinderungen in der Caritas-Werkstatt Lünen
Foto: Harald Westfeld*



Arbeitslosigkeit europaweit bekämpfen

Europa-Forum der Caritas in NRW: Arbeitslos 2005: Chancen statt Vorurteile

Von Markus Lahrmann

Ist die Europäische Union dabei, ihre sozialen Ziele aufzugeben? In der „Halbzeit-Bewertung“ zu den Ergebnissen der „Lissabon-Strategie“ für mehr Wachstum und Beschäftigung taucht das Soziale nur noch in sechs Zeilen auf 60 Seiten auf. Früher lautete der Konsens: „Wir wollen ein soziales Europa“, heute lautet die Kernfrage: „Wer will ein soziales Europa und zu welchem Preis?“ Für die Caritas ist allerdings klar: Es wird kein Europa des Wachstums geben ohne eine soziale Sicherung auf europäischer Ebene.



Wie wenig wissen wir von der Arbeitsmarktsituation unserer engsten Nachbarn? Jetzt ein wenig mehr. Im Bild (v. l. n. r.): Heinz-Josef Kessmann (DiCV Münster), Remke van Marle-Alink (Niederlande), Dominic Verhoeven (Caritas Flandern), Barbara Reiterer (Caritas Österreich).

Eine Vision für ein soziales Europa forderte der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders zum Auftakt des Europa-Forums der Caritas in NRW. Sozial- und Gesellschaftspolitik könne nicht mehr nur in nationalen Grenzen gesehen werden, sagte Schröders in Aachen. Eine nachhaltige Lösung für das Problem der Massenarbeitslosigkeit dürfe nicht auf Kosten der Schwachen gehen, unabhängig davon, wo sie leben, betonte der Caritasdirektor. Schröders kritisierte die Deutsche Bank, die trotz Gewinnen den Abbau von Arbeitsplätzen angekündigt hatte. Von der Politik forderte er „ordnungspolitische Maßnahmen“, die die Schaffung von Arbeitsplätzen lukrativ machten. „Sonst

können wir nur feststellen, dass Staat und Politik ihre Verantwortung abgegeben haben und die Individualisierung des Arbeitsmarktrisikos vollständig ist“, warnte Schröders.

Der Ökonom und Chefredakteur von Publik Forum, Wolfgang Kessler, sprach sich auf der Veranstaltung für eine europaweite Steuerreform aus. Eine Mindeststeuer für Unternehmen wie in den USA sowie eine kommunale Wertschöpfungssteuer könnten die Steuerkonkurrenz innerhalb der EU mindern. Kessler kritisierte die Aufgabe der bisherigen „Lissabon-Strategie“ der EU hin zu mehr Privatisierung und Flexibilisierung zu Lasten von sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz. Aussichtsreich sei vielmehr die Förderung der europäischen Stärken, wie die gezielte Förderung von industrieller Innovation. Als Beispiel nannte Kessler die entschlossene Förderung erneuerbarer Energiequellen in Deutschland, die in den vergangenen drei Jahren mehr als 130 000 Arbeitsplätze geschaffen habe, die privaten Haushalte im Durchschnitt aber gerade mal mit einem Euro pro Monat belaste.

Gleichzeitig brauche Europa jedoch auch „Modelle eines neuartigen Generationenvertrages“ nach dem Motto „Altes Kapital fördert junges Kapital“. Heutiges Vermögen müsse stärker in Kindergärten, Schulen, Ausbildung und Hochschulen investiert werden. Kessler sprach sich für eine gemeinsame Steuerreform der EU aus: Eine kommunale Wertschöpfungssteuer würde den Kommunen trotz geringer Sätze verlässliche Einnahmen schaffen. Und eine Mindeststeuer – übrigens wie in den USA – würde verhindern, dass große Konzerne, die die Infrastruktur nutzen und Subventionen einstreichen, sich für das Finanzamt arm rechnen können.

In der Arbeitsmarktpolitik müssten „Qualifizierung, sozialpsychologische Betreuung und die sensible, oft nur schrittweise mögliche Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt“ nach irischem und dänischem Vorbild versucht werden.

Neben den großen politischen Linien wurde es auf der Tagung auch konkret: Barbara Reiterer von der Caritas Österreich stellte ein Projekt vor, bei dem Menschen,

„die sehr weit entfernt vom Arbeitsmarkt sind“, also zum Beispiel Sozialhilfeempfänger, Roma, Migranten, Obdachlose, durch sehr niedrigschwellige Maßnahmen und Qualifizierung langsam an den Arbeitsmarkt herangeführt wurden. Immerhin 20 bis 30 Prozent der Betroffenen gelang der Anschluss an den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt. Das aber bedeute, dass im Umkehrschluss ein großer Teil der Zielgruppe „auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance hat“, so Reiterer. Bis zu 40 Prozent seien psychisch oder körperlich gehandicapt, nicht mobil, nicht durchhaltefähig oder es fehle im sozialen Umfeld. „Für diese Menschen gibt es in der herkömmlichen Arbeitsmarktpolitik kein Instrumentarium mehr“, so Reiterer.

Schleichende Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis

Ähnliche Analysen lassen sich für Deutschland finden. Die derzeit propagierte Maxime „Fordern und Fördern“ bedeute auch, dass der Staat die Verantwortung für Arbeitslosigkeit auf das Individuum abwälze, so der Münsteraner Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann. Es werde aber immer Menschen geben, die nicht in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar seien. „Als Caritas können wir uns nicht damit abfinden, dass es für diese Menschen nichts mehr geben wird“, sagte Kessmann.

Der Staat sei dabei, seine ordnungspolitischen Instrumente einer aktiven Arbeitsmarktpolitik abzugeben. So fänden sich im NRW-Landeshaushalt keine eigenen, sondern nur noch aus EU-Mitteln ko-finanzierte Projekte gegen Arbeitslosigkeit, kritisierte Kessmann.

Remke van Marle-Alink berichtete aus den Niederlanden, wo die Arbeitslosigkeit bei 8,5 Prozent liegt. Die Arbeitslosenquote unter Migranten mit 28 Prozent fordert enorme Anstrengungen zur Reintegration. Zugleich ist die Einbürgerungspolitik verknüpft worden mit der Bereitschaft und Fähigkeit der Zuwanderer zur Arbeit. Schulen für Berufe, die zunehmend benötigt werden, müssten sich interkulturell öffnen.

In Flandern hat die Caritas von der Regierung Mittel für die Schaffung von 5 000 Stellen im Pflege- und Gesundheitsbereich erhalten, berichtete Dominic Verhoeven. Diese Mittel seien Teil eines Regierungsprogramms für 200 000 Arbeitslose. Insgesamt gebe es in Belgien rund 500 000 Arbeitslose, das entspreche einer Quote von 11 Prozent.

Arbeitslosigkeit ist also ein europäisches Problem mit

unterschiedlichen Ausprägungen (Österreich hat eine Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent, Deutschland rund 12 Prozent). Ein gemeinsamer europäischer Trend ist jedoch die „schleichende Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis“, so Carlo Knöpfel von der Caritas Schweiz. Die schwindende Macht der Gewerkschaften führe zu einer Asymmetrie der Machtverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Deutschland, so Knöpfel, sei stärker industrialisiert als die Schweiz, demzufolge auch stärker unter Druck durch die Osterweiterung der EU. Und leider passen nicht alle Menschen, die im industriellen und gewerblichen Bereich abgebaut werden, in den aufstrebenden Bereich der Dienstleistungen. Aus seiner Sicht sei Hartz IV der „Einstieg in die Dienstboten- und Haushaltshilfenwirtschaft“. Die Mittelschichten würden zukünftig mehr Personal einstellen. Bleibt die Frage – auch für die Caritas: Wie können Menschen mit mehreren Klein- und Kleinstjobs würdig leben, an der Gesellschaft teilhaben und für Krankheit und Alter vorsorgen?

Europa befinde sich in einer spannenden sozialpolitischen Phase, so das Resümee des Essener Diözesan-Caritasdirektors Andreas Meiwes. Es dürfe nicht passieren, dass in einer Zeit der Interessensbündnisse von Konzernen die Entwicklung in vielen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereichen unter Ausschluss der Bevölkerung geschehe. Die Politik sei gefordert, auf soziale Ungleichheiten entsprechende Antworten zu finden. Es brauche Anstöße, um sich „auch sozialpolitisch als Europäer zu fühlen und eben auch so zu handeln“. ◀



Wolfgang Kessler verfocht Ideen, die zumindest nicht Boulevard-tauglich sind.

Depressiv blickt der arbeitslose Familienvater vom Kampagnenplakat über das Europa-Forum. Auch dort wollte niemand klaren Optimismus verbreiten angesichts der hohen Arbeitslosigkeit zuletzt in Deutschland.

Fotos: Lahrmann



An die Theken

„Wenn es allen Arbeitslosen viel zu gut geht, warum wollen dann nicht alle arbeitslos sein?“ Diese Frage zieht sich wie ein roter Faden durch die Kampagne, die der Deutsche Caritasverband zu seinem Jahresthema gestaltet hat: „Arbeitslos 2005: Chancen statt Vorurteile“.

Die Kampagne weist auf Vorurteile hin, die in der Bevölkerung weit verbreitet sind. Sie will deutlich machen, dass angesichts der erschreckend hohen Arbeitslosenzahlen Arbeitslosigkeit kein individuelles, sondern ein

gesellschaftliches Problem ist, das nur gemeinsam gelöst werden kann. Infos zum Jahresthema unter www.caritas.de.

Vorurteile müssen dort bekämpft werden, wo sie gehandelt werden. Zum Einsatz an den Stammtischen, bei Gemeindefesten, in Kneipen und an Theken haben die Diözesan-Caritasverbände in NRW Bierdeckel produziert. Abgebildet sind zwei Motive einer Reihe, die über die Pressestellen der NRW-Diözesan-Caritasverbände zu haben sind. Inzwischen wird von Caritas-Mitarbeitern berichtet, die die Deckel in ihre Stammkneipe mitgenommen und dort als „Guerilla-Deckel“ eingesetzt haben.

Alle Motive und weitere Informationen finden sich unter www.arbeitslos2005-chancenstattvorurteile.de.



Prüfung mit Ministerin

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt im fachlichen Dialog mit Führungskräften aus Gesundheits- und Sozialdiensten

In Aachen wird wahrscheinlich kein spezialisiertes Referenzzentrum errichtet, das alle Aspekte der Brustkrebsversorgung umfasst, erklärte die Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt (SPD), vor Professoren und Studierenden der Katholischen Fachhochschule (KFH) Nordrhein-Westfalen in Aachen. Schmidt favorisiert aber die Errichtung eines Mammografie-Zentrums in Aachen, das an diesem Standort auch für die Euregio von hoher Bedeutung sei.

Die Gesundheitsministerin nahm bei ihrem Besuch an regulären Leistungsprüfungen im Master-Studiengang „Leitung und Management in multiprofessionellen Gesundheits- und Sozialdiensten“ der KFH teil. Studierende stellten die Sachlage und entsprechend relevante Fachfragen zu aktuellen Problemen der Gesundheitspolitik dar und hatten im fachlichen Dialog, geleitet von Prof. Dr. Peter Borges, auf die Erwidern der Ministerin wiederum zu reagieren.

So erklärte die Ministerin anlässlich des Prüfungsgesprächs, mit der Einführung personengebundener Budgets in der Pflegeversicherung würden Kompetenzen multiprofessioneller Fachkräfte benötigt, wie sie im Aachener Master-Studiengang gelehrt und erworben würden. Klar sei auch, dass diese Änderung schneller hätte umgesetzt werden müssen, im Interesse der Freien Wohlfahrtsverbände aber nicht schneller eingeführt worden sei.

Zu den Folgen der Einführung von „Diagnosis Related Groups“ (DRG, zu Deutsch „Fallpauschalen“) im Bereich der neurologischen Frührehabilitation stellte die Ministerin klar, dass sie um die Grenzen des DRG-Systems wisse, auf Bundesebene aber das korrekt beschriebene Problem der Mangelversorgung bei schwerstbetroffenen Hirngeschädigten nicht lösen könne. Dies sei Angelegenheit der Bundesländer. So sollte zwar über Öffnungsklauseln ihrer Ansicht nach für 35 Krankheitsbilder nachgedacht werden, wichtig sei aber, dass überhaupt „jedes Krankenhaus einmal damit anfängt zu kalkulieren“, so die Ministerin. Damit wäre bereits viel gewonnen.



*Prüfung bestanden?
Studiengang gelobt!
Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt
und der Leiter des Master-Studiengangs, Prof. Dr.
Ulrich Deller.
Foto: Herkenrath*

Zum geplanten Präventionsgesetz, das die Finanzierung aller Maßnahmen der gesundheitlichen Aufklärung und der Vorsorge durch alle Beitragszahler vorsieht und Steuermittel ausklammert, kritisierten die Studierenden die mangelnde Berücksichtigung der Migranten. Sie kamen mit der Ministerin überein, dass ein präventiv wirkender Zugang zum Gesundheitssystem für diese Bevölkerungsgruppe zu gewährleisten sei, etwa durch ein Hausarzt-System, das gegenseitiges Verstehen sichere: also ein multiprofessionelles Kooperationsmanagement, wie es zentraler Gegenstand des Aachener Studiengangs ist.

Einige Leitideen nannte Schmidt auf Nachfrage zum Abschluss, der sich um die Sicherung erworbener Kompetenzen für die Praxis von Leiten, Führen und Managen drehte: Zuerst nennt Schmidt den Willen der Leitungsperson zum Leiten, Führen und Managen. ◀

Klaus Herkenrath

Der Master-Studiengang wird an der Abteilung Aachen der KFH NW angeboten. Nächster Studienbeginn ist im September 2005.

Nähere Informationen unter www.kfhnw.de, unter www.kfhmasterstudiengang.de sowie beim Studiengangleiter, Prof. Dr. Ulrich Deller, E-Mail: u.deller@kfhnw.de, Tel. 02 41/6 00 03-32.

Arbeitslos statt integriert

Migrationsberater der Caritas schlagen Alarm: Die Arbeits-erlaubnis von Ausländern wird in vielen Fällen nicht verlängert

Nach nur wenigen Wochen sind viele Hoffnungen, die in das neue Zuwanderungsrecht gesetzt worden sind, zerstoßen: Dutzende von ausländischen Mitbürgern haben sich bei den Migrationsberatern der Caritas gemeldet, weil ihnen die Arbeitserlaubnis nicht mehr verlängert wird oder werden soll. Stattdessen werden sie von den Ausländerbehörden mit kurzer Frist zur Ausreise aufgefordert, oder Abschiebung wird angedroht.



Foto: A. Zelck

Teilweise handelt es sich um Familien, die seit 15 oder 20 Jahren in Deutschland leben, gut integriert sind und sich selbst versorgen. „Rechtlich gesehen ist die Verweigerung der Arbeitserlaubnis nach dem neuen Recht in Ordnung, aber menschlich ist es eine Katastrophe“, erklärt Marijan Renic, Migrationsberater bei der Caritas in Borken. Seine Kollegin Marlies Imping in Gronau wirft den Ausländerbehörden vor, den neu gewonnenen Spielraum bei der Auslegung der Paragraphen gegen die Migranten zu nutzen. Darauf angesprochene Politiker auf Bundes- und Landesebene zeigen sich erschrocken über die Praxis eines Artikelgesetzes, um das über Jahre hart gerungen worden ist.

Unterschiedliche Praxis der Ausländerämter

Allerdings scheint diese restriktive neue Praxis nicht durchgängig die neue Linie der Ausländerbehörden zu sein. Diese

Härte, wie sie aus Borken oder Gronau beschrieben werde, „kann man nicht allen Ausländerbehörden vorwerfen“, sagt Rudi Löffelsend, Abteilungsleiter Migration und Integration beim Diözesan-Caritasverband

Essen. Löffelsend, der auch Mitglied der Härtefallkommission beim NRW-Innenministerium ist, betont, dass zahlreiche Ausländerämter in NRW gerade bei Migranten, die schon lange in Deutschland leben, keine Schwierigkeiten sehen, eine bisher gewährte Arbeitserlaubnis auch zu verlängern. „Das neue Aufenthaltsgesetz ermöglicht einen größeren Ermessensspielraum bei den Ausländerämtern“, erläutert Kai Diekelmann, Abteilungsleiter Migration beim Diözesan-Caritasverband Köln. Offensichtlich werde dieser Spielraum von Behörde zu Behörde in unterschiedlicher Richtung interpretiert.

Marijan Renic berichtet von einer Familie, deren Vater Arbeit hat und die sich selbst versorgen kann. Seit 1992 lebt sie, immer wieder neu geduldet, in Deutschland. Die Frau spricht gut deutsch, für die 13-jährige Tochter ist Borken die Heimat. Jetzt soll die Arbeitserlaubnis nicht verlängert werden, die Duldung wird nur noch für zwei statt wie bisher für drei Monate erteilt.

Damit droht der schnelle soziale Abstieg. Ohne Arbeitserlaubnis gibt es keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, sondern nur auf die gegenüber der Sozialhilfe noch einmal um 30 Prozent geringeren Zahlungen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Die Familie müsste zurück in eine Flüchtlingsunterkunft ziehen. Die Tochter hat angedroht, im Fall einer Abschiebung, die das Ausländeramt verlangt, Selbstmord zu begehen. Eine Rückkehr, so Renic, ist praktisch nicht möglich. Die Situation in ihrer Heimat sei nach wie vor gefährlich, das Haus der Familie abgebrannt, es gebe weder Arbeit noch staatliche Hilfen. Hinzu komme, dass der Sohn behindert sei und es dort nicht die notwendige medizinische Versorgung für ihn gebe.

„Es soll eben kein Anreiz geschaffen werden, nach Deutschland zu kommen oder hier bleiben zu wollen“, sagt Renic. Betroffen von der strikten Auslegung des Zuwanderungsrechts sind insbesondere auch Libanesen, die bereits 15 bis 20 Jahre seit dem Bürgerkrieg hier leben. Marlies Imping berät eine Familie mit sechs Kindern, in der der Vater jetzt einen unbefristeten Arbeitsvertrag beim Bauhof hätte bekommen können. Die Arbeitserlaubnis wird ihm verweigert, stattdessen soll er sich innerhalb eines Monats einen Pass besorgen und ausreisen. ◀

Harald Westbeld und Markus Lahrmann

Erfolgsgeschichte fortgesetzt

Im siebten Jahr Hilfe für Kinder und Familien in Not

Die Spendenaktion LICHTBLICKE ist inzwischen zu einer festen Institution in Nordrhein-Westfalen geworden. Im Advent 2004 fand die siebte Spendensammlung seit 1998 statt. Partner sind die 45 NRW-Lokalradios, radio NRW sowie die kirchlichen Hilfswerke Diakonie und Caritas. Rund 1,5 Millionen Euro kamen zusammen.

Unter der Schirmherrschaft von Dr. Gertrud Steinbrück, der Frau des NRW-Ministerpräsidenten, wird mit der Spendenaktion LICHTBLICKE Not leidenden Kindern und Familien in NRW schnell und unbürokratisch geholfen. Über die Verwendung der eingehenden Gelder entscheidet der LICHTBLICKE-Spendenbeirat. Ihm gehören neben der Schirmherrin Vertreter der Lokalradios, Fachleute aus Caritas und Diakonie sowie Vertreter der evangelischen (PEP) und katholischen (KIP) Kirchenfunk-Redaktion an. Um die eingegangenen Spendengelder auch gerecht zu verteilen, können über die Wohlfahrtsverbände Anträge auf finanzielle Unterstützung gestellt werden. Voraussetzung ist, dass Kinder bzw. Familien mit Kindern aus NRW betroffen sind, die sich in einer Situation befinden, in der kein soziales Hilffsystem mehr eintritt. Über das Netzwerk der Wohlfahrtsverbände ist zudem eine kompetente Betreuung der hilfsbedürftigen Familien vor Ort gewährleistet. Die professionelle und doch unbürokratische Durchführung der Aktion hat die Hörer innerhalb der letzten fünf Jahre nachhaltig überzeugt. LICHTBLICKE konnte neben privaten Spendern auch zahlreiche Großunternehmen wie z. B. Telekom, Coca-Cola, Ish, Busche-Verlag, Presseclub Essen etc. gewinnen, die sich regelmäßig an der Spendenaktion beteiligen.

Mit einem Spendenaufkommen von insgesamt mehr als sechs Millionen Euro seit 1998 ist LICHTBLICKE nicht nur eine sehr erfolgreiche Hilfsaktion, sondern in ihrer Form auch bundesweit bislang einmalig: radio NRW und der Verbund aus 45 Lokalstationen als reichwei-



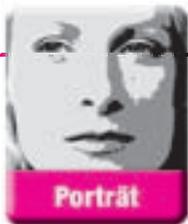
Der LICHTBLICKE-Spendenbeirat (v. l. n. r./ v. oben n. unten): Vanessa Schmidt (Diakonisches Werk Rheinland, Spendenabwicklung), Markus Lahrmann („Caritas in NRW“), Gerd Schnitzler (DiCV Aachen), Alfred Hovestädt (DiCV Köln), Claudia Weiss (Redaktion KIP NRW), Harald Westbeld (DiCV Münster), Reinhard van Spankeren (Diakonie Westfalen), Ruth Gantschow (Diakonie Lippe), Anke Scholz (LICHTBLICKE-Büro radio NRW), Frank Peiffer (LICHTBLICKE-Büro radio NRW), Manfred Rütten (Redaktion PEP), Pfarrerin Christa A. Thiel (Redaktion PEP), Dr. Gertrud Steinbrück, Wolfgang Falkenberg (Diakonie Rheinland)

Foto: Ralph Sondermann

tenstärkstes Privatrado arbeiten mit den kirchlichen Hilfswerken Diakonie und Caritas zusammen, um Not und Leid von Kindern und Familien in NRW zu lindern. Allein in der LICHTBLICKE-Saison 2003/2004 verzeichnete die Aktion fast 2 200 Förderanträge, von denen mehr als 1 800 auch bewilligt wurden, womit rund 5 600 Kindern geholfen werden konnte. Die endgültigen Zahlen für 2004/2005 liegen noch nicht vor, doch es ist davon auszugehen, dass sie sich gegenüber dem Vorjahr weiter erhöhen werden. ◀

Markus Lahrmann

*Weitere Infos unter
www.lichtblicke.de*



Froh über Arbeit

Bei aller Kritik an den Zusatzjobs: Sie geben Langzeitarbeitslosen ein Stückchen ihrer Würde zurück

Von Martina Schäfer und Markus Lahrmann

1-Euro-Job oder gar keine Arbeit – für viele Langzeitarbeitslose ist das keine Frage. Oft freiwillig und schon lange vor dem Start der Hartz-IV-Gesetze meldeten sie sich bei den Wohlfahrtsverbänden, um endlich etwas tun zu können.

Voraussetzung für einen Zusatzjob bei der Caritas: Die Arbeitsgelegenheit muss gemeinnützig sein, freiwillig und zusätzlich, das heißt, sie darf keine sozialversicherungspflichtige Arbeit verdrängen. Qualifizierung und Nutzen für den Betroffenen müssen gewährleistet sein. Ein Besuch bei 1-Euro-Jobbern in Paderborn und Mönchengladbach.

„Hauptsache, nicht zu Hause rumsitzen“, sagt André Kowalka über seine „Arbeitsgelegenheit“. Der gelernte Maurer unterstützt den Hausmeister in einem Paderborner Altenzentrum. Gemeinsam mit dem Hausmeister und einem Zivildienstleistenden kümmert er sich um die Elektrik, schraubt Regale zusammen, befreit

*André Kowalka will nicht rumsitzen.
Foto: Schäfer*



verstopfte Abflüsse und hängt auch schon mal ein Bild auf. Kurz: Er macht alles, was in dem Alten- und Pflegeheim in der Hausmeistertechnik anfällt und sonst liegen bleiben würde. Sozusagen ein Mann für alle Fälle.

Rund 200 Euro verdient sich André Kowalka zum Arbeitslosengeld (ALG) II dazu. „Das ist natürlich viel zu wenig Geld, mit dem ich auskommen muss“, sagt der Vater eines vierjährigen Jungen. Wenn der Kleine mal einen neuen Wintermantel oder Schuhe brauche, werde es für die junge Familie schnell eng. „Aber welche Alternative habe ich?“

Nach dem Hauptschulabschluss machte André Kowalka eine Lehre als Maurer. Doch seine Baufirma ging in Konkurs, und der junge Mann saß nach seiner Ausbildung auf der Straße. Er blieb nicht untätig, sondern schrieb eine Bewerbung nach der anderen, stellte sich auch bei potenziellen Arbeitgebern direkt vor. Nichts klappte. Dann wechselte er von einer Zeitfirma zur nächsten, hatte ab und zu mal Arbeit. Doch keine Stelle war von Dauer. Schließlich wieder das tiefe Loch der Arbeitslosigkeit. Ein drei viertel Jahr lang. „Zu Hause fällt einem doch schnell die Decke auf den Kopf, das ist ganz furchtbar.“

Als echten Lichtblick in seinem Alltag sieht der 24-Jährige nun seinen Job im Altenzentrum. Auch wenn die Arbeit mit seinem gelernten Beruf nichts zu tun hat, sagt er: „Ich habe es richtig gut getroffen.“ Nicht nur, dass er viel über Haustechnik gelernt habe. Auch kommt er immer wieder ins Gespräch mit den älteren Menschen. „Eine Sache, die ich mir vorher überhaupt nicht vorstellen konnte.“

1-Euro-Jobs sind in der Regel auf sechs Monate befristet. Was danach passiert, ist noch unklar. Am liebsten würde André Kowalka im Altenzentrum bleiben. „Vielleicht wird die Fördermaßnahme ja verlängert“, hofft er. Seine Einsatzstelle sei sehr zufrieden mit ihm.

Wenn die Agentur für Arbeit für die Verlängerung kein grünes Licht gibt, muss er wieder auf Stellensuche gehen. „Das sieht natürlich nicht rosig aus“, sagt Kowalka und wirkt ein wenig niedergeschlagen. Weitersuchen will er auf jeden Fall. „Irgendwie muss es ja weitergehen.“

Keine Zukunftsängste

Monika Bialas ist unter den 1-Euro-Jobbern eigentlich die große Ausnahme. Denn sie steht noch am Anfang ihrer Ausbildung. Zwar hat die 21-Jährige keinen festen Ausbildungsplatz, dennoch hat sie ganz genaue Vorstellungen von ihrem „Traumberuf“. Sie will Grundschul-

lehrerin werden. Und darauf arbeitet die junge Frau hin. Mit einem 1-Euro-Job.

Nach dem Abitur hatte es im vergangenen Jahr mit einem Studienplatz an der Universität Paderborn noch nicht geklappt. Guter Rat war damals teuer, zumal sich Bialas mit ihrem Freund eine Wohnung teilt. Ohne feste Stelle wurde es für die junge Frau finanziell knapp. Irgendetwas zu machen, nur um ein paar Euro mehr zu haben, kam Monika Bialas nicht in den Sinn. „Kellnern ist für mich wirklich keine Alternative“, sagt sie und schüttelt wie zur deutlichen Abwehr ihren Kopf. Sie wollte eine echte Aufgabe, die sie fordert.

In Kooperation mit der Agentur für Arbeit bot ihr IN VIA (Katholische Mädchensozialarbeit Paderborn) schließlich die „gemeinnützige Tätigkeit“ in der Kindergartentagesstätte in Wewer an. Monika Bialas griff sofort zu und hat es bis heute nicht bereut.

Die gebürtige Polin stammt aus einer großen Familie und ist gern mit Kindern zusammen. Neben den angenehmen Aufgaben wie Basteln, Spielen und Vorlesen muss sich Monika Bialas auch im hauswirtschaftlichen Terrain beweisen: Frühstück machen, Tisch decken und Geschirr spülen – das ist ganz selbstverständlich und stört sie auch nicht. „Ansonsten kann ich mich hier optimal für meinen späteren Beruf vorbereiten“, freut sie sich.

In dem 1-Euro-Job sieht Monika Bialas eine echte Chance zum Einstieg ins Berufsleben. Sie fühlt sich weder ausgenutzt noch als „billige Putzfrau“ disqualifiziert. „Ich bin voll in den Tagesablauf integriert“, erzählt sie. Die Erzieherinnen seien nett zu ihr und würden ihren Einsatz anerkennen. „Für mich hat dieser Job nur Vorteile“, ist die junge Frau überzeugt.

Auch wenn die Maßnahme in ein paar Monaten zu Ende ist, hat Monika Bialas keine Zukunftsängste. Sie will dann endlich einen Studienplatz für Pädagogik in Paderborn ergattern, um ihrem Ziel von der Grundschullehrerin ein Stückchen näher zu kommen. „Ich fühle mich gut gerüstet“, sagt sie.

Trotzdem optimistisch

Das Leben ist schön, vor allem wenn man jung ist. Man denkt nicht an morgen oder gar an eine gesicherte Zukunft. Nur das Heute zählt und der Spaß. So ähnlich muss es Tina Loppe ergangen sein, als sie endlich ihren Realschulabschluss in der Tasche hatte. Sie begann eine Ausbildung als Erzieherin. Doch die Lehre brach sie nach kurzer Zeit ab. „Ich hatte mit 16 einfach andere Interessen als Ausbildung.“ Eine Einstellung, die sie heute



bereut. In der Familie gab es immer häufiger Probleme, Streit mit dem Stiefvater war an der Tagesordnung. „Ich habe es nicht mehr ausgehalten, ich wollte einfach nur weg“, erinnert sich die heute 21-Jährige.

Schließlich fand sie Arbeit in einem Hotel. Der Umgang mit anderen Menschen gefiel ihr, die Arbeit ebenso. Doch ihr alkoholkranker Chef machte ihr das Leben schwer, eine weitere Zusammenarbeit schien aussichtslos. Tina Loppe wurde wieder arbeitslos und musste sich nach etwas anderem umsehen. Nicht leicht, wenn man keine abgeschlossene Ausbildung vorzuweisen hat.

Jetzt hat die junge Frau eine neue Aufgabe in einem Paderborner Altenheim gefunden. Sie ist im sozialen Dienst eingesetzt und kümmert sich um die Heimbewohner. „Die Arbeit macht mir Spaß, ich bin ja überhaupt gern mit Menschen zusammen.“ Sie begleitet die alten Leute bei Arztbesuchen, spielt mit ihnen Gesellschaftsspiele, hilft beim Frühstück und bei der Wäscheverteilung. „Es wird sich viel zu wenig mit den alten Menschen beschäftigt“, meint die 21-Jährige. Tina Loppe will dazu beitragen, dass die Senioren sich wohl fühlen. Nach ihren Erfahrungen hat sie sich nun entschlossen, eine Ausbildung in der Altenpflege zu machen. Sie habe schließlich gute Zeugnisse und nun auch Berufskennntnisse.

Rund 130 Euro verdient Tina Loppe zusätzlich zum ALG II. „Das ist zum Leben zu wenig.“ Aber es werde auch wohl in Zukunft genug 1-Euro-Jobber geben, „schließlich gibt es genug Arbeitslose“.

*Besser gerüstet:
Monika Bialas
Foto: Schäfer*



Porträt

Porträt



Jung und optimistisch:

Tina Loppe

Foto: Schäfer

- ▶ Tina Loppe ist realistisch, macht sich keine Illusionen. „Der Arbeitsmarkt ändert sich ja nicht plötzlich drastisch in einem halben Jahr.“ Aber sie bleibt trotzdem optimistisch. „Wenn man etwas schaffen will, schafft man es auch“, lautet ihr Motto.

Nah am Arbeitsmarkt

Ortswechsel: ein Besuch beim Mönchengladbacher Volksverein, einem korporativen Mitglied des regionalen Caritasverbandes Mönchengladbach.

Der Volksverein ist eine gemeinnützige GmbH, die verschiedene Programme für Arbeitslose, Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, junge Menschen ohne Ausbildung durchführt. Neben Jobs in Kleiderkammer, Möbellager, Schreinerei und Holzwerkstatt, Haushalts-Service-Bereich und angeschlossenen Bistro bietet der Volksverein – immer schon und oft auf eigene Kosten – Bewerbungstrainings, Qualifizierungen, EDV-Schulungen, Deutschkurse an. „Wir wollen so nah wie möglich am Arbeitsmarkt sein“, sagt Prokurist und Betriebsleiter Wilfried Reiners. Deswegen gibt es auch Stempeluhr, Alkoholtests, Abzüge bei Zu-spät-Kommen und gegebenenfalls schriftliche Ermahnungen.

Reiner Hohnholt hat seit Anfang Januar einen der Zusatzjobs hier beim Mönchengladbacher Volksverein – man muss schon fast sagen – ergattert. Er macht die Werkzeugausgabe, hilft im Lager, arbeitet als Schreinerhelfer – je nachdem, was so anfällt.

Wo soll sich Reiner

Hohnholt noch bewerben?

Foto: Lahrmann

Foto: Lahrmann

Vor seinem 1-Euro-Job war er hier in einer Maßnahme „Arbeit statt Sozialhilfe“ (ASS), er kennt also die Gegebenheiten. Seine Arbeitslosen-Karriere: Hohnholt war Lagerarbeiter, wurde krank, „es ging nicht mehr“, sagt er. Sieht man heute seinen schiefen Rücken, der die ganze Gestalt krümmt, glaubt man ihm das sofort. Seit 1993 arbeitslos, zwischendurch Pausen, nichts Festes, niemals. Er habe sich beworben – natürlich. Aber wer über 40 ist, werde nicht genommen. Da sei der Krankenstand zu hoch, hat ihm ein Personalchef ins Gesicht gesagt. Hohnholt ist jetzt 50. „Wo soll ich mich denn noch bewerben?“, fragt er. Er lebt vom Regelsatz des ALG II, also 345 Euro im Monat, plus 1,50 Euro pro Stunde im Zusatzjob, 30 Stunden in der Woche. Dazu angemessene Unterkunftskosten. Die betragen in Mönchengladbach maximal 5,11 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche, höchstens aber 45 Quadratmeter für eine Einzelperson. Er habe Widerspruch eingelegt gegen den Bescheid, in dem nichts begründet gewesen sei, nichts nachvollziehbar sei. „Die Leute vom Sozialamt interessieren sich doch einen Dreck für unsereinen“, sagt er noch.



Geschützter Rahmen

Ingrid Neikes ist auch jemand, der froh ist, „wenigstens für einen Euro in der Stunde zu arbeiten“. Sie steht eine Etage über der Schreinerei in der Kleiderkammer des Mönchengladbacher Volksvereins und sortiert Wäsche. Mit 14 hatte sie in einer Textilfabrik angefangen zu arbeiten, ein einfacher Job in der Spinnerei. Mit 20 heiratete sie, bekam drei Kinder. Nach dem Niedergang der Textilindustrie versuchte sie eine Umschulung zur Elektromonteurin, war dann lange krank, Depressionen, es folgte die Trennung von ihrem Mann. Kein schönes Leben, überhaupt nicht einfach, irgendwie an Arbeit zu kommen. Das gelang schließlich ebenfalls über ein ASS-Programm beim Volksverein. Inzwischen hat der Amtsarzt ihr erlaubt, drei Stunden am Tag fünf Tage in der Woche zu arbeiten. Damit gilt sie nach den Hartz-IV-Gesetzen als arbeitsfähig, erhält ALG II und ist froh über ihren Zusatzjob. Sie arbeitet im Kleider-shop, sortiert Wäsche, sitzt an der Kasse, bügelt, immer im Wechsel mit der Kollegin. „Ich bin hier sehr zufrieden“, sagt sie. Der Volksverein ist für sie da, hilft bei Problemen mit Ämtern, trainiert mit ihr Bewerbungsgespräche. „Ich bewerbe mich selber“, sagt sie und hofft doch, dass ihr örtlicher Fallmanager für sie einen Beruf in einem „geschützten Rahmen“ findet, bis sie die Krankheit ganz überwunden hat. In einer Atmosphäre von Akzeptanz und Angenommen-Sein, wie sie sie jetzt bis zum Ablauf der sechs Monate beim Volksverein erlebt.

Anerkennung gefunden

Über Norbert Brosowski könnte man ein Buch schreiben, so viel hat der Mann erlebt. Das Buch würde vom Wirtschaftswunderland handeln, in dem hoch motivierte, willensstarke, tatkräftige und fähige Menschen arbeiten, bis die Schwarte kracht. Und es würde von Veränderungen in dem Land handeln, in dem dieselben Menschen erleben, nicht mehr gebraucht zu werden. Brosowski ist einer von denen, die schufteten und gut verdienten, immer Arbeit hatten. Im Dauerlauf ging es bergauf, auch privat stimmte alles: Familie mit vier Söhnen, alle gut ausgebildet, Eigenheim, Freundeskreis, Sportverein. Dann warf ihn der plötzliche Tod seiner Frau aus der Bahn. Alkoholprobleme, Führerscheinentzug, er gab seinen Job auf, in dem er unkündbar war, zermürbt nach jahrelangen Kämpfen als Betriebsratsvorsitzender. Selbst schuld, könnte man denken, andererseits war die Firma zwei Jahre später in Konkurs. Brosowski machte Urlaub, hörte mit dem Trinken von



„Wenigstens für einen Euro“ arbeiten will
Ingrid Neikes.
Foto: Lahrmann

allein auf, schöpfte neuen Lebensmut. „Nach einem halben Jahr Urlaub habe ich gemerkt: ‚Das isset nich‘“, grinst er. „Ich war gesund, gut qualifiziert, nicht wählerisch, ich war sicher: Ich werde einen Job kriegen.“ 50 Bewerbungen, 70 Bewerbungen und nur Absagen: „Sie passen bei uns nicht in die Firmenstruktur.“ Da war er knapp 50. Dreimal in der Woche ist er dem Arbeitsamt auf die Pelle gerückt: „Leute, ich brauch ’nen Job.“ Sie hatten nichts, sie fanden nichts.

In Neuss bewarb er sich als Staplerfahrer im Lager einer japanischen Firma. „Egal, was ich mache, nur irgendetwas tun“, dachte er. Und dann fragten die ihn, ob er Grundkenntnisse in asiatischen Sprachen habe. Als Staplerfahrer. Um den japanischen Besuchern des Lagers höflich antworten zu können. Das war es dann bald: Irgendwann hat er aufgehört, sich zu bewerben.

Brosowski hat jetzt einen 1-Euro-Job im Möbellager beim Volksverein Mönchengladbach. „Ich muss irgendetwas machen“, sagt er. Und dass es ihm Spaß mache und er es nicht wegen des Geldes mache. Das Eigenheim ist abbezahlt, es ist auch nicht so groß, dass man es ihm wegnehmen könnte. „Es war für mich sehr wichtig, dass ich hier Anerkennung gefunden habe“, sagt er. Er arbeitet immer noch gerne, manchmal, bis die Schwarte kracht. ◀



„Ich kann nicht ohne Arbeit“, sagt Norbert Brosowski.
Foto: Lahrmann



Der unterirdische Wartungsraum einer Fernheizungsanlage dient Misha (16) und seinen Freunden als Schutz vor der Kälte in der Ukraine.

Klammern an die Caritas

Schüler der Bischöflichen Marienschule Mönchengladbach besuchen Caritas-Straßenkinderprojekt in der Ukraine

Misha ist stolz, dass sich Menschen dafür interessieren, wie und wo er und seine Freunde leben. Der 16-Jährige ist eines von rund 200 000 Straßenkindern in der Ukraine. Zurzeit ist der Wartungsschacht einer Fernheizungsanlage in der ukrainischen Stadt Khmelnytzky sein Zuhause. Dorthin hat er eine Schülergruppe der Bischöflichen Marienschule in Mönchengladbach geführt. Sie ist mit dem Caritasverband für das Bistum Aachen in Khmelnytzky, um zu sehen, wie die CARITAS-KINDERHILFE die Caritas der griechisch-katholischen Kirche unterstützt.

Misha ist gerade in den geöffneten Wartungsschacht der Fernheizungsanlage hineingesprungen. Der Boden des Raumes ist mit Abfall übersät, eine Matratze liegt dort unten, und aus dem Schacht steigt ein warmer Gestank von Müll und Exkrementen. „Das ist nichts, wo man freiwillig wohnen möchte“, meint Sabine Gangfuß (16), Schülerin aus Mönchengladbach.

*Straßenkinder in der Ukraine: Eine warme Mahlzeit der Caritas hilft beim Überleben.
Fotos: Gerd Schnitzler*



Misha und seine Freunde sind froh, dass sie diese Unterkunft und die Caritas in Khmelnytzky haben. „In staatlichen Einrichtungen sind die Bedingungen schlecht, und die Betreuung ist nicht so wie bei der Caritas“, sagt er. Die Sozialarbeiterin Natalia Klimova, die Krankenschwester Larysa Pysanko und der Fahrer Petro Hryts machen sich für die Straßenkinder stark. Täglich außer Sonntag fahren sie mit dem Caritas-Bus, den die CARITAS-KINDERHILFE im Bistum Aachen finanziert hat, durch Khmelnytzky und versorgen die Straßenkinder wenigstens mit einer warmen Mahlzeit, mit Medikamenten und mit Kleidung.

Als Petro Hryts den Bus langsam vom tief verschneiten Parkplatz am Markt in Khmelnytzky fährt, springt ein Straßenkind hinten auf die Stoßstange des Caritas-Busses und hält sich am Dach des Fahrzeugs fest. Das sieht die Mönchengladbacher Schülerin Sarah Meurer (17). „Die klammern sich buchstäblich an die Caritas“, sagt sie.

Der Besuch hat aufgerüttelt

Den Schülern der Marienschule Mönchengladbach ist klar, dass es nicht nur bei diesem Besuch bleiben wird. Der Vorsatz, langfristig und effektiv zu helfen, wurde bereits in der Ukraine gefasst. ◀ *F. Winterfaust*

Treff für Alleinerziehende

Seit Beginn des Jahres hat die Aachener Begegnungsstätte für Alleinerziehende einen neuen Träger: Der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) und IN VIA, der Verein für katholische Mädchensozialarbeit, sorgen dafür, dass die Arbeit der Begegnungsstätte weitergeht. Zehn Jahre lang war die Regionalstelle Aachen für die Begegnungsstätte zuständig gewesen. Seit dem 17. Januar ist die Begegnungsstätte in der Kasinostraße wieder regelmäßig geöffnet. Der Caritasverband für das Bistum Aachen hatte maßgeblich für die Kooperation von SkF und IN VIA Aachen Sorge getragen und mit dem Bistum die Gespräche geführt.

Wechsel an der Caritas-Spitze

Abschied von Weihbischof Dicke vom Vorsitz des Diözesan-Caritasverbandes



An der Spitze des Diözesan-Caritasverbandes für das Bistum Aachen hat es nach 27 Jahren einen Wechsel gegeben. Weihbischof Karl Borsch folgte Weihbischof em. Gerd Dicke im Amt des Ersten Vorsitzenden.

Weihbischof Dr. Gerd Dicke habe 27 Jahre lang seinen Dienst als Vorsitzender des Caritasverbandes für das Bistum Aachen versehen und wachsam die Entwicklung der Caritas im Bistum begleitet; „er hat auf seine Weise der Freundschaft Gottes für jeden Menschen ein Gesicht gegeben“. Mit diesen Worten würdigte Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff Weihbischof em. Dr. Dicke, der am 19. Februar in einer Eucharistiefeier in der Aachener Pfarrkirche St. Michael als Vorsitzender des Caritasverbandes für das Bistum Aachen verabschiedet wurde. Als sein Nachfolger wurde gleichzeitig Weihbischof Karl Borsch in sein neues Amt eingeführt. Mussinghoff hatte Borsch bereits zum 1. Januar 2005 zum Vorsitzenden des Verbandes ernannt.

In seiner Predigt nannte Mussinghoff drei gute alte Grundsätze, die für die Arbeit der Caritas gelten: „Wir können nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Wir tun, was wir können. Wir müssen neu lernen: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ Wer diese Grundsätze beherzige – so der Bischof –, werde auch die kom-

menden sieben mageren Jahren bewältigen. Bischof Mussinghoff wünschte dem neuen Vorsitzenden Gottes Segen für dieses Amt, wohlwissend, dass Weihbischof Borsch diesen Dienst in einer nicht leichten Zeit der Umbrüche antritt.

Zahlreiche Weggefährten von Weihbischof Dicke waren gekommen, um ihm für seine langjährige Arbeit zu danken und um beim Abschied von der Caritas dabei zu sein. Anschaulich ließ Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders die 27 Jahre Revue passieren, die Dicke dem Caritasverband vorstand. „Bei Ihnen wusste man immer, wo man dran war“, beschrieb Schröders Dicks Arbeitsstil. Sein Engagement sei von allen geschätzt worden, seine Nähe zu den Menschen und den Anliegen der Caritas sei immer zu spüren gewesen. Er habe sein Amt als Erster Vorsitzender mit Weitsicht und klaren Positionen ausgeübt. Dicke habe 27 Jahre die gesellschafts- und sozialpolitischen Entwicklungen nicht nur aufmerksam verfolgt, sondern mit der Caritas konsequent eine Antwort auf diese Herausforderungen gegeben. Gerade in diesen bewegten Zeiten habe die Caritas zu schätzen gelernt, wie wichtig Kontinuität, Verlässlichkeit und gute Leitungsvorgaben seien – so der Caritasdirektor. ◀

Gerd Schnitzler

„Caritas verbindet, Caritas schafft Sympathie“, sagte Bischof Mussinghoff in seiner Predigt im Gottesdienst zur Verabschiedung des langjährigen Ersten Vorsitzenden.

V. l. n. r.: Weihbischof Karl Borsch, Weihbischof em.

Dr. Gerd Dicke, Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff, Diözesan-Caritasdirektor

Burkard Schröders.

Foto: Gerd Schnitzler

Ehrungen

Das **Silberne Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten:

21. 11. 2004 **Martha Noll, Helga Grimmer, Christa Sauer**, Pfarrcaritas St. Wendelinus, Eschweiler-Hastenrath; 24. 11. 2004 **Marlene Meerts, Maria Krätzig, Eva Stoffers**, Pfarrcaritas St. Mariä Himmelfahrt, Brüggel-Bracht; 1. 12. 2004 **Josi Krämer**, Kindergarten der Pfr. St. Katharina, Herzogenrath; 3. 12. 2004 **Gabriele Schankweiler, Marlene Köhler**, Vinzenz-Heim, Aachen; 5. 12. 2004 **Hilde Have-**

neth, Adele Gorny, kath. Pfarrgemeinde St. Fronleichnam, Aachen; 6. 12. 2004 **Silvia Hölz, Heidi Klug**, kath. Pfarrgemeinde St. Clemens, Viersen-Süchteln; 7. 12. 2004 **Ellen Broich, Bärbel Goblet, Margret Paul, Evelyn Pieper-Witt**, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und -Land; 9. 12. 2004 **Maria La Piana, Elke Schöner, Monika Seeliger, Dr. Ralph Graff, Brigitte Grunewald**, St.-Antonius-Hospital, Eschweiler; 13. 12. 2004 **Regine Bovie, Angelika Trautmann**, Theresienheim, Viersen; 17. 12. 2004 **Harald Behlau, Guido Geelen**, Alexianer-Krankenhaus, Aachen.



Punktgenaues Angebot

„Migrationserstberatung“ steht Zuwanderern drei Jahre lang zur Seite

Mit der Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2005 ist erstmals auch die Förderung der Integration gesetzlich verankert worden. Die zwei wichtigsten Säulen dieser vom Bund finanzierten Integrationsförderung sind die Sprachkurse und die Migrationserstberatung.

Die Integration von Zuwanderern ist ein langjähriger Prozess, über dessen Erfolg viele Faktoren entscheiden. Die Zielsetzung aktiver Integrationspolitik soll nach Auffassung der Caritas darauf ausgerichtet sein, den Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen. Integrationsprozesse lassen sich nur dann gezielt gestalten, wenn sie in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebunden werden.

Der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse stellt unzweifelhaft eine der Grundvoraussetzungen für Integration dar. Der Besuch eines Sprachkurses ist für die meisten Neuzuwanderer verpflichtend. Angebote im Bereich der Sprachförderung sind jedoch nur dann zielführend, wenn sie durch Begleitmaßnahmen ergänzt werden.

Das neue Förderprogramm „Migrationserstberatung“ ist aus der Zusammenlegung der bisherigen Programme „Ausländersozialberatung“ und „Erwachsene Aussiedler“ hervorgegangen. Ziel der Migrationserstberatung ist es, den Integrationsprozess bei Neuzuwanderern während der ersten drei Jahre ihres Aufenthalts

gezielt zu initiieren, zu steuern und zu begleiten. Das Angebot beinhaltet eine bedarfsorientierte individuelle Einzelfallbegleitung und stellt die Fähigkeiten und Ressourcen der Zuwanderer in den Mittelpunkt. Mit Hilfe eines Förderplanes wird der Bedarf an weiteren Integrationsmaßnahmen ermittelt.

Da der Bund sich für die Erstintegration zuständig erklärt hat, will das Land NRW zukünftig den Schwerpunkt der Förderung auf die „nachholende und weiterführende Integration“ konzentrieren. Die Förderung der Migrationsfachdienste wird nach einer Übergangsphase 2006 auf eine neue konzeptionelle Grundlage gestellt. Bei der Erstellung des Konzeptes wird die Freie Wohlfahrtspflege beteiligt.

Neue Akzente bei Integrationsmaßnahmen

Das Land beabsichtigt, gezielt die integrationspolitische Infrastruktur auf kommunaler Ebene zu verbessern. Gedacht ist dabei an die Einrichtung sog. „Integrationsfachstellen“. Die Integrationsfachstelle selbst sollte von der Kommune und/oder einem freien Träger im Auftrag der Kommune eingerichtet werden.

Die Fachdienste für Integration und Migration der Caritas in NRW haben sich in den letzten Jahren mit ihrem Projekt ProMigra (Profil für den Migrationsdienst) intensiv auf diese neue Entwicklung vorbereitet und können nunmehr punktgenau ihre Arbeit an die neuen Erfordernisse anpassen. ◀

Paolo Miribung

Ehrungen

Das **Goldene Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten:

22. 11. 2004 **Gudrun Tibury, Gisela Walden, Hans-Otto Winter**, Caritasverband für das Bistum Aachen; 24. 11. 2004 **Finny Webers, Antonie Feyen, Stephanie Leven, Hanne Jansen**, Pfarrcaritas St. Mariä Himmelfahrt, Brüngen-Bracht; 1. 12. 2004 **Schwester Maria Goretti Augustin**, Tätigkeit im Hermann-Josef-Haus, Kall-Urft; 4. 12. 2004 **Franz-Josef Siegers**, kath. Kirchengemeinde Herz Jesu, Mönchengladbach-Bettrath; 5. 12. 2004 **Hella Hermanns, Katharina Kirch, Kornelia Mönchs**, kath. Kirchengemeinde St. Josef, Aachen; 6. 12. 2004 **Christel Fliegen, Margit Gorny, Marianne Heutmekers,**

Renate Jacoby, Marianne Meertz, Elisabeth Musen, kath. Pfarrgemeinde St. Clemens, Viersen-Süchteln; 7. 12. 2004 **Cäcilia Baumann, Hedwig Mennicken, Luise Teriete**, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und -Land; 8. 12. 2004 **Anneliese Küpper, Peter Kessel, Petra Kessel, Edmund Sodar, Sevgi Iri, Vera Petereit, Hanife Diker, Brigitte Ermlich, Sabine Deserno, Gisela Formanns, Ingeborg Schopp**, alle hauptberuflich tätig im Marienhospital in Aachen; 9. 12. 2004 **Irene Ehemann, Leni Jansen, Marianne Mertens, Brigitte Röger**, Alten- und Pflegeheim St. Josef, Heinsberg-Waldenrath; 13. 12. 2004 **Ursula Goertz**, Theresienheim, Viersen; 17. 12. 2004 **Renate Derondeau, Karl-Heinz Roder**, Alexianer-Krankenhaus, Aachen.



Der Mensch hinter dem Schuldenberg

Die Statistiken der Beratungsstellen im Bistum Aachen belegen: Die Nachfrage nach Schuldnerberatung wächst weiterhin beständig. Der bundesweite Trend, dass immer mehr Familien überschuldet sind, setzt sich auch im Bistum Aachen fort.

Mehr als 3,1 Millionen überschuldete private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland – diese Zahl verdeutlicht, dass Überschuldung keineswegs ein Problem von Randgruppen ist. Längst hat sich Überschuldung als gesellschaftliches Phänomen etabliert.

Im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche Schuldnerberatung vom 13. bis 17. Juni unter dem Motto „Der Mensch hinter den Schulden“ soll aufgezeigt werden, dass hinter den „Schuldenbergen“ Menschen stehen. Ängste, Schuldgefühle und Scham führen für viele Betroffene zur Isolation und Resignation. Aber auch der

Mut, der Wille zum Neuanfang und veränderte Ansichten und Werte der Betroffenen sollen hervorgehoben werden.

Ideengeber für das Motto der Aktionswoche ist eine Fotoausstellung des Berliner Fotografen Günter Linke. Der Fotograf hat mit eindringlichen Bildern die persönliche Situation überschuldeter Menschen dargestellt. Im Bistum Aachen sollen zu der Aktionswoche in Zusammenarbeit mit dem diözesanen Arbeitskreis Schuldnerberatung anhand eines Interviewleitfadens die unterschiedlichen individuellen Lebenssituationen der Betroffenen dargestellt und präsentiert werden. Dadurch soll die Notwendigkeit der Hilfe und Unterstützung der Betroffenen durch Schuldnerberatung, aber auch durch Prävention unterstrichen werden. ◀

Roman Schlag



*Schwester Elisabeth Theiß berät in der Sprechstunde und auch am Telefon zu Fragen der Pflege zu Hause.
Foto: Caritas*

Pflegeberatung

„Pflegeberatung bereits im Krankenhaus“ heißt das neueste Projekt der Caritas Krefeld und der Barmer Ersatzkasse (BEK), um speziell Angehörige von Krankenhauspatienten zu unterstützen.

Infolge der Umstellung auf das System der Fallpauschalen in den Krankenhäusern werden Patienten erheblich früher entlassen. Viele von ihnen sind allerdings noch nicht in der Lage, für sich allein zu sorgen. Angehörige sind mit der notwendigen Versorgung oft überfordert und haben viele Fragen. Caritas-Schwestern vermitteln dann pflegerisches Basiswissen. Die Beratung beginnt

Wahlfreiheit erhalten

Die Wahlfreiheit der Mütter hinsichtlich der Betreuung ihrer Kinder muss erhalten bleiben. In dieser Forderung waren sich die 30 Beraterinnen der katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen der Caritas im Bistum Aachen auf einer Fachtagung „Hartz IV und die speziellen Veränderungen für schwangere Frauen und ihre Familien“ einig.

oft im Krankenhaus, bevor die Patienten entlassen werden, kann aber auch zu Hause stattfinden. Bedingung ist eine Mitgliedschaft bei der BEK. ◀

Petra Strobel

Gefühl der Geborgenheit

Geilenkirchen. Ende vergangenen Jahres fand in Geilenkirchen die Einweihung eines neuen Wohnheimes für Menschen mit psychischen Behinderungen statt. Die neu erbaute Einrichtung „Mutter Teresa“ in Trägerschaft des regionalen Caritasverbandes bietet 24 Betroffenen neben Heimat und Zuhause gleichzeitig ein umfangreiches Spektrum an Rehabilitationshilfen. Für die weitläufige Wohnanlage mit dreigeschossigem

Hauptgebäude und separatem Therapiegebäude wurden insgesamt 1,6 Millionen Euro verausgabt. Die Architektur des Wohnheims, das den Maßstäben des üblichen Familienwohnens so weit wie möglich entspricht, vermittelt ein Gefühl der Sicherheit und der Geborgenheit. Für die Wohnheimarbeit steht ein multiprofessionelles Mitarbeiterteam zur Verfügung. ◀

Dr. Mechtild M. Schmitz

Caritas hilft in Sri Lanka

Überwältigende Spendenbereitschaft im Ruhrbistum für die Opfer der Flutkatastrophe

Auf mindestens fünf Jahre schätzt Rudi Löffelsend, Leiter der Auslandshilfe der Caritas im Ruhrbistum, die Notwendigkeit des Engagements seines Verbandes in Galle/Sri Lanka ein. Er war zusammen mit Christoph Grätz, langjähriger Projektleiter in der Auslandshilfe, zur Erkundung auf Sri Lanka.



Foto: Grätz-Kraft

Ergebnis: An drei Projekten im Distrikt Galle im Süden Sri Lankas wird sich die Ruhrcaritas, zu einem großen Teil zusammen mit der Zeitungsgruppe WAZ, aktiv beteiligen. Geplant sind:

- ▶ der Neubau einer Geburts- und Kinderklinik in Galle 3 km landeinwärts. Sie ersetzt die von der Flutwelle zerstörte, direkt am Strand gelegene alte Klinik, die 90 Jahre alt war;
- ▶ der Neubau eines Internats/Waisenhauses in Matara, ganz im Süden der Insel im sicheren Hinterland. Die alte Marienschule liegt unmittelbar am Strand. Der Gebäudekomplex besteht aus einem Schwesternkonvent, einer Grundschule, einer weiterführenden Schule sowie Kirche und Pfarrhaus, alles in katholischer Trägerschaft. Im Pfarrhaus soll eine Zweigstelle der Caritas (Sozialzentrum) eröffnet werden. Dieses Projekt realisiert die Caritas Belgien. Der gesamte Komplex soll vorübergehend instand gesetzt werden. Zeitgleich soll das Internat ca. 2 km landeinwärts neu errichtet wer-

Bereit zum Neuanfang

Bei der Reise von Colombo aus in südlicher Richtung passieren wir die Küstenstraße. Deutlich sichtbar wird die Verwüstung ab Kalutara, etwa 40 km südlich von Colombo. Der komplette Küstenstreifen ist verwüstet. Die Häuser, die direkt am Wasser standen, sind dem Erdboden gleichgemacht. Weiter im Landesinneren ziehen sich die Schneisen der Verwüstung ins Gelände, etwas höher gelegene Bauten sind verschont geblieben. Auch solide Bauten scheinen rekonstruierbar zu sein. Die Eisenbahnschienen der Küstenstrecke sind verbogen, teilweise aus dem Boden gerissen. Die Brücken, die kleinere Gewässer aus dem Landesinneren überspannen, sind notdürftig repariert und befahrbar. Die Leichen sind inzwischen geborgen bis auf eine Stelle, an der scheinbar gerade begonnen wird, mit schwerem Gerät den Schutt zu beseitigen. Das ist dort, wo die Eisenbahn, die durch die Wassermassen von den Gleisen geschleudert wurde, wieder aufs Gleis gestellt wurde. An vielen Stellen sind Arbeiter am Werk, die die Schienen reparieren. Fischerboote wurden zum Teil mehrere hundert Meter ins Landesinnere geschleudert. Viele von ihnen sind völlig zerstört, einige werden inzwischen mit Kränen geborgen. Das Ausmaß der Zerstörung übertrifft alles bisher von uns Gesehene. Dennoch – die Menschen sind bereit zum Neuanfang. Viele starren zwar traumatisiert, übermüdet, entkräftet, aber allorten sind Zeichen des unbedingten Überlebenswillens zu erkennen. Überall wird geräumt, sauber gemacht, Müll verbrannt, neu errichtet oder provisorisch zusammengezimmert.

Rudi Löffelsend

den. Das gesamte Projekt wird auch unterstützt von der NRW-Landeshauptstadt Düsseldorf;

- ▶ die Finanzierung des Baus von 50 kleinen Wohnhäusern für Fischer, deren Häuser komplett zerstört wurden. Nach einer vorliegenden Planung und Kalkulation der Bauingenieure der Caritas Galle kostet die Errichtung eines gemauerten Hauses ca. 2 500 Euro. An diesem Projekt beteiligen sich auch die Mitarbeiter der Katholischen Pflegehilfe Essen. Sie haben einen Tag auf ihren Arbeitslohn verzichtet und insgesamt 12 500 Euro gespendet. ◀

Trauer um Hubertus Gollnick

Die Caritas im Ruhrbistum trauert um Hubertus Gollnick. Er starb vor wenigen Wochen nach einer Operation im Alter von 78 Jahren. In Rumänien, in Timisoara (Temesvar), wo er die letzten 14 Jahre gelebt hatte, fand er seine letzte Ruhe.

Hier leitete er auch lange Zeit den neu eröffneten „Fachschulverbund für Kinderkrankenpflege und Heilpädagogik“. Diese Schule wurde von der Landesregierung NRW und dem Verein „Hilfe für Rumänien“ und der Ruhr Caritas stark gefördert. Gollnick hat sich für die finanzielle Unterstützung der Schüler von Anfang an eingesetzt, hat Sponsoren aus Deutschland gesucht, um ihnen mit Stipendien die Ausbildung zu ermöglichen. Gemeinsam mit den deutschen und später den rumänischen Partnern hat der Verstorbene die Grundlage für dieses Projekt ausgearbeitet und seine langjähri-

gen Erfahrungen mit eingebracht. Gleichzeitig hat er die Koordination der Hilfsgütertransporte des Vereins „Hilfe für Rumänien“ nach Timisoara übernommen.

Das umfangreiche Werk, das Hubertus Gollnick in Rumänien vollbracht hat, hat Bewunderung und Anerkennung bei den deutschen und rumänischen Behörden gleichermaßen erzielt. 1993 wurde ihm der Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen und 1996 die Auszeichnung „Ehrenbürger der Stadt Temesvar“ verliehen. Bei diesem Anlass äußerte sich Hubertus Gollnick voller Bescheidenheit, dass er dankbar sei, an der gemeinsamen, faszinierenden Aufgabe voller Herausforderungen in Rumänien mithelfen zu dürfen, nämlich Kindern eine bessere Zukunft zu gestalten. Die Caritas im Ruhrbistum wird sein Andenken in Ehren halten. ◀



Kindern eine bessere Zukunft gestalten, dafür setzte sich Hubertus Gollnick zeit seines Lebens ein.

Foto: Grätz-Kraft

Fortbildung 2005

Das neue Fortbildungsangebot der Ruhr Caritas für Mitarbeiter in Tageseinrichtungen für Kinder ist erschienen. Einen Schwerpunkt bilden die religionspädagogischen Fortbildungen, die untrennbar verbunden sind mit dem anspruchsvollen Auftrag, den Glauben weiterzutragen.

Die Fortbildungsbroschüre kann angefordert werden beim Caritasverband für das Bistum Essen, Referat Qualitätsentwicklung und Fortbildung, Am Porscheplatz 1, 45127 Essen, oder bei Marlies Kowalski (nur vormittags), Tel. 02 01/8 10 28-5 12, E-Mail: marlies.kowalski@caritas-essen.de. ◀

Caritas-Telegramm

Essen. Die Kinder des Kinderhortes Villa Kunterbunt (Träger ist der SkF Essen-Mitte) haben von ihrem Taschengeld 130 Euro für die Opfer der Flutkatastrophe in Südostasien gesammelt. Rudi Löffel-send, Leiter der Auslandshilfe der Ruhr Caritas, freute sich sehr über diesen Betrag: „Die Kinder geben von ihrer Habe etwas ab, das ist eine schöne Einstellung.“

Bochum. Auch drei Schülerinnen der Don-Bosco-Grundschule in Bochum-Ehrenfeld hatten eine tolle Hilfsidee – sie organisierten eine Steinausstellung für die Flutopfer in Südostasien. Viele Besucher kamen und spendeten mit ihren Eintrittsgeldern über 500 Euro für das Caritasprojekt „Häuser für Fischer“ auf Sri Lanka. Elisabeth, Pauline und Jana haben Caritasdirektor Dieter Engelke aufgetragen, ihre Spende richtig weiterzuleiten. Als Gegenleistung versprach der Chef, den Schülerinnen bald ein Foto von dem Hilfsprojekt in Galle zuzuschicken.

Bottrop. Aus 2 mach 1: Nach einem Jahr der Vorbereitung, der Gremienarbeit und von Beschlüssen und Satzungsänderungen ist es jetzt so weit. Der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) und das Pendant auf der männlichen Seite (SKM) firmieren künftig als SkF Bottrop. Der neue SkF (Pfarrstraße 8, Tel. 0 20 41/1 86 66 30) ist in diesen Arbeitsfeldern tätig: Schwangerenberatung, Tagespflege, Betreuung von Pflegefamilien, Pflegekinderwesen, Erziehungsbeistandschaft, Allgemeiner Sozialer Dienst, gesetzliche Betreuung.

Mülheim. Das „Ringelsöckchen“, Secondhand-Lädchen der Caritas-Sozialdienste in Mülheim an der Ruhr, sucht wieder Mitarbeiterinnen. Wer regelmäßig ein- bis zweimal im Monat ehrenamtlich mit Kolleginnen zwei Stunden Baby- und Kleinkinder-Kleidung sortieren und zu niedrigen Preisen verkaufen kann und will, sollte sich melden bei Gabriele Heckmann von der Mülheimer Caritas unter Tel. 02 08/3 08 53 40. Das „Ringelsöckchen“ ist donnerstags von 10 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr geöffnet. *wb*



Essen



Recht auf Beratung

Das Migrationszentrum in Essen ist eine erste Adresse

Die Rechtsberatungsstelle der Ruhr Caritas für Flüchtlinge, Aussiedler und ausländische Arbeitnehmer ist auch 2004 wieder in hohem Maße Anlaufstelle für Rat Suchende gewesen. 3 324 Menschen ließen sich in Asylfragen beraten, in Aufnahmeverfahren vertreten oder bei der Durchsetzung von arbeitsrechtlichen Ansprüchen unterstützen.

In der Bilanz war das Migrationszentrum auf der Zeche Ludwig in Essen-Bergerhausen Anlaufstelle für 1 536 Rat suchende Flüchtlinge. Konkret ging es zu meist um Fragen zum Asylverfahren und zum konkreten Ablauf des Anhörungstermins beim Bundesamt. 348 Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien stellten die größte Gruppe der Rat Suchenden. Auch Tamilen sowie Flüchtlinge aus Iran und Irak suchten oftmals Rat im Zentrum.

Auch die aus Afghanistan geflüchteten Menschen sehen weiterhin keine Chance, sich im Herkunftsland eine Existenz aufbauen zu können. Sie versuchen deshalb,

durch Folgeanträge ihren Aufenthalt in Deutschland zu verlängern. Teilweise stellen sie auch Anträge auf Weiterwanderung in die USA oder nach Australien. Unterstützt werden sie dabei vom Raphaels-Werk.

In der Aussiedlerberatung stammen rund 75 Prozent der 1 574 Rat Suchenden aus der Russischen Föderation. Überwiegend ging es hier in der Beratung um Widerspruchsverfahren gegen ablehnende Bescheide des Bundesverwaltungsamtes. In den meisten dieser Fälle wurde die Aufnahme abgelehnt, weil die Antragsteller nach Auffassung der Sachbearbeiter den „Sprachtest“ nicht bestanden.

Immerhin hat sich die Verfahrensdauer verkürzt und beträgt in der Regel nunmehr „nur“ noch drei Jahre. Auch die Dauer der Klageverfahren hat sich verkürzt. Manche Verfahren werden schon nach sechs Monaten anberaumt, in anderen Fällen dauert es bis zu zwei Jahre. Positiv ist, dass im Hinblick auf das zum Jahresbeginn in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz zum Jahresende auch kurzfristig vom Gericht Termine anberaumt wurden.

Fragen zum Kündigungsschutz, zu Lohn- und Urlaubsansprüchen und Probleme durch Insolvenz des Arbeitgebers standen im Mittelpunkt der Rechtsberatung für ausländische Arbeitnehmer. Auch Rechtsfragen wegen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sowie rentenrechtliche Ansprüche wurden geklärt. Bemerkenswert gegenüber dem Vorjahr war der Anstieg von Rechtsfällen aufgrund von Abmahnungen durch die Arbeitgeber. Es scheint, dass ausländische Arbeitnehmer stärker kontrolliert und überprüft werden, um sich im Wiederholungsfall schneller von ihnen als von Mitarbeitern trennen zu können. Die Ruhr Caritas steht hier ausländischen Arbeitnehmern beratend zur Seite. ◀

Ingrid Piela

Mettmann siegte

Erstes Hallenfußball-Turnier der Caritas in NRW

Die Betriebssportgruppe der Caritas in Duisburg hatte die Idee, und 13 Mannschaften aus elf Caritasverbänden in ganz NRW und die Mannschaft des Klinikums Duisburg waren der Einladung zum 1. Hallenfußball-Turnier gefolgt. Die Mannschaften kamen aus Ahaus/Vreden, Düsseldorf, Hattingen, Gelsenkirchen, Bottrop, Dorsten, Rheinberg, Mettmann und Duisburg. Der Veranstalter und der Caritasverband Gelsenkirchen schickten

gleich zwei Mannschaften aufs Spielfeld. Auch dabei war die Mannschaft des Katholischen Klinikums Duisburg. Nett am Rande: Da die meisten Caritasverbände von weiblichen Mitarbeitern dominiert werden, fehlten beim Turnier auch nicht die weiblichen Mitspieler. Bei so viel Gelaufe kam dem Zuschauer unwillkürlich der Caritas-Slogan in den Sinn: „Caritas bewegt – und lässt sich bewegen“. Es siegte das Team aus Mettmann vor Düsseldorf und Dorsten. Der Reinerlös von 200 Euro kommt einem Projekt für Straßenkinder in Südafrika zugute. ◀

Horst Ambaum



Christliches Profil als Marktvorteil

Tagung zur Zukunft katholischer Krankenhäuser und Altenheime

Die Zukunft katholischer Krankenhäuser und Altenheime hängt nach Ansicht des Essener Weihbischofs Franz Vorrath entscheidend davon ab, ob es gelingt, der christlichen Identität und Zielsetzung dieser Einrichtungen unter den veränderten Rahmenbedingungen eine neue Kontur zu geben.

Es müsse gelingen, „gegenüber Fragen der Finanzierbarkeit und der von außen gesetzten Reglementierung aus der Defensive herauszukommen und das christliche Profil als Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen Trägern deutlich sichtbar werden zu lassen“, sagte der Weihbischof bei einer Tagung mit Trägern von katholischen Krankenhäusern und Altenheimen in Essen. Vorrath: „Nur dann haben kirchliche Einrichtungen eine Berechtigung. Nur dann macht der hohe persönliche Einsatz, den die Beschäftigten in den Einrichtungen leisten, nur dann macht die Bindung von kirchlichem Vermögen für katholische Krankenhäuser und Altenheime Sinn.“

Der Bochumer Moralthologe Professor Hans Kramer wies in diesem Zusammenhang auf die wachsende Spannung zwischen Ethik und Wirtschaftlichkeit in den Einrichtungen hin. „Durch die bedrängenden ökonomischen Situationen sind in den Institutionen der Caritas die christliche Ethik und mit ihr das kirchliche Ansehen in die Zone der Gefährdung geraten“, meinte Kramer. Die prekär gewordenen Beziehungen zwischen Qualität und Wirtschaftlichkeit in den Heil- und Pflegeeinrichtungen seien deshalb mit neuer Wach-

heit und geschärftem Problembewusstsein in den Blick zu nehmen. Sollten die in der Kirche und unter den Mitarbeitern angezielten Ideale nicht oder nicht mehr verwirklicht werden können, müsse in diesem Haus eine Korrektur von der Basis her vorgenommen werden. Kramer: „Sollte eine solche Umsteuerung, unter Umständen wegen ökonomischer Zwangslagen, nicht vorgenommen werden können, müsste die Firmierung einer Institution als christlich oder zur Caritas gehörig aufgegeben werden.“

Für den Essener Generalvikar Dr. Hans-Werner Thönnies befinden sich die konfessionell gebundenen Häuser daher auch nicht auf „einer Insel der Seligen“. Thönnies: „Auch konfessionell gebundene Einrichtungen müssen gegenüber den aktuellen Entwicklungen auf Rationalisierung, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit sowie auf Qualitätssicherung setzen.“ Dabei dürften sie nicht der schleichenden Versuchung erliegen, ihre Identität und ihre eigenen Ansprüche zu unterlaufen oder stillschweigend zu unterbieten. Das Bemühen um eine Profilierung führt nach Ansicht des Generalvikars jedoch nur dann zu wirksamen Veränderungen, wenn es nicht in eine vordergründige „Leitbildnerlei“ ausartet, die den Alltag in den Einrichtungen nicht verändert. Thönnies betrachtet denn auch neben den für alle geltenden fachlichen und pflegerischen Standards die Einführung eines christlich geprägten Qualitätsmanagements als unverzichtbar. Auch er sei davon überzeugt, dass die Unternehmenskultur christlich geführter Einrichtungen ein entscheidender Vorteil am Markt sein könne. ◀ ul

Zusammenschluss

Essen. Die Katholische Alten- und Pflegeheime Essen mGmbH und die von der Essener Nikolaus Groß gGmbH geführten Altenheime werden eine gemeinsame Trägergesellschaft gründen. Mit insgesamt 517 Betten gehört die neue Gesellschaft zu den größten katholischen Trägern von vollstationären Altenhilfeeinrichtungen im Bistum Essen. Ziel sei es, die gemeinsamen Kräfte zu bündeln, um die qualitativ hochwertige Pflege in den fünf Alten- und Pflegeheimen zum Wohle der Bewohner weiterzuentwickeln und die Arbeitsplätze zu sichern, erklärten die Aufsichtsratsvorsitzenden Bernd Bengfort und Hans Zilles. Die gemeinsame Trägergesellschaft wird von den Geschäftsführern der beiden Gesellschaften geführt. lou



Foto: Pohl

Menschen auf der Verliererseite

Caritasforum verlangt Optionen für die Armen beim Umbau des Sozialstaates

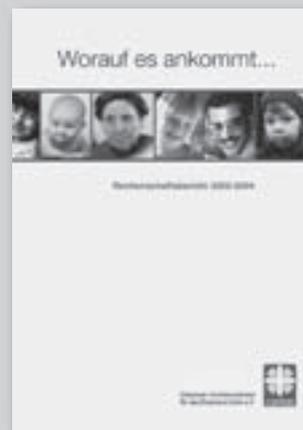
Die Zahl der Armen in Deutschland wächst. Ein Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt, dass der Anteil der in relativer Armut lebenden Menschen 2003 auf 15,3 Prozent gestiegen ist. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege befürchten, dass angesichts staatlicher Reformprozesse bald noch mehr Menschen auf der „Verliererseite“ der Gesellschaft stehen werden. Anlass für den Kölner Diözesan-Caritasverband, den politischen und gesellschaftlichen Wandel im Rahmen des Caritasforums 2005 mit Blick auf die Armutsentwicklung zu untersuchen.



Hauptreferenten der Veranstaltung waren Professor Dr. Christoph Butterwege (Foto, rechts) von der Universität Köln, der über „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ referierte, sowie Professor Dr. Bruno W. Nikles von der Universität Essen, der sich mit der Frage „Veränderte soziale Landschaften – veränderte Caritas?“ beschäftigte. Für den aus dem aktiven Dienst scheidenden Diözesan-Caritasdirektor Dr. Winfried Risse (Foto, links) war es ein Anliegen, vor seinem

Ausscheiden ein für die Caritas fundamentales Thema noch einmal öffentlich zu machen: „Das Phänomen Armut ist nicht neu, aber es wandelt sich. So wächst z. B. die Familien- und Kinderarmut kontinuierlich. 2003 erhielten 1,08 Millionen Kinder und Jugendliche, das sind 7,2 Prozent, gemeinsam mit ihren Eltern Sozialhilfe.“ Als arm gilt laut EU-Definition, wer mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens, immerhin rund 730 Euro, auskommen muss. Anhaltend geringes Wirtschaftswachstum, die absehbare demografische Entwicklung, politische Reformprozesse und die Pluralisierung der Lebensstile bestimmen die Veränderungen in der Gesellschaft. „Seit Januar 2005 erfahren im Rahmen der Agenda 2010 viele Menschen die Umsetzung des neuen Sozialgesetzbuches II als eine einschneidende Änderung“, betonte Risse. Für insgesamt mehr als fünf Millionen Menschen – davon nach ersten Schätzungen bis zu 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche – seien die Sozialtransfers auf Sozialhilfeniveau abgesunken. Untersuchungen zeigen, dass sich aus der Armut der Eltern viele Folgen für die Kinder ergeben: schlechte gesundheitliche Verfassung, unangemessene Kleidung, falsche Ernährung, mangelnde sprachliche und kulturelle Kompetenzen oder soziale Isolation. Risse mahnte: „Caritas‘ bedeutet Nächstenliebe. Die wird wichtiger gerade in einer Zeit, in der es zunehmend an sozialer Gerechtigkeit fehlt. Wir sind aufgefordert, unseren Einsatz für die Benachteiligten mit ungemindertem Engagement und neuer Kreativität fortzusetzen.“ ◀

„Worauf es ankommt“ – Der neue Rechenschaftsbericht 2002 bis 2004 des Diözesan-Caritasverbandes ist soeben fertig gestellt. Die aktuellen Einblicke,



Bilder, Statistiken, Zahlen und Hintergrundinformationen zur Caritas-Arbeit in der Kölner Erzdiözese können unter presse@caritasnet.de oder per Telefon unter 02 21/20 10-2 84 kostenlos angefordert werden.

Not sehen und handeln

Diözesan-
Caritasverband
für das Erzbistum Köln e.V.



Breites Erfahrungsspektrum

Wechsel in der Direktion des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln

Dr. med. Frank Johannes Hensel ist neuer Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln. Er folgt dem altersbedingt am 1. April 2005 aus dem aktiven Dienst geschiedenen Dr. Winfried Risse nach.

Der 41-jährige Vater von vier Kindern wurde in Wuppertal geboren und lebt seit etwa 20 Jahren im Düsseldorfer Süden. Sein beruflicher Werdegang führte ihn nach England und Pakistan, wo er in Projekten der Basisgesundheitsversorgung in städtischen Slums und ländlichen Regionen mitwirkte. Tätigkeiten in der stationären Krankenpflege, der ambulanten Altenpflege und in der Ausbildung von Krankenpflegeschülern begleiteten sein Studium und den Berufseinstieg. Sieben Jahre widmete sich der Facharzt für innere Medizin der individuellen Patientenversorgung im Krankenhaus Maria Hilf in Mönchengladbach und an der Universitätsklinik Düsseldorf. Berufsbegleitend absolvierte er ein Zusatzstudium der Gesundheits- und Sozialwissenschaften und wechselte 1998 zur Bundesärztekammer. ◀

Alfred Hovestädt



Zehn Jahre lang führte er die Geschäfte des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln e.V. und war Vorsitzender der LAG-Arbeitsgruppe „Hartz und Landessozialberichterstattung“ – Dr. Winfried Risse.



Caritas ist Stimme der Armen

Ich möchte dazu beitragen, dass ein Kontakt mit der Caritas stets auch als positive Erfahrung mit katholischer Kirche wahrgenommen wird. Dies kann nur von Menschen vermittelt werden, die für ihren Dienst fachlich und spirituell gut gerüstet sind und somit durch ihre Haltung und ihr Wirken überzeugen.

Den vielen Menschen, die die Hilfe der Caritas benötigen und annehmen wollen, möchte ich ein guter Anwalt in Politik und Gesellschaft sein. Caritas ist Stimme der Armen, der Ungeborenen, der Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, der Einsamen und Haltlosen, der Kranken und Behinderten. Ihnen, den Schwachen und Beladenen, gilt es Gehör zu verschaffen im Trubel und Taumel gesellschaftlicher Umbrüche.

Wenn es noch besser gelingt, den diakonischen Auftrag unserer Gemeinden mit Hilfe des Caritasverbandes zu unterstützen, wird das kreative Potenzial so vieler gutwilliger Kinder, Jugendlicher, Frauen und Männer noch wirksamer und eindrucksvoller zur Geltung kommen. Ich möchte, dass sich möglichst vielen Mitmenschen die Frage nach unserem Halt, unserer Kraft, also nach unserem guten Geist aufdrängt. Die Antwort darauf immer wieder neu zu finden und vorzuleben, das ist unsere Mission.

Frank Johannes Hensel



Neu aufstellen

Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf die Jugendhilfe

Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe standen im Zentrum einer Tagung des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln.

Seit Jahren verzeichnet Deutschland eine der niedrigsten Geburtenquoten in Europa. Um Ursachen und Wirkungen auf die Gesellschaft sowie Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe der Caritas zu analysieren, hatte der Caritasverband Dr. Matthias Schilling von der Dortmunder Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik eingeladen.

Schilling erklärte, dass die Geburtenziffer bis zur Mitte der 70er Jahre drastisch gesunken sei. Danach habe sich die Geburtenquote auf niedrigem Niveau stabilisiert. Große Unterschiede in der Vorhersagbarkeit der demografischen Entwicklung ergäben sich aber mit Blick auf die Regionen. Derzeit verzeichne man einen Abwanderungstrend von Familien aus Ballungszentren hin zum



Dr. Matthias Schilling von der Dortmunder Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik sprach über den demografischen Wandel und seine Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe.

stadtnahen, ländlichen Raum. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit für die Jugendhilfe, neue Angebotsformen zu entwickeln – etwa durch verbesserte Angebote der Bildung und Betreuung in den Randzeiten oder über den ganzen Tag. Genauere Analysen bringen laut Dr. Schilling zu Tage, dass der Einfluss des demografischen Wandels auf die erzieherischen Hilfen der unter 18-Jährigen mittelfristig gering sei. Hier verzeichne man sogar eine Zunahme des Betreuungsbedarfes, die mindestens bis 2012 anhalten werde. Schilling betonte, dass es gelte, die soziale Arbeit neu zu organisieren und die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern. Dies könne beispielsweise durch die Vernetzung von Projekten für Kinder und Senioren geschehen. ◀

Die Hälfte der Patienten drogenfrei

Bonn. Auf eine positive Bilanz der ersten zwölf Monate ihres neuen Methadonprogramms können Caritas, Diakonie und die Rheinischen Kliniken zurückblicken: Rund die Hälfte der von ihnen betreuten Patienten hat es geschafft, ein drogenfreies Leben zu beginnen. Gemeinsam betreiben Caritas, Diakonie und die Rheinischen Kliniken eine Substitutionsambulanz für schwerstabhängige Bonner. Seit einem Jahr bieten sie erstmals die Möglichkeit an, mit Hilfe von Metha-

don die Heroinsucht zu überwinden. Begleitet wird die Behandlung durch psychosoziale Betreuung. Jeder Abhängige hat einen festen Sozialarbeiter, der mit ihm einen Ziel- und Hilfeplan aufstellt. Ergänzt wird das Hilfsangebot durch ärztliche Betreuung. Das Konzept scheint aufzugehen. Maria Leucker, Leiterin des psychosozialen Teams: „50 Prozent der Patienten haben es geschafft, die Behandlung drogenfrei zu beenden. Wenn man bedenkt, dass wir mit schwer kranken Menschen arbeiten, ist das eine sehr gute Quote.“ ◀

Neuer Leitfaden

Qualitätsentwicklung bei esperanza-Beratungsstellen

Köln. Zum Abschluss eines dreijährigen Qualitätsentwicklungsprozesses hat esperanza jetzt einen Qualitätsleitfaden für die Arbeit in den 21 kirchlichen Schwangerschaftsberatungsstellen im Erzbistum Köln vorgestellt. Der neue Leitfaden wurde vom Diözesan-Caritasverband, den Trägern vor Ort und den Beratungsstellen entwickelt. Er enthält alles,

was nötig ist, um die Qualität der Schwangerschaftsberatung zu sichern und weiterzuentwickeln – von Vorgaben für die Ausstattung der Beratungsstellen über die Beschreibung aller Beratungsleistungen bis hin zu Fragebögen, mit denen die Zufriedenheit der beratenen Frauen und Männer ermittelt werden kann. ◀

Weitere Informationen: Christa Pesch, Tel. 02 21 / 20 10-1 44





Keine Chance für die Schuldenfalle

Beratungsprogramm der Caritas für Schüler

Rhein-Erft-Kreis. Handys, Markenkleidung, Urlaub, mobil sein – das gehört für junge Menschen heute einfach selbstverständlich dazu und will bezahlt sein. „Viele junge Leute haben den Umgang mit Geld nie gelernt oder erleben in ihren Familien ein unkontrolliertes Konsumverhalten“, erläutert Hans-Peter Reinirkens. Seit zwei Jahren versucht der 59-Jährige als Ehrenamtlicher bei der Caritas etwas dagegen zu tun. Er stellt sein Wissen auf Anfrage von Schulen im Unterricht zur Verfügung.

Der Ansatz ist vorbeugend: Gemeinsam mit Josef Uhler, der beim Caritasverband Rhein-Erft-Kreis unter anderem Schuldner berät, hat Reinirkens Unterrichtseinheiten für 16- bis 17-Jährige entwickelt, die aufklären und selbstverantwortliches Handeln fördern sollen.

„Gerade beim Wechsel von der Schule ins Berufsleben kommen oft Wünsche nach einer eigenen Wohnung, einem Auto oder einem Motorrad auf. Geld ist dann meist noch nicht vorhanden und die Unterschrift unter einen Ratenvertrag schnell geleistet“, weiß Reinirkens. Die Verschuldung der Jugendlichen steigt in den letzten Jahren immer weiter an. Die Berater beobachten in der Begegnung mit jungen Menschen, wie schwer es ihnen fällt, zu beurteilen oder gar auszurechnen, welche Belastung ein Raten- oder Kreditvertrag mit sich bringt. „Dann üben wir eben Prozentrechnen“, hält Reinirkens dagegen. Die praktischen Beispiele würden auch im Mathematikunterricht gern aufgegriffen. Weitere Themen der jeweils zwei Doppelstunden sind Gründe für das Aufkommen von Schulden, Haushaltsplanung, Darlehenskosten und Folgen von Zahlungsunfähigkeit. ◀

Barbara Albers/dg

(V.l.) Josef Uhler, Fachbereichsleiter Gemeindecaritas beim Caritasverband für den Erftkreis e.V., Hans-Peter Reinirkens, ehrenamtlicher Schuldnerberater

Weitere Informationen:

Josef Uhler,

Tel. 0 22 33/7 99 06,

Hans-Peter Reinirkens,

Tel. 0 22 34/8 46 37

Caritas-Telegramm

Langenfeld. Am 1. April fällt beim SkF in Langenfeld der Startschuss für ein neues Projekt. Der „SkF-Shop – Die Tüte“ gibt in einem zum Ladengeschäft umfunktionierten Container hinter seiner Geschäftsstelle in der Immigrather Straße gesammelte Lebensmittel gegen geringe Geldbeträge an Bedürftige weiter. Das Angebot richtet sich unter anderem an kinderreiche Familien, Verschuldete, Obdachlose und ältere Menschen mit geringer Rente. Der SkF befürchtet einen Anstieg der Armut als Folge der Hartz-IV-Gesetzgebung und hofft,

der neuen Situation mit der „Tüte“ begegnen zu können. Weitere Informationen und Ansprechpartner für Sachspenden und ehrenamtliche Unterstützung: SkF Langenfeld, Tel. 0 21 73 / 3 94 76-0.

Erzbistum Köln. Unter www.gewalt-los.de gibt es jetzt eine Internet-Beratung für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen. Neben der Online-Beratung bieten hier ein Chat und ein Forum Gelegenheit zu Austausch und Information. Adresslisten der Geschäftsstellen des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) sowie nützliche Links vervollständigen das neue Angebot.

Menschen in der Caritas

Goldene Ehrennadeln erhielten für 25 und mehr Jahre Mitarbeit in verschiedenen Einrichtungen der Caritas:

Anneliese Hoch für langjährige Leitung des Seniorenclubs in Bornheim-Merten; **Isabelle Weinhold** für 25-jährige Mitarbeit im Sankt-Josef-Zentrum für Orthopädie und Rheumatologie in Wuppertal; **Hermann Schwarte** für langjährige Mitarbeit im St.-Alexius-Krankenhaus, Neuss; **Erika Paul** und **Martha Stahl** für engagierte Mitarbeit in der Kirchengemeinde St. Pankratius, Köln-Worringen; **Doris Gossens** für 25-jährige Zugehörigkeit zum Caritasverband für den Rhein-Sieg-Kreis; **Hannelore van Elst**, **Spirydon Pappas**, **Karl-Heinz Vogt** und **Gudrun Wissel-Zielinsky**, alle für 25-jährige Mitarbeit beim

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.; **Hildegard Lehna** und **Georg Daniel**, beide für langjähriges ehrenamtliches Engagement in der katholischen Kirchengemeinde St. Joseph in Köln; **Gerda Ermisch** und **Erika Gollan** für vier Jahrzehnte engagierte Mitarbeit im St.-Elisabeth-Krankenhaus, Köln-Hohenlind; **Hans Scholten** für 25 Jahre Engagement für das Raphaelshaus in Dormagen; **Hilde Jäschke** für langjähriges ehrenamtliches Engagement in der Pfarrgemeinde St. Josef in Delhoven; **Christine Zimmermann** für 30-jährige Leitung des Seniorenclubs Bad Münstereifel-Eschweiler; **Katharina Becker**, **Gertrud Herrmann** und **Josefine Schneider** für über 30-jähriges ehrenamtliches Engagement in der katholischen Kirchengemeinde St. Petrus Canisius in Eitorf-Alzenbach; **Änne Seyock** für über 40 Jahre ehrenamtliche Leitung des Altenclubs der Pfarrgemeinde St. Dionysius in Hürth-Gleuel.

Doppeldiagnosen fordern Zusammenarbeit

Psychische Störung kann Auslöser einer Sucht sein

Von „Doppeldiagnosen“ sprechen die Fachleute, wenn Menschen zu ihnen kommen, die gleichzeitig psychisch krank und suchtabhängig sind. Im Bistum Münster wollen die Suchtberater der Caritas und die psychiatrischen Dienste künftig enger kooperieren, um gemeinsam den optimalen Behandlungsweg zu finden.



Wie schwimmend die Grenzen zwischen Sucht und Psychiatrie sind, zeigten Mitarbeiter der Caritas Rheine auf.
Foto: Westbeld

Auf einer ersten Tagung in Münster wurde diskutiert, wie die Zusammenarbeit konkret eingeleitet werden kann. „Bei allen Unterschieden kann auf Gemeinsamkeiten aufgebaut werden“, erklärte Diözesan-Caritas-

direktor Heinz-Josef Kessmann. Er forderte die Teilnehmer auf, in „Versorgungsnetzen zu denken“.

Dazu muss noch einiges geklärt werden. Immer häufiger suchen Menschen mit dem doppelten Problem Beratungsdienste und Einrichtungen auf. Aber in Diagnose und Behandlung gibt es noch so viele Unsicherheiten, dass in vielen Fällen die „Doppeldiagnose“ an sich nicht einmal gestellt wird. Bisher habe es vereinfacht immer geheißen: „Sucht hat eine Geschichte“, erläuterte Dr. Verena Nahlovsky, Fachärztin im Sozialpsychiatrischen Dienst des Kreises Borken, die Schwierigkeit eindeutiger Diagnosen. Die Wissenschaft bestätige dies inzwischen nur noch bedingt. Neue Erkenntnis sei, dass eine Suchtabhängigkeit schon angelegt und eine psychische Störung der Auslöser sein könne.

Die Probleme fordern nach Ansicht von Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann geradezu zur Kooperation heraus. Dabei könnten die Caritas-Einrichtungen die Vorteile des lokalen Bezuges und der Verbindung zu Nachsorge- und Selbsthilfegruppen wie dem Kreuzbund nutzen. Dies sei notwendig für eine bestmögliche Hilfe für die betroffenen Menschen, unabdingbar aber auch für die Existenz der sie betreuenden Einrichtungen: „Ohne Konzepte einer integrierten Versorgung werden viele Dienste schlechte Karten haben und ums Überleben kämpfen müssen.“ ◀

Einmischen und mitmischen

Katholische Vertreter wollen Anwalt für die Jugend sein

Sich einmischen und mitmischen für die Interessen von Kindern und Jugendlichen wollen und sollen die Vertreter der katholischen Jugendverbände und der Caritas in den Jugendhilfeausschüssen der Gemeinden und Kreise. „Wir haben die Verantwortung, die Interessen der Menschen zu vertreten, die wir in unserer Arbeit betreuen“, forderte Norbert Dörnhoff, Geschäftsführer des Caritas-Kinderheims in Rheine und Vorsitzender

des Jugendhilfeausschusses, die Ausschussvertreter aus der Diözese Münster auf, die sich in Haltern über ihre Rechte, Pflichten und vor allem auch Gestaltungsmöglichkeiten informierten. Einen Spielraum zur Umsetzung von Ideen gebe es trotz leerer Kassen auch heute noch, machte ihnen der Leiter des Referates Haushalt und Controlling im Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Reinhard Liebig, Mut zu Initiativen. Gemeinsam hatten der BDKJ, das Bischöfliche Jugendamt und der Diözesan-Caritasverband Münster zu der Tagung eingeladen. ◀



Caritas Münster konzentriert sich auf Sri Lanka

Über drei Millionen Euro für Flutopfer gespendet

Die Hilfe für die Flutopfer in Südostasien ist zur größten Spendenaktion der Caritas in der Diözese Münster geworden: Über drei Millionen Euro kamen innerhalb weniger Wochen zusammen, ein Großteil über die Kollekten in den Kirchengemeinden. Dazu konnten große Einzelspenden wie die der Gronauer Firma Stenau mit 110 000 Euro verbucht werden. In Ibbenbüren sammelte die Volksbank mit der Caritas über 250 000 Euro, in Ahaus und Gronau kamen bei einer Aktion mit den Volksbanken rund 300 000 Euro zusammen, die direkt an Caritas international geleitet wurden. Nach der Pha-

se der Soforthilfe hat sich die Caritas in der Diözese Münster auf Hilfe beim Wiederaufbau in der Region Galle im Süden Sri Lankas konzentriert. 300 000 Euro aus den Einzelspenden wurden dafür zunächst zur Verfügung gestellt. Damit können 91 Familien ein neues Heim erhalten. Weitere Spenden, die auf das Konto 6 000 bei der Darlehnskasse Münster (BLZ 400 602 65) eingehen, werden ebenfalls nach Galle fließen und dabei unter anderem dazu dienen, wieder eine Lebensgrundlage für die Menschen zu schaffen. ◀

Mit einer phantasievollen Aktion beteiligten sich die Priesteramtskandidaten an der Fluthilfe: Sie versteigerten für 500 Euro Krawatten prominenter Geistlicher im Priesterseminar. Das Geld übergaben sie Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann und dem Vorsitzenden, Domkapitular Dieter Geerlings.
Foto: Harald Westbeld

Caritas-Telegramm

Münster. Die Euro-Umstellung ist für die Caritas in der Diözese Münster längst nicht abgeschlossen. Auch im letzten Jahr konnten etliche Zentner an alten Münzen umgetauscht werden. Der Erlös stieg sogar wieder leicht auf über 17 000 Euro an. Immer größer wird dabei der Anteil der alten D-Mark. Auch wenn die Tauschmöglichkeiten in einigen Nachbarländern zunehmend erschwert werden, wird der Diözesan-Caritasverband Münster weiter Restdevisen sammeln. Insgesamt hat der Diözesan-Caritasverband in den vergangenen drei Jahren etwa 118 000 Euro aus dem Devisentausch für seine Arbeit erlösen können. Der größte Teil fiel im ersten Jahr der Euro-Umstellung mit 85 000 Euro an.

Rheine. Eine neue Diaserie zum Thema „Sicheres Alter – Unfallgefahren und Unfallvermeidung in der häuslichen Umgebung“ hat die Wohnberatung der Caritas Rheine zusammengestellt. Aufgezeigt wird mit Fotos, Zeichnungen und Texten, wie Gefahrenquellen entschärft werden können. Gerade im Alter ist die Gefahr groß, zu stürzen, sich dabei zu verletzen und in der Folge die Selbstständigkeit zu verlieren. Infos gibt es unter wohnberatung@caritas-rheine.de bei Elisabeth Nagelschmidt.

Hamm. Für die Helfer der Armenküche organisierte die Caritas Hamm ein Dankeschönfest. Wie groß der Kreis der Unterstützer geworden ist, zeigte die Zahl von 125 Teilnehmern. 31 Gruppen wechseln sich ab und übernehmen eine bis drei Wochen im Jahr. Im elften Jahr ihres Bestehens wurden in der Armenküche 11 500 Portionen im Marienhospital frisch zubereitet und für 50 Cent pro Portion ausgegeben. Zusätzlich bringen die Ehrenamtlichen häufig Selbstgeba-

ckenes oder Beilagen mit. Das Engagement ist für 2005 gesichert, die finanziellen Mittel erst einmal nur bis zur Jahresmitte ...

Ahaus. Unter 150 Einrichtungen in freier Trägerschaft gehören die Altenheime der Caritas Ahaus-Vreden zu den fünf besten in Nordrhein-Westfalen. Dies stellte eine Studie des Instituts für Gerontologie der Uni Dortmund im Auftrag der Landesregierung fest. Untersucht worden waren die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter. Heinrich Diehlmann, als Abteilungsleiter für die Altenhilfe verantwortlich, wertet dies als Ergebnis eines konsequenten Qualitätsmanagements über viele Jahre. Bewusst werde den Mitarbeitern unter anderem großer Gestaltungsspielraum gegeben und sie würden an Entscheidungsprozessen beteiligt. Dies schlage sich in einer hohen Arbeitszufriedenheit nieder. Ende Februar ist der Caritasverband auch durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen mit der europäisch anerkannten Qualitätsnorm ausgezeichnet worden.

Ahaus. Nach der Formel „3 x 3 macht frei“ haben der Caritasverband Ahaus-Vreden und der Sozialdienst katholischer Frauen ein neues Angebot für gestresste Mütter entwickelt, das im Rahmen des Bundespilotprojekts getestet wird. Insbesondere Mütter, denen Kuren verweigert worden sind, werden über drei Wochen an jeweils drei Vormittagen eingeladen, aus dem Alltag auszuscheren und auszuspannen. Informationen zu Bildung, Gesundheit oder Freizeit stehen ebenso auf dem Programm wie kreative oder sportliche Angebote. Die Kinder werden in dieser Zeit von der Caritas betreut.

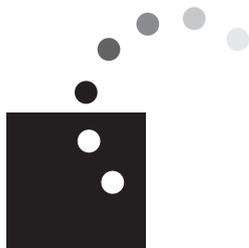


Bewegen

**Der siebte Satz ist zugleich der Kernsatz:
„Menschen bewegen – Caritas“.**

In sieben Sätzen beschreibt der Diözesan-Caritasverband Münster sein Profil. Es folgt der siebte Satz, der zugleich der Kernsatz ist.

„Menschen bewegen – Caritas“, so lautet der Kernsatz, in dem sich die sechs Caritas-Leitsätze der Diözese Münster bündeln. Mit dem Kernsatz werden die Inhalte und Ziele der Leitsätze auf den Punkt gebracht. Der Kernsatz benennt das Spezifikum, den Kern einer Organisation. Unter dem Kernsatz soll die Organisation/Einrichtung bekannt sein oder werden. Er ist gleichsam ihr Erkennungszeichen.



Menschen bewegen – Caritas

Nach Abschluss der Aktion „Caritas in sieben Sätzen“ ist ein Handbuch mit den grundlegenden Texten, Erfahrungen und Arbeitshilfen für die Praxis erstellt worden. Es ist zum Preis von 10 Euro zzgl. Versandkosten beim DiCV Münster zu bestellen (Tel. 02 51 / 89 01-2 74, E-Mail: ruetjjes@caritas-muenster.de).
Weitere Informationen: Theodor Damm, Tel. 02 51 / 89 01-2 99, E-Mail: damm@caritas-muenster.de

Im Rahmen der Aktion „Caritas in sieben Sätzen“ wurde als Kernsatz „Menschen bewegen – Caritas“ entwickelt. Er drückt Aufforderung, Feststellung, Zukunftsperspektive und Hoffnung aus, mit der die verbandliche Caritas unterwegs ist.

Der Kernsatz lässt sich unterschiedlich lesen und interpretieren. Zum einen in dem Sinne, dass es das Ziel aller Caritasarbeit ist, Menschen zu bewegen,

- ▶ damit sie nicht erstarren, beweglich bleiben oder wieder beweglich werden – sowohl im körperlichen als auch im geistigen und seelischen Bereich,
- ▶ damit Menschen sich berühren und bewegen lassen vom Schicksal anderer Menschen,
- ▶ damit Menschen sich gemeinsam mit anderen auf den Weg machen, an einer solidarischen und gerechten Welt mitzubauen.

„Menschen bewegen – Caritas“ soll aber auch verstanden werden im Sinne von: Viele unterschiedliche Men-

schen sind es, die die Caritas bewegen, sei es als Einrichtung der Behinderten- oder Krankenhilfe, als Beratungsstelle, als ehrenamtliche Initiative, als Hilfe von Mensch zu Mensch oder als große Bewegungsorganisation, die die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen weiterentwickeln will zum Wohle der Menschen.

Menschen sind es, die die Caritas bewegen:

- ▶ Mitarbeiter/-innen, Klienten, Beschäftigte, Kunden, Sammler/-innen, Spender/-innen, Ehrenamtliche, Hauptamtliche,
- ▶ Kranke, Behinderte, Gesunde, Junge, Alte, Arme, Reiche ...

Mit ihrem Können, ihrem Glauben, ihren Nöten und Hoffnungen, ihren guten Erfahrungen und Enttäuschungen, ihrer Fachlichkeit und ihrem Geld, ihrer Zuversicht, ihrer Gelassenheit und ihrer Unruhe ... bewegen sie die Caritas.

Organisationen sollten ihren speziellen Kernsatz entwickeln. Der Kernsatz sollte für längere Zeit beibehalten werden und einprägsam sein. Er wird zum Markenzeichen nach innen und außen. Zur Entwicklung eines neuen Kernsatzes kann die kreative Beteiligung möglichst vieler Mitwirkender hilfreich sein und gleichzeitig die Identifikation fördern. ◀

Theodor Damm, Dieter Geerlings, Matthias Müller



Eine neue Ausstellung im Diözesan-Caritasverband Münster gab einen Einblick in die Kreativität behinderter Künstler. In der „Grundtendenz sehr offen und eindringlich“, beschrieb Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann bei der Eröffnung die Bilder. Ihre Vielfalt mache auch deutlich, dass „Menschen in ganz unterschiedlichen Formen ausdrücken, was sie bewegt“. Entstanden sind die Werke im Rahmen eines Kunstprojekts der Caritas Emsdetten-Greven mit den Bewohnern verschiedener Behinderteneinrichtungen des Verbandes.
Foto: Westbeld

Caritas-Telegramm

Ibbenbüren. Mit der „Ehrenamtlichen Familienbegleitung“ startet die Caritas in Ibbenbüren ein neues Projekt. Hilfe können Familien in Anspruch nehmen, die nicht die Unterstützung einer sozialpädagogischen Fachkraft benötigen, aber in einer Krisensituation Hilfe im Tag brauchen. An der Finanzierung beteiligt sich das Jugendamt. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter werden auf diese Aufgabe vorbereitet und begleitet.

Haltern. „SeT“ ist nach erfolgreichem Start in zweiter Auflage erschienen. Die Abkürzung steht für „Stellenbörse für ehrenamtlich Tätige“. Erweitert worden ist die Broschüre jetzt um Angebote der

evangelischen Kirche, im Jugendbereich und des Malteser-Hilfsdienstes. Die Erfahrungen mit der ersten Auflage sind gut. Allein beim Projekt „Caribu“ haben sich über zehn Interessenten gemeldet. Das war schon zu viel des Guten, aber einige davon konnten an andere Stellen vermittelt werden.

Haltern. Gleich zu Jahresbeginn hat der Caritasverband Haltern 20 Zusatzjobs angeboten. Unter anderem ist damit geplant, die Fahrradwache, die an einigen Schulen im vergangenen Jahr aufgegeben werden musste, neu zu beleben. Außerdem werden die neuen Mitarbeiter in der Tagespflege und der ambulanten Pflege eingesetzt.

Menschen in der Caritas

35 Jahre hat **Otto Veith** den Sozialdienst Katholischer Männer in Bocholt aufgebaut und geprägt. Im Dezember vergangenen Jahres ist er in den Ruhestand gegangen. Nachfolger ist **Bernhard Pacho**, der seit 1993 das Projekt „Kolibri“ leitet, in dem Kinder und Jugendliche alkoholkranker Eltern betreut werden.

Fast ebenso lang, nämlich 33 Jahre, hat **Dieter Wittenbrink** an leitender Stelle bei den Schwestern vom Guten Hirten gearbeitet, zunächst in der Zentralverwaltung in Münster, in den letzten Jahren in Bocholt, wo er ein Wohnheim für behinderte Menschen umgestaltet hat in ein Altenheim. Wittenbrink hat die Gesellschaft für Pflegesatzverhandlungen mitgegründet und war in vielen Gremien auf Diözesanebene aktiv. Mit 64 Jahren hat er den Trägerwechsel genutzt, um in den Ruhestand zu gehen.

Am 1. April kommt es zum Stabwechsel im Referat Behindertenhilfe des Diözesan-Caritasverbandes. **Heiner Hülsken**, der über lange Jahre die Behinderteneinrichtungen beraten hat, wechselt zur Kinderheilstätte Nordkirchen und baut dort eine Abteilung Fortbildung auf. Seine Stelle übernimmt **Heinz Kues**, der bislang für die Offene Altenhilfe und die Hospizarbeit zuständig war.

Mit einem satirisch-politischen Jahresrückblick unterhielt Caritas-Geschäftsführer **Matthias Müller** nicht nur 600 Teilnehmer mit seinen zwei Mitstreitern, sondern sammelte dabei auch 6 000 Euro für den guten Zweck. Das wird für Kinderhilfe und medizinische Versorgung im Sudan eingesetzt. Das Kabarett war ein erster und mit drei ausverkauften Vorstellungen gelungener Versuch.

Goldene Ehrenzeichen haben erhalten: **Otto Veith** (Sozialdienst Katholischer Männer, Bocholt), **Erhard Knobloch** und **Theo Büning** (Alexianer-Krankenhaus, Münster-Amelsbüren).

Im Alter von 61 Jahren ist **Karl-Heinz Pütz** verstorben. Bevor er wegen Krankheit im vorletzten Jahr in den Ruhestand ging, hatte er zwölf Jahre das St.-Josefs-Haus in Wettringen geleitet. Davor hat er von 1977 bis 1991 das Referat Heimerziehung im Diözesan-Caritasverband Münster geleitet. Pütz, der in Köln Sozialarbeit studiert hatte, engagierte sich darüber hinaus auf Bundesebene in zahlreichen Kommissionen und Verbänden. An der Gründung von Arbeitsgemeinschaften der katholischen Heime für Jugendliche sowohl in der Erzdiözese Köln wie auch in Münster war er maßgeblich beteiligt. Seit 1979 war er in der arbeitsrechtlichen Kommission Mitglied. Bekannt war Karl-Heinz Pütz weithin als unermüdlicher Verfechter der Erziehungshilfe für benachteiligte junge Menschen. Sein Engagement war zutiefst christlich geprägt.

Die Caritas Rheine trauert um **Bernd Bietmann**, der plötzlich und unerwartet – im Skiurlaub in Österreich – gestorben ist. Bietmann hatte den Verband aus kleinen Anfängen aufgebaut und ihn 37 Jahre lang als Geschäftsführer geleitet. Bietmann war immer für eine Überraschung gut, war kein „Ja-Sager“, setzte sich voll ein, wenn es um seine Caritas in Rheine ging. 1962 kam er zu dem damals noch kleinen Wohlfahrtsverband in der Emsstadt. Die Idee „Caritas“ packte ihn und wurde zu seinem Lebensinhalt. Bernd Bietmann hatte Ecken und Kanten und war ein starker Kämpfer für seine Ideen. Sich auf den einzelnen Menschen einzulassen und sich von dessen Schicksal berühren zu lassen war seine besondere Eigenschaft. Die Schwelle zum Ruhestand hatte er schon überschritten, als er im Oktober 2003 die Amtsgeschäfte an seine Nachfolgerin übergab. Als Vorstandsmitglied begleitete er den Verband weiter.





Erleben, Unterrichten, Lernen und Experimentieren, kurz EULE, heißt das preisgekrönte, Generationen verbindende Projekt von Caritasverband Gütersloh und Gymnasium Rietberg. Kein Problem ist es, immer wieder neue Schüler zu finden, die in ihrer Freizeit Senioren unterrichten.

Foto: cpd

Beispielhafte EULE

Projekt von Caritas und Gymnasium Rietberg in Berlin ausgezeichnet

Hohe Auszeichnung für das Schulprojekt EULE in Rietberg (Kreis Gütersloh): Im Dezember wurden die Rietberger im ARD-Hauptstadt-Studio Berlin mit dem Bürgerpreis der Initiative „für mich, für uns, für alle“ ausgezeichnet.

In dieser Initiative haben sich die kommunalen Spitzenverbände in Deutschland, der deutsche Sparkassen- und Giroverband sowie Bundestagsabgeordnete zusammengeschlossen, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Über 650 Bewerbungen lagen für die sechs zu vergebenden Preise vor. Der Wettbewerb wollte beispielhafte Projekte präsentieren, die den Dialog der Generationen fördern. Im Rietberger Projekt EULE unterrichten zurzeit 37 Schülerinnen und Schüler des örtlichen Gymnasiums Nepomucenum jeden Freitag-nachmittag rund 100 Senioren. Auf dem Lehrplan ste-

hen Englisch, Französisch, Russisch, Literatur, Computer und Gedächtnistraining.

Der Name EULE steht für Erleben, Unterrichten, Lernen und Experimentieren. Dabei geht es nicht in erster Linie um Wissensvermittlung. Am Anfang stand die Idee, die Generationen zusammenzubringen, denn auch im Kreis Gütersloh wachsen Kinder längst nicht mehr gemeinsam mit den Großeltern auf. Umgekehrt haben auch Senioren im Alltag kaum noch Kontakte zur Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. „Uns war es wichtig, den Senioren durch die außerfamiliäre Begegnung mit Jugendlichen einen neuen Blick auf die ‚Jugend von heute‘ zu geben“, betont Michael Brüggente. Der Geschäftsführer des Caritasverbandes für den Kreis Gütersloh fand mit dieser Idee vor sechs Jahren im Gymnasium Nepomucenum einen Mitstreiter. Caritasverband und Schule kooperieren seitdem – und zwar so erfolgreich, dass die EULE inzwischen Vorbild für drei andere Schulen in Nordrhein-Westfalen ist.

Der in der EULE stattfindende Rollentausch ermöglicht überraschende Wechsel von Sichtweisen. „Senioren staunen immer wieder darüber, dass Jugendliche bereit sind, ihre Freizeit zu opfern, um mit ihnen Unterricht zu machen“, weiß Diplom-Pädagogin Mechtilde Reker, die für die Caritas das Projekt begleitet. Für viele sei es überraschend, wie geduldig und hilfsbereit die Jugendlichen sind. Auf der anderen Seite verändern sich auch bei den Jugendlichen Meinungen über ältere Menschen und über das Altwerden. Über den Unterricht hinaus haben sich längst andere gemeinsame Aktivitäten von Senioren und Schülern entwickelt. Neben Ausstellungsbesuchen, Radtouren und Festen gab es einen Musicalbesuch und sogar eine gemeinsame Klassenfahrt. ◀

J. Sauer

Niedrigschwellig

Paderborn. „Wir helfen dir, wenn du nicht mehr weiterweißt, Probleme hast oder Ärger mit deinen Eltern.“ Mit diesem Versprechen werben die 25 Erziehungsberatungsstellen der Caritas im Erzbistum Paderborn für ein

neues, niedrigschwelliges Beratungsangebot im Internet. Kinder, Jugendliche und natürlich auch Erwachsene können sich ab sofort online an die Beratungsstellen im Erzbistum wenden. Dabei sorgt eine eigens entwickelte Beratungssoftware für höchste Datensicherheit. ◀

Info unter
www.eb-erzbistum-paderborn.de

Weit reichende Entscheidung

CaritasStiftung geht mit über zwei Millionen Euro an den Start

Als „weit reichende Entscheidung“ ist im Dezember die Gründung der CaritasStiftung für das Erzbistum Paderborn gewürdigt worden. Bei einem Festakt im Paderborner Bildungshaus Liborianum erklärte Vorstandssprecher Franz Josef Klein (Dortmund): „Wir werden alles tun, um auch bei weiterhin kritischen finanziellen Rahmenbedingungen eine zusätzliche Möglichkeit zu schaffen, die vielfältigen caritativen Zielsetzungen im Erzbistum zu unterstützen und zu fördern.“

Mit einem Stiftungskapital von 350 000 Euro und Zustiftungen in Höhe von 1,7 Millionen Euro ist die neue Stiftung bundesweit eine der größten Förderstiftungen in der verbandlichen Caritas. „Ziel der Stiftung ist es“, so betonte Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach, „die verschiedenen Einrichtungen und Dienste der Caritas im Erzbistum Paderborn ideell und finanziell zu unterstützen.“ Der Detmolder Regierungspräsident Andreas Wiebe überreichte anschließend in Anwesenheit von Weihbischof Manfred Grothe und Generalvikar Alfons Hardt die Anerkennungsurkunde an die beiden Vorsitzenden der Stiftung, Franz Josef Klein und Domkapitular Karl-Heinrich Brinkmann (Detmold). Die Stiftung fördert u. a. Projekte im Rahmen der Kin-

der- und Jugendbetreuung, der Altenpflege oder der Familienhilfe. Als Gemeinschaftsstiftung ermöglicht sie den örtlichen Caritasverbänden sowie Privatpersonen, eigene Stiftungen unter ihrem Dach einzurichten, ohne dass dafür eine eigene Verwaltung aufgebaut werden muss.

In den Vorstand der CaritasStiftung wurden Franz Josef Klein (Vorstandsvorsitzender der Kath. St.-Johannes-Gesellschaft Dortmund gGmbH) und Karl-Heinrich Brinkmann (nichtresidierender Domkapitular und Pfarrer in der Gemeinde Heilig Kreuz, Detmold) berufen. Dem Kuratorium als Aufsichts- und Beratungsorgan gehören an:

Weihbischof Manfred Grothe, Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach, Ulrich Borchert, Anita Buchheister, Schwester Rotraud Helle (alle Mitglieder des Vorstandes des Diözesan-Caritasverbandes), Dr. Richard Böger (Vorstandsvorsitzender der Bank für Kirche und Caritas), Martin Peitzmeier (Vorstandsvorsitzender des Vereins katholischer Altenhilfeeinrichtungen im Erzbistum Paderborn) und Dirk Wummel (Leiter der Hauptabteilung Finanzen im Erzbischöflichen Generalvikariat Paderborn). ◀



Geburtsstunde der neuen CaritasStiftung: Der Detmolder Regierungspräsident Andreas Wiebe (rechts) überreicht dem Stiftungsvorstand, Franz Josef Klein und Domkapitular Karl-Heinrich Brinkmann, die Stiftungsurkunde.

Foto: Claudia Nieser

Jablunitza kommt in die Jahre

Renovierung des Caritas-Kinderferiendorfes in der Ukraine steht an

Der Präsident der Caritas der römisch-katholischen Kirche in der Ukraine, Weihbischof Stanislaw Schyrokoriadiuk, hat jetzt bei einem Besuch in Paderborn um weitere Hilfe für das Caritas-Feriendorf für Tschernobyl-geschädigte Kinder in Jablunitza, 200 Kilometer südlich von Lemberg, geworben. Um die weiterhin notwendigen Hilfen aufrechterhalten zu können, sind eine dringende Renovierung der fast zehn Jahre alten Blockhäuser, eine neue Heizungsanlage sowie die Errichtung von Sportplätzen notwendig. Die Investitionen belaufen sich für die kommenden drei Jahre auf insgesamt rund 280 000 Euro. Der Caritasverband für das

Erzbistum Paderborn unterstützt dieses Projekt. Um die erste Planungsphase beginnen zu können, wurden die örtlichen Caritas- und Fachverbände um Unterstützung gebeten. Bislang konnten rund 66 000 Euro für diesen Zweck bereitgestellt werden. An dieser „caritasinternen“ Solidaritätsaktion beteiligten sich mehrere örtliche Caritasverbände, die Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn sowie der Caritasverband für das Bistum Aachen. Einen ersten Spendenscheck in Höhe von 50 000 Euro konnte Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach Weihbischof Schyrokoriadiuk überreichen. ◀



Spendenflut

Über 1,3 Millionen Euro aus dem Erzbistum für Tsunami-Opfer

Auch im Erzbistum Paderborn brach die Tsunami-Katastrophe alle Spendenrekorde: Über 1,3 Millionen Euro konnten an Caritas international überwiesen werden, darunter eine Million Euro aus der Sonderkollekte in den Kirchengemeinden zu Jahresbeginn.

Weitere 350 000 Euro sind bis Ende Januar dem Diözesan-Caritasverband zur Weiterleitung an Caritas international gespendet worden, darunter 100 000 Euro von der Ecclesia-Versicherungsgruppe Detmold. 50 000 Euro spendeten die Leser der Westfälischen Rundschau für ein Wiederaufbau-Projekt der WAZ-Zeitungsgruppe auf Sri Lanka.

Zahlreiche Kirchengemeinden, Verbände und Initiativen engagierten sich für die Caritas-Fluthilfe. So etwa die Wirtschaftsjuvenen, die 2 000 Euro in der Paderborner Fußgängerzone sammelten. Konzerterlöse wie

z. B. in Siegen wurden für den guten Zweck gespendet. Dabei zeigt sich, dass die Caritas nach wie vor ein hohes Maß an Vertrauen genießt. „Sachkunde und beständiges Engagement werden u. a. durch Caritas international garantiert“, begründete beispielsweise Ecclesia-Hauptgeschäftsführer Manfred Klocke die Großspende an die Caritas. Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach betonte in seinen Dankesworten das Prinzip der Hilfe bei Caritas international: Statt Hilfe von außen einzufliegen, setze die Caritas auf die Effizienz einheimischer Caritas-Organisationen. Der langfristige Bedarf an Wiederaufbau-Hilfe ist zentral durch Caritas India im Auftrag der indischen katholischen Bischofskonferenz ermittelt worden. Dadurch wurde vermieden, dass Diözesen mit vielen und spendenwirksamen Auslandskontakten beim Wiederaufbau der Küstenregion bevorzugt werden, andere, „ärmere“ Bistümer hingegen leer ausgehen. An die Caritas im Erzbistum Paderborn ist dabei die Bitte herangetragen worden, sich am Aufbau von Häusern in der Diözese Pondicherry zu beteiligen. ◀

Fachberatung sichert Qualität

Referat Tageseinrichtungen für Kinder feierte Jubiläum

Mit einer Jubiläumsfeier im Paderborner Bildungshaus Liborianum hat das Referat Tageseinrichtungen für Kinder im Caritasverband für das Erzbistum Paderborn im Dezember sein 50-jähriges Bestehen begangen (vgl. Caritas in NRW 1/2005).

50 Jahre Fachberatung für katholische Kindergärten im Erzbistum Paderborn (v. l.): Dechant Karl-Heinz Pötter (Herne), Msgr. Thomas Dornseifer, Diözesan-Caritasdirektor Volker Odenbach, Referatsleiterin Maria Hörnemann, Dr. Rainer Strätz (KFH Köln) und der ehemalige Vorsitzende des Diözesan-Caritasverbandes, Prälat Joseph Becker
Foto: cpd

Bei der Jubiläumsfeier ging Dr. Rainer Strätz vom Sozialpädagogischen Institut der Katholischen Fachhochschule Köln auch auf das aktuelle Dilemma der Kindergärten ein: Einerseits verschlechterten sich die finanzi-



ellen Rahmenbedingungen, andererseits würden immer neue Erwartungen an die Qualität der Einrichtungen und an deren Bildungsarbeit formuliert.

Strätz betonte, dass gerade die NRW-Bildungsvereinbarung im Gegensatz zu anderen Bundesländern jeder Einrichtung die Freiheit lasse, eigene Schwerpunkte zu setzen. „Ziel der Bildungsarbeit im Kindergarten ist es nicht, der Grundschule gebrauchsfertig ‚konfektionierte‘ Kinder zuzuliefern“, erklärte Strätz. Einrichtungen und Fachberatung müssten in Zukunft deutlich machen, „was unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen zu leisten ist und was nicht“. Ohne Weiterqualifizierung der pädagogischen Fachkräfte werde man die künftigen Anforderungen nicht bestehen. Insofern gehöre gerade die Fachberatung neben der Kompetenz der Kindergarten-Leitung zu den entscheidenden Voraussetzungen für die Sicherung guter Qualität in den Tageseinrichtungen.

Welche Bedeutung heute katholische Kindergärten für die Kirchengemeinden haben, verdeutlichte Domkapitular Karl-Heinz Pötter, Dechant des Dekanates Wanne-Eickel. Referatsleiterin Maria Hörnemann bot anschließend einen Rückblick auf die Entwicklung der Fachberatung im Diözesan-Caritasverband und beschrieb kommende Herausforderungen. ◀



Caritas-Telegramm

Siegen. Das Marienheim in Siegen-Weidenau konnte sein 75-jähriges Bestehen feiern. Die Altenhilfe-Einrichtung in Trägerschaft des Gesundheits-Service Siegen geht auf eine Gründung der Paderborner Vinzentinerinnen zurück, die dort bis 1977 in der Altenpflege tätig waren. Aus Anlass des Jubiläums weihte der aus Weidenau stammende Kurienbischof Dr. Josef Clemens den neuen Altar der Hauskapelle. Er war mit finanzieller Unterstützung des 120 Mitglieder zählenden Fördervereins durch Josef Welling künstlerisch gestaltet worden.

Warburg. Das Laurentiusheim Warburg hat einen neuen Namen. Seit Januar heißt die Behindertenhilfe-Einrichtung des Vereins für Caritasheime „Heilpädagogisches Therapie- und Förderzentrum St. Laurentius Warburg“ (HPZ). Die neue Bezeichnung soll die Vielfalt der Fördermöglichkeiten und Therapieansätze dokumentieren. In diesem Jahr werden zusätzlich ergänzende Formen der Hilfestellung beim betreuten Wohnen und in der Familienpflege geschaffen. Der Bereich „Wohnen/Heilpädagogik“ des Vereins für Caritasheime ist nun ebenfalls organisatorisch dem HPZ angegliedert.

Paderborn. 600 Euro hat das Paderborner Martinskomitee für den Bau eines Wohnheims für Straßenkinder im Raum Königsberg ge-

spendet. Gesammelt wurde das Geld beim letztjährigen Martinszug in Paderborn. Ein Teil der Spenden stammt aus dem Verkaufserlös einer Festschrift, mit der das Martinskomitee die jetzt 50-jährige Geschichte des Brauches in der Paderstadt nachzeichnet. Weitere Spenden kamen durch den traditionellen Verkauf von Martinsbrötchen durch Pfadfinder der Gemeinde St. Stephanus zusammen. Der Betrag wurde wie immer durch Spenden von Paderborner Geldinstituten aufgestockt.

Brilon/Meschede. Unter dem Motto „Sucht hat immer eine Geschichte“ wird in Federführung der Suchtberatungsstelle des Caritasverbandes Brilon vom 6. bis 10. Juni eine Projektwoche Sucht in den Altkreisen Brilon und Meschede stattfinden. Nicht nur Kindern und Jugendlichen, sondern auch Erwachsenen sollen präventive und gesundheitsfördernde Angebote im Rahmen der Aktionswoche vermittelt werden, um Sensibilität und Bewusstsein zu erreichen, wenn es um den Konsum von Suchtmitteln geht. Zur Aktionswoche Sucht sind bereits eine Auftaktveranstaltung am Gymnasium Schmallenberg, Theateraufführungen an Schulzentren, Informations- und Aktionsveranstaltungen sowie Kooperationsprojekte auf den Weg gebracht worden.

Menschen in der Caritas

Prälat Manfred Kania ist als Geistlicher Beirat der Paderborner Caritas-Gemeinschaft für Pflege- und Sozialberufe verabschiedet worden. Prälat Kania begleitete seit 1990 den caritativen Fachverband, wirkte u. a. bei Einkehrtagen, Diözesantagen, Gemeinschaftsfahrten und Patronatsfesten mit. Mit einer Feier im Paderborner Immaculata-Haus bedankte sich die Caritas-Gemeinschaft auch für zahlreiche persönliche Begegnungen, wie z. B. Krankenbesuche bei Mitgliedern.

Nachfolger von Prälat Kania ist **Prälat Winfried Schwingenheuer**, bis 2004 Leiter der Hauptabteilung Pastorale Dienste im Erzbischöflichen Generalvikariat.

Der Vorstand des Caritasverbandes Dortmund hat **Helmut Kohls** zum neuen Vorsitzenden gewählt. Kohls tritt die Nachfolge von **Alfred Wolbeck** an. Nach langjähriger Vorstandstätigkeit hatte sich Wolbeck auf der Vertreterversammlung des Verbandes verabschiedet. Helmut Kohls, früher Vorstandsvorsitzender der

Sparkasse Dortmund, ist seit März 1985 Mitglied des Vorstandes der Caritas Dortmund. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde **Hubert Jung**, Jurist und Verkehrsvorstand der Dortmunder Stadtwerke, gewählt.

Der langjährige Leiter der Katholischen Aussiedler- und Flüchtlingshilfe in der Landesstelle Unna-Massen, **Bernhard Dittrich**, ist in den Ruhestand verabschiedet worden. Neben seiner Tätigkeit in Unna-Massen begleitete Dittrich als Referent des Diözesan-Caritasverbandes u. a. die Dienste der Aussiedlerhilfe in den örtlichen Caritasverbänden des Erzbistums. Der gelernte Kaufmann kam nach der Ausbildung zum Sozialarbeiter 1979 zum damaligen Katholischen Lagerdienst in Unna-Massen. 1982 übernahm er dessen Leitung. Im Dschungel der deutschen Gesetze fanden Aussiedler und Flüchtlinge in Bernhard Dittrich einen kompetenten Berater, der auch den Konflikt mit Behörden nicht scheute, wenn es um die Rechte der Betroffenen ging. Integration zum Nulltarif sei nicht zu haben, für diese Botschaft „klopfte“ Dittrich immer wieder auch bei Politikern „auf den Tisch“.



Helmut Kohls (l.), Alfred Wolbeck (Mitte), rechts Vize Hubert Jung Foto: privat

